1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 4 vom 28. Januar 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

KPD — Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten zu den Bundestagswahlen 1983 — BWK

Wahlinfo Nr. 2

Volksgemeinschaft und starker Rechtsstaat — NEIN!

Seiten 8/9



Deutschland im Januar '83

Es wäre grundfalsch — und wir haben es auch nie getan — die Bundesrepublik mit dem Hitler-Staat gleichzusetzen. Braune Flecken, braune Tendenzen allerdings gab es in der Bundesrepublik immer. Wer glaubte, die Zeit würde das Problem schon bereinigen, das alles käme von wenigen ewig Gestrigen, muß sich aber gerade im Januar '83 — 50 Jahre danach — getäuscht sehen.

Einige Entscheidungen aus der Justiz zwingen Parallelen auf, zeigen, was sich 50 Jahre danach eben nicht geändert hat, sich sogar nach dem Bonner Machtwechsel eher verstärkt breit macht. Rechtes Recht. Es ist ja nicht nur das empörende Urteil im Schubart-Prozeß

Da wird ein Bundeswehr-Soldat verurteilt, weil es sich weigert, ein altes Nazi-Lied zu singen, und sich auf den „Panzer als ehernes Grab" zu freuen.

Da bringt eine Mutter ihrem wegen Kriegsdienstverweigerung inhaftierten Sohn einige Bücher ins Gefängnis und der Richter lehnt die Aushändigung der Bücher ab. Heinrich Heine, Alfred Döblin und Heinrich Mann bekommt der Junge nicht ausgehändigt, weil deren Werke „Terroristen-Literatur" seien.

In Deutschland im Januar '83 — 50 Jahre danach, sind noch alle Urteile des NS-Volksgerichtshofes gültig. Die fanatischen Nazi-Juristen, die jeden Widerstand in barbarischer Weise aburteilten, haben nach heute gültiger Rechtsauffassung damals Recht gesprochen. Die Geschwister Scholl — tausende anderer Widerstandskämpfer, sind von der westdeutschen Justiz nie rehabilitiert worden.

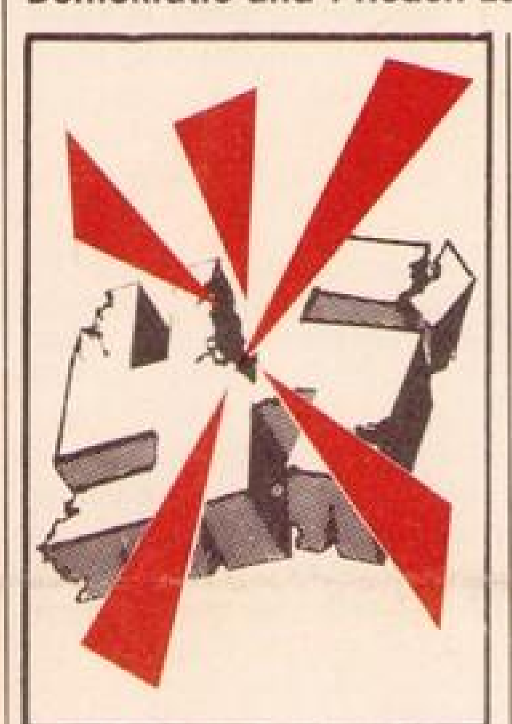
Und während in Deutschland im Januar '83 die Fahndung nach den mit Hitler-Gruß demonstrierenden Alt- und Jungnazis bei der Beerdigung Rudels im Sande verläuft, wird in Frankfurt dem „Stahlhelm" die Gemeinnützigkeit zuerkannt. Dieser Verein, laut Satzung Fortsetzer des Ziels der berüchtigten „Stahlhelm"-Vereinigung der Weimarer Republik, hat immer schon die Zerschlagung der Republik auf seine Fahnen geschrieben, tritt weiterhin für einen starken „Führerstaat" ein — jetzt mit staatlicher Förderung.

Wenn man in diesen Tagen, trotz der weihevollen offiziellen Gedenkveranstaltungen diese Tatsachen überdenkt, muß man Parallelen ziehen. Und kann nicht umhin, dies alles auch als eine unglaubliche Verhöhnung der Widerstandskämpfer und als Alarmzeichen zu sehen.

Nie wieder Faschismus! Wehret den Anfängen:

Gemeinsam gegen die Reaktion kämpfen

Auf zu den Demonstrationen und Kundgebungen in Hamburg, Köln, Frankfurt, München und Mössingen! — Diese Losung gilt für alle Antifaschisten unseres Landes am 29. Januar. Mithelfen, sie zu einem eindrucksvollen, massenhaften Bekenntnis gegen Reaktion, Faschismus und Kriegsvorbereitung, für Freiheit, Demokratie und Frieden zu machen, ist Ehrensache.



Vor 50 Jahren wurde Adolf Hitler auf Drängen der finanzkapitalistischen Elite des Weimarer Staates zum Reichskanzler gemacht. Im Interesse der großen Monopole gingen die Nazis zügig an die Erfüllung ihrer dringgendsten Aufgabe: Die Arbeiterorganisationen wurden zerschlagen. Die Arbeiterbewegung durch blutigen Terror niedergezwungen. Schließlich alle demokratischen Freiheiten beseitigt. Gleichschaltung in allen Bereichen des Lebens.



Die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung hat den Faschismus und den Krieg nicht mehr erlebt. Der Jugend wird die 12jährige Herrschaft des Faschismus als eine schreckliche Episode, als Betriebsunfall vorgeführt. Wirkliche Aufklärung über die Hintergründe des Faschismus ist immer Angelegenheit engagierter Antifaschisten und ihrer Organisationen geblieben, der Staat leistet sie nicht. Der 50ste Jahrestag der „Machtergreifung" ist aber nicht nur ein Tag der Aufklärung. Er ist ein Tag des konkreten antifaschistischen Kampfes.

Bekannt sind die Umtriebe der neuen Nazis, und auch die überlebenden Altfaschisten werben, mit Duldung des Staates und manchmal mit dem Kennzeichen der Gemeinnützigkeit versehen, für ihre mörderischen Ziele. Auch gemordet wird wieder. Tote Asylanten, die Toten des Oktober-Fest-Massakers und andere sind die Opfer der Freiheit, die der Staat den braunen Banditen einräumt. Ermittlungen gegen die Mörder von München? — Eingestellt!

„Ohne Jud' nochmal so gut", „Juden raus!" — so hieß es damals. Es gibt nicht mehr viele Juden in Deutschland... Aber Ausländer. „Ausländer raus!", „Türken raus!" sind die neuen Slogans. Ein Terroristenführer wie Michael Kühnen verspricht sich von der Ausländerhetze Masseneinfluß. Und die Ausländerhetze liegt nicht in den Händen der Nazis allein, „Türken raus!" wird, etwas vorsichtiger formuliert, von Unternehmerverbänden gefordert und von der Regierung übernommen. Das Ziel ist das alte: Spaltung der Arbeiterschaft; dem Volk einen Sündenbock geben, damit es seine wahren Feinde nicht erkennt...

Die Hitler-Faschisten bereiteten vom Tage der Machtübernahme zielstrebig den Krieg vor. Die Bundesrepublik von heute ist bereits mit Raketen gespickt, neue Atomraketen — Erstschlagwaffen — sollen dieses Jahr folgen, die Treue zum aggressivsten Militärpakt der Welt, der NATO, erklärt der neue Kanzler zum „Kernpunkt deutscher Staatsräson". Revanchisten reinsten Wassers besetzen wichtige Positionen in den regierenden Unions-Parteien.

Überhaupt: Die neue Regierung. Der Wechsel, die Wende in Bonn ist das zentrale politische Ereignis dieser Tage. Nicht irgendein Regierungswechsel. Bedeutsam, weil sich heute die ausschlaggebenden Kreise des Finanzkapitals darauf geeinigt haben, daß es nicht mehr weitergeht wie bisher. Daß sie die SPD in der Regierung nicht mehr brauchen können, trotz ihrer Bemühungen, es ihnen immer recht zu machen. Daß sie die Union an der Regierung haben wollen, weil die, ohne große Rücksichten auf ihre Wähler und Anhänger nehmen zu müssen, voll zulangen kann beim Sozialabbau und beim Abbau demokratischer Rechte. Bei der Aufrüstung. Und bei der Faschisierung des Staates.

Ja, die Kohl/Genscher-Regierung, in der die Unions-Parteien den Ton angeben, die sich am 6. März die Legitimation für weitere vier Jahre Regierung holen wollen, markiert einen Einschnitt in der politischen Entwicklung. Wenn die Frage steht, kann es ein neues '33 geben, so sagen wir Kommunisten: Der Faschismus steht sicher nicht unmittelbar vor der Tür. Aber diese Regierung könnte der Anfang vom Ende sein, wenn ihre Politik nicht von Anfang an eine möglichst geschlossene Front des Widerstandes, gestützt auf die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften, entgegengesetzt wird. Der antifaschistische Kampf muß sich heute vor allem gegen die politische Reaktion richten.

„Wehret den Anfängen!" lautet die Lehre aus der Geschichte. Die KPD wird ihren Beitrag dazu leisten.

Auch der Kanzler ist bestochen

„Dieser Kanzler schafft Vertrauen". Mit diesem Slogan preist die CDU auf Wahlplakaten ihren Parteiführer an. Wahrheitsgemäß allerdings müßte der Slogan in etwa lauten: „Dieser Kanzler ist bestochen!"

Neue Ergebnisse der Parteispendenaffäre veröffentlichte der „Spiegel" in seiner Ausgabe vom Montag. Interessanteste Neuigkeit, besonders im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf, ist die Tatsache, daß auch Helmut Kohl mehrfach hohe Beträge entgegengenommen hat.

Steuerfahnder fanden Kohls Namen auf einer Zahlungsliste im Büro des von Flick inzwischen geschaßten Managers von Brauchitsch. Aus einem Vernehmungsprotokoll geht hervor, daß Kohl zunächst zwar eine Zahlung des Konzerns einräumte, sich aber an Einzelheiten nicht erinnern wollte. Aus seinem Büro hieß es, es habe sich „nur um einige tausend Mark versteuerten Geldes gehandelt". Dann erinnerte sich Kohl an „einen Fall", bei weiterem Nachfragen kam er mit „zwei bis drei Spendenvorgängen in einer Größenordnung um die 20 oder 30 bis 35000 DM" heraus. Bar auf die Hand durch von Brauchitsch. Danach versiegte Kohls Erinnerungsvermögen endgültig: In einem „CDU"-Hefter bei Flick fanden sich Aufzeichnungen über Zahlungen von 1974 bis 1980, die an CDU-Leute gingen — davon allein an Kohl 565000 DM! Kohls Aussage: „Mir völlig unbekannt". Nicht sehr glaubwürdig, der „vertrauenschaffende" Kanzler!



Guter Laune: Kohl und von Brauchitsch

IG Metall beginnt mit Aufklärungskampagne

Startsignal für 35-Stunden-Woche

SPROCKHÖVEL. — In der vergangenen Woche hat der Vorstand der IG Metall die Vorbereitungsphase des Kampfes für die 35-Stunden-Woche eingeläutet. In der Gewerkschaftsschule Sprockhövel wurde gegenüber Pressevertretern ein „Aktionsprogramm" vorgestellt, mit dem Mitglieder und Öffentlichkeit ab sofort auf diesen Kampf eingestimmt werden sollen.

Nach den Äußerungen des „Tarifexperten" im IGM-Vorstand, Hans Janßen, soll unmittelbar nach Abschluß der Lohnrunde 1983 mit einer „argumentativen Offensive" für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich begonnen werden. Janßen sagte, die Verkürzung der Lebensarbeitszeit sei für die IG Metall tarifpolitisch gesehen keine Zielsetzung mehr; man strebe die Lebensarbeitszeitverkürzung nunmehr nur noch auf gesetzlichem Wege an und konzentriere sich tarifpolitisch voll auf die Wochenarbeitszeit.

Die Aufklärungsoffensive für die 35-Stunden-Woche soll dadurch vorangetrieben werden, daß diese Forderung zum zentralen Thema aller regionalen Tarifkommissionen, der Bildungsarbeit, der Kulturgruppenarbeit sowie der verschiedensten Publikationsorgane der IGM gemacht wird. Außerdem sei eine Wissenschaftlerkonferenz geplant, die unter dem Motto stehen soll: „Arbeitszeit verkürzen — Arbeitsplätze sichern — Lebensqualität verbessern."

In Anknüpfung an eine Ankündigung, die kürzlich der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, gemacht hat, sprach Janßen auch von enger Kooperation und gemeinsamen Aktionen mit drei anderen Einzelgewerkschaften: IG Druck und Papier, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK). Zugleich wolle man die anderen Einzelgewerkschaften und den Dachverband DGB jedoch „nicht aus der Pflicht entlassen."

SPD-Wahlkampfauftakt

Nationaler Solidarpakt und leere Versprechungen

Die SPD hat am 21. Januar in Dortmund ihren Wahlparteitag abgehalten. Zwei Dinge waren auffällig: Einmütigkeit bei der Wahl Vogels zum Kanzlerkandidaten und das rigorose Ausschlachten des bisherigen Vorgehens der CDU an der Regierung. Neue Mietgesetze und BaföG-Streichung waren denn auch unter den Hauptthemen der Vogel-Rede, in der er versprach, Front gegen die unsoziale Politik der CDU zu machen, diese Beschlüsse rückgängig zu machen. Das werden sicher wirksame Punkte im weiteren SPD-Wahlkampf sein.

Das gesamte Wahlprogramm, das Vogel vorlegte, ein Programm für die ersten 100 Tage einer neuen SPD-Regierung nannte er es, ist allerdings keine echte Alternative zur bisherigen Unionspolitik.

Nicht nur, daß man es in keiner Weise für nötig hielt, etwaige Zweifel an größerer Abrüstungsbereitschaft der SPD vielleicht dadurch zu entkräften, daß man mit der bisherigen Politik selbstkritisch abrechnete — da wurde wohl einfach auf Vergeßlichkeit und Gefühle gebaut. Und es wurde nochmals klar und deutlich zweierlei unterstrichen: Die NATO-Mitgliedschaft und das „Drängen auf Verhandlungsergebnisse in Genf" zwischen den Supermächten, das ist der Weg, den die SPD vorschlägt, um den Frieden zu sichern. Weder neu noch ergiebig ist dieser Weg, der schon bisher nur zu einem Ergebnis geführt hat: weitere Aufrüstung.

Als Ausweg aus der Wirtschaftskrise versprach Vogel die Organisierung eines nationalen Solidarpakts. Was das genau heißen soll, sei einmal dahingestellt. Festzustellen bleibt, daß sich dies nicht von der CDU-Losung „Miteinander schaffen wir es" unterscheidet. Festzustellen bleibt, daß es hier weiterhin um eine „gerechtere Verteilung der Krisenlasten", oder wie bei Schmidt gesehen, um eine beschränktere Reihe von Maßnahmen gegen die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Menschen geht, als sie heute geführt wird.

Denn: Alle diese Pakte bestanden bis heute darin, daß die Arbeiter auf Lohnteile und soziale Rechte verzichten, ganz im Sinne der Unternehmer — was nicht nur eine Sackgasse für die Arbeiter darstellt, sondern bisher auch nicht ein einziges Mal wirkliche Gegenleistungen erbracht hat. Ein Solidarpakt mit jenen Unternehmern, die genau die Wende gefordert haben, wie sie die CDU jetzt betreiben will und nach dem 6. März erst richtig damit loslegen will? Ein Solidarpakt, den der Kanzlerkandidat der Partei anbietet, die gerade eben von diesen Hintermännern mit einem Fußtritt aus der Regierung gestürzt wurde?

So ist wahrlich keine Front gegen die Offensive des Kapitals zu schaffen, so liefert man die Opposition gegen diesen Kurs tatsächlich seinen Urhebern aus.

Auch die anderen erhobenen Forderungen sind in dieser Beziehung nicht vielversprechend. Geradezu demonstrativ wird die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf ein neues Arbeitsgesetz, das die Ordnung von 1938 ablösen soll, reduziert. So gut das sein mag, (wobei man natürlich fragen sollte, warum das in dreizehn Jahren vorher nicht ging) steht es so natürlich konkret gegen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche (das Wort Lohnausgleich taucht nicht auf).

Es bliebe noch eine ganze Reihe von Anmerkungen zu machen, und dies wird im weiteren Verlauf auch geschehen.

Die Kernfrage, die aber doch steht, nämlich ob eine politische Alternative zum vom Kapital geforderten Kurs aufgezeigt wird, muß mit Nein beantwortet werden. Sicher: Rücknahme der Mietrechtsänderungen und BAFöG-Streichungen, neue Arbeitszeitordnung und einige andere Maßnahmen sind Programmpunkte, die den Wünschen des Großkapitals entgegenstehen.

Aber das sind Punkte, die sich im Rahmen eines „Solidarpakts" gewiß lösen lassen würden, wenn die Unternehmer darauf eingehen würden — wofür sie aber keinerlei Bereitschaft erkennen lassen. Sie wollen keinen Pakt mit der Arbeiterschaft mehr, sondern das Diktat.

Die Hoffnungen der sozialdemokratischen Arbeiter, ob sie nun Mitglieder der Partei sind oder nicht, auf einen Gegenkurs der SPD zu den Attacken des großen Geldes jedenfalls, sind durch ein solches Programm nicht zu erfüllen.



A. Schubart im Gericht

Schandurteil gegen Schubart

FRANKFURT. — Die zwei Jahre Gefängnis auf Bewährung, zu denen Alexander Schubart, Sprecher der Frankfurter Startbahn-Gegner, vom 4. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Frankfurt verurteilt wurde, sind nicht nur eine politische Maßregelung unter vielen. Sie markieren einen neuen Schritt zur Einengung des Demonstrationsrechts.

Abschreckung war erklärtes Ziel der Richter, Abschreckung aller, die sich zukünftig noch an Protestaktionen gegen staatliche Willkür beteiligen wollen: „Aus Gründen der Generalprävention ist eine fühlbare Strafe angemessen."

Schubart wurde für alle Vorkommnisse bei der großen Demonstration zum Flughafen am 15. November 1981 verantwortlich gemacht, die als „schwerer Landfriedensbruch" gewertet wurden. Zwar war Schubart selbst gar nicht dabei, er hatte auch persönlich zur Gewaltfreiheit aufgerufen, aber das war dem Gericht egal. Um schweren Landfriedensbruch zu begehen, brauche man nicht persönlich dabeizusein, wenn es zu Auseinandersetzungen mit den Polizeitruppen des Staates kommt. Nach Meinung des Gerichts genügt „die Herrschaft des Geschehens", und die habe Schubart — „man hört in diesen Kreisen auf sein Wort" — gehabt. Auf seinen Aufruf hin habe die Demonstration nur stattgefunden. Und er habe wissen müssen, daß solche Demonstrationen „von Chaoten genutzt" würden und deshalb „in Kauf (genommen), daß es zu Ausschreitungen kommt."

Strauß: Funktionäre sind „Handlanger"

CSU gegen Mieterbund

Die Wende in der Tonart des Umgangs mit Massenorganisationen hat zu Beginn der Woche Franz Josef Strauß höchstpersönlich signalisiert. In einem Brief an den Deutschen Mieterbund warf er den Funktionären des Bundes vor, „Handlanger der SPD" zu sein.

Sie hätten eine systematische „Hetzkampagne" und „Panikmache" betrieben. Diese Kampagne zerstöre das Vertrauen zwischen Mietern und Vermietern und gefährde den sozialen Frieden.

Dieser Ton gegen sozialen Protest ist nochmals ein deutliches Unterstreichen dessen, was sich Strauß unter der neuen Ordnung, die er der Bundesrepublik bringen will, vorstellt.

Wenn Deutschland in CSU-Ordnung ist, dann ist derjenige, der protestiert ein Hetzer, ein Panikmacher, ein Zersetzer des Vertrauens (noch nicht ein Zersetzer des Volkskörpers wie es früher mal hieß...). Mit solchen Sachen würde man dann wohl schnell aufräumen wollen. Denn wo käme man denn hin, wenn die Mieter protestieren wollten, nur weil man ihnen eben mal ein bißchen die Miete erhöht hat? Wo blieben da die Forderungen der bundesdeutschen Bauindustrie? Oder des Verbandes der Hauseigentümer?

Vom Handlanger der SPD bis zum Handlanger des Marxismus, der schon mal ausgerottet werden sollte, ist es so weit wahrlich nicht. Franz Josef Strauß ist natürlich kein Handlanger der Hausbesitzer und auch keiner des Großkapitals. Schließlich hat er selbst Häuser und größere Aktienpakete. Nicht nur aus dem Geld von Flick.

Alles das schreibt Strauß in einem der Presse übergebenen Brief an den Vorsitzenden des Mieterbundes, den früheren SPD-Minister Jahn.

In aller Offenheit sozusagen, nicht in einer geheimen Sonthofen-Rede, von der es nachher heißt, er hätte was ganz anderes gesagt. Und unterstrich es nochmals beim Wahlparteitag der CSU, als er das Protestieren des Mieterbundes als eine der Tatsachen aufzählte, die eine grundlegende Ordnungsentscheidung am 6. März nötig machen würden.

MLPD und Wahlen

In der Klemme?

Die Genossen der MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) haben auf der Verhandlungen über ein Wahlbündnis eine Teilnahme ihrer Partei am „Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten" abgelehnt. Die Plattform sei sektiererisch war das eine Argument, das andere lautete, hier werde ein prinzipienloser Einheitsbrei angestrebt. Stattdessen wurde das Konzept der Vereinigten Arbeiterlisten entworfen und auf seiner Durchführung zur Wahl bestanden. Damit kommen die Genossen jetzt in die Klemme.

Denn inzwischen heißt das Konzept: Bildung von solchen Arbeiterlisten nicht etwa zur Wahl, sondern als Einheitsfrontorganisationen und bei der Wahl: kritische Unterstützung der Grünen.

Einmal davon abgesehen, daß wir einen erheblichen Unterschied sehen zwischen der Bildung solcher Listen zur Wahl, gegen die unsere Partei ja nichts Grundsätzliches einzuwenden hatte und hat, außer der organisatorischen Überlegung (von der MLPD zunächst heftig bekämpft und heute nachvollzogen), daß es an der Zeit für eine echte Organisierung mangelte, (was wir mit unseren eigenen Erfahrungen belegen konnten) — und der Schaffung einer Einheitsfrontorganisation welcher Art auch immer, (was erst noch begründet werden müßte).

Und auch davon abgesehen, was die Genossen der MLPD stets als Gegenargument anführen: Die Bildung der Linken Liste in Schleswig-Holstein hätte ja auch geklappt. Wobei dies eben ein Argument für die Haltung unserer Partei ist, denn dort waren Zeit und Basis eine andere, bessere Voraussetzung.

Die Klemme besteht nun in der „kritischen Wahlempfehlung" für die Grünen. Wie offensichtlich angestrebt wird, und ebenso offensichtlich keinesfalls allüberall auf große Begeisterung stößt. So manchem MLPD-Genossen und manchem VAL-Mitglied hat das jüngst verabschiedete Wirtschaftsprogramm der Grünen offensichtlich zu schaffen gemacht — und es sollten sich wirklich alle Genossen nochmals überlegen.

Denn das Programm ist ebenso eindeutig (obwohl zahlreiche politische Strömungen dahinter stehen) im Gegensatz zu den aktuellen Bestrebungen der Arbeiterklasse, wie zu wahrhaft sozialistischen Bestrebungen der Revolutionäre.

Man muß dabei doch mal die Frage stellen, wo der revolutionäre Anspruch der Genossen der MLPD eigentlich auf Dauer bleiben soll, wenn die größere Handlungsfähigkeit, die sie mit der Gründung ihrer Partei gewonnen zu haben meinen, dahin führt, daß man ein sozialistisches Wahlprogramm ablehnt, während man das der Grünen, egal ob kritisch oder wie weit kritisch, aber eben: unterstützt.

Man müsse eben erst noch seine Erfahrungen mit den Grünen machen, lautet da das Gegenargument. Das so nicht stimmt. Denn die Kritik an den Grünen, die da behauptet, sie würden alles andere platt machen, die stimmt ja so nicht. Unsere Partei hat verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Grünen gerade in ihrer Integrationskraft einen großen Anziehungspunkt auf bestimmte Strömungen haben. Es geht eben doch um eine direkte politische Entscheidung.

Wenn dabei dann das nichtsektiererische an der MLPD-Taktik das ist, daß es ihnen um Stimmzahlen geht und um sonst nichts, oder erst in zweiter Linie, dann muß man ihnen allerdings sagen, daß sie gefahr laufen, Positionen aufzugeben, die eigentlich in ihrem Parteinamen beinhaltet sind. Denn: wenn die ganze Debatte um die Wahl nur darum geht, ob man mit den Grünen einen „Linkstrend" im Parlament reinkriegt, dann sind das wirklich parlamentarische Illusionen.

Eine politische Begründung dafür, warum man gegen eine Wahlaussage ist, die sozialistische Ziele proklamiert, aber wohl für eine, die Stillegungspläne in der Großindustrie ?? fürwortet, um es mal so einfach zu verkürzen, die steht noch aus. Die Ausfluchtargumente, es handele sich dabei um Projektemacherei von Einheitsbrei und anderes ähnlich Vermutetes, klären diese Klemme noch lange nicht. Nicht, daß wir gegen eine Auseinandersetzung wären darüber, welchen Weg die kommunistische Bewegung einschlagen muß. Im Gegenteil, da sind wir dafür und bisher davon ausgegangen, daß auch die Genossen der MLPD dafür sind.

Aber das hat eben noch lange nicht mit der unmittelbaren Wahlaussage in einem Bündnis zu tun. Dieser Rettungsanker hilft nicht.

Vielfältige Protestaktionen gegen ausländerfeindliche IHK-Politik

Es hat geklappt: In etwa 30 Städten begannen am 19. Januar um 15.30 Uhr vor den örtlichen Industrie- und Handelskammern Protestaktionen gegen die ausländerfeindlichen Forderungen der Kapitalistenverbände.

Aufgerufen hatte die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Bei den Mitgliedern dieser überparteilichen antifaschistischen Organisation stieß der Vorschlag auf breite Zustimmung, und mit viel Schwung wurde der Aktionstag vorbereitet. Ein Erfolg also und ein Beweis dafür, daß die *Volksfront* bundesweit etwas auf die Beine stellen kann.

In etlichen Städten konnten auch andere demokratische Organisationen zum Mitmachen gewonnen werden. Zum Teil, etwa in Köln, wurden Unterschriften unter offene Briefe gesammelt, die dann IHK-Funktionären mit der Aufforderung zur Stellungnahme übergeben wurden.

Oftmals zeigten sich die Unternehmervertreter gut vorbereitet — und auch die Polizei, die in manchen Städten sogar den Eingang zur IHK blockierte. In Hamburg kam es zu Übergriffen — ein Transparent wurde entwendet, die Personalien einiger Antifaschisten festgehalten.

In Dortmund und Köln stießen die Antifaschisten auf Mitverfasser des skandalösen IHK-Papiers zur Ausländerpolitik — einen Dr. Aden, Hauptgeschäftsführer IHK Dortmund, und einen Herrn Kunze. Diese verteidigten ihre Forderungen voll und ganz — man habe sich das lange und gründlich überlegt — das sei doch eigentlich noch ganz liberal!

Das *Volksfont*-Flugblatt zu der Aktion, in dem auch ausführlich über den Inhalt des IHK-Papiers informiert wird, kam bei der Bevölkerung sehr gut an. In manchen Städten hatten die Antifaschisten Informationsstände aufgebaut, an denen es zu interessanten Diskussionen kam.

Teilweise berichtete hinterher auch die Lokalpresse über die Aktionen.

Der Kampf gegen die ausländerfeindliche Politik muß jetzt weitergeführt und verstärkt werden. Das IHK-Papier eignet sich gut, die wahren Hintergründe der Ausländerfeindlichkeit aufzudecken und mehr Menschen in den Widerstand einzubeziehen. Hierzu gibt es bereits verschiedene Ansätze. In Dortmund zum Beispiel beschloß eine Deutsch-Ausländische Freundschaftsinitiative (DAFI Hörde), für Mitte Februar zahlreiche antifaschistische Organisationen und Persönlichkeiten zu einem Treffen einzuladen, auf dem das Papier besprochen und zumindest in Ansätzen positive Forderungen erarbeitet werden sollen, mit denen man dieser Politik gemeinsam entgegentreten kann.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Das Ende der Stahlzeit?

Unter diesem Titel begannen wir im letzten „Roten Morgen“ eine kleinere Reihe von Artikeln zur Diskussion um die Forderung nach Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie. Dabei hatten wir den Diskussionsbeitrag eines Genossen aus einem Stahlbetrieb abgedruckt — auszugsweise — der sich mit der Frage beschäftigte, auf welche Weise die Forderung zu konkretisieren ist, um keine Illusionen aufkommen zu lassen.

In dieser Woche geht es, aus aktuellem Anlaß, vor allem um die Debatte innerhalb der IG Metall. Der IGM-Vorstand hat mit seiner in Oberhausen erarbeiteten Entschließung Front gegen die Verstaatlichungsforderung gemacht. Dem gegenüber steht die Mannesmann-Entschließung und die Stellungnahme der Hoesch-VK-Leitungen zu diesem Papier — zwei Dokumente, die wir hier abdrucken, sowie ein redaktioneller Kommentar dazu.

Mannesmann-Entschließung zur Verstaatlichung der Stahlindustrie

Vor etwas mehr als zwei Wochen hat auch der IG-Metall-Vertrauenskörper bei Mannesmann/Duisburg eine Entschließung verabschiedet, mit der er in der Debatte um die Verstaatlichung der Stahlindustrie Position bezog: Und damit als zweite wichtige Gewerkschaftsorganisation nach Hoesch/Dortmund diese Forderung unterstützt. Wir drukken diese Entschließung ab, weil sie mit dazu beiträgt, die Kampffront innerhalb der IG Metall zu stärken.

Die seit 1975 andauernde Krise in der Eisen- und Stahlindustrie hat sich mit dem Konjunktureinbruch 81/82 ein weiteres Mal verschärft. Die Unterauslastung der Produktionskapazitäten und die enormen Zinsbelastungen haben die finanzielle Situation der meisten Stahlunternehmen in der Bundesrepublik erschüttert. Ohne staatliche Stützungsaktionen und ohne eine einschneidende Lösung sind Zusammenbrüche von Unternehmen nicht mehr auszuschließen.

Vor diesem Hintergrund haben Banken und Regierung die deutschen Stahlunternehmen zu einer radikalen Sanierung der Eisen- und Stahlindustrie gedrängt. In Umrissen läßt sich heute erkennen, daß eine bevorstehende Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie nach Gesichtspunkten bloßer betriebswirtschaftlicher Logik zu einer Kahlschlagsanierung ohne Rücksicht auf die Interessen der Arbeitnehmer und der Bevölkerung in den Stahlregionen führt:

- ganze Stahlstandorte und ihre Produktionsanlagen werden demontiert;
- gewachsene regionale Wirtschaftsstrukturen werden zerstört;
- 100000 Arbeitsplätze allein in der Eisen- und Stahlindustrie stehen auf dem Spiel.

Eine solche privatwirtschaftliche Sanierung ruiniert die Existenz von Hunderttausenden und lastet Bund, Ländern und Gemeinden die sozialen Folgekosten in Milliardenhöhe auf. Ihre Durchführung wird zu einem erbitterten Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Belegschaften und Standorten führen.

Insofern ist heute eine der neuen Situation angemessene Neubestimmung der IG-Metall-Politik im Stahlbereich erforderlich. Eine gewerkschaftliche Lösungskonzeption für die Krise der Eisen- und Stahlindustrie muß Kahlschlagsanierung, unkontrollierte Arbeitsplatzvernichtung und Konkurrenz der Stahlarbeiter und Stahlstandorte verhindern. Das verlangt eine nationale, arbeitnehmerorientierte und sozialverpflichtete Lösung.

Eine solche Lösung bedeutet:

- Überführung der Eisen- und Stahlindustrie in Gemeineigentum;
- Schaffung einer nationalen, paritätisch mitbestimmten Stahl AG unter Einschluß von Edelstahl-Röhrenproduktion;
- Sicherung der regionalen Stahlstandorte;
- Sicherung der Stahlstandorte durch eine demokratische Rahmenplanung;
- gezielte Investitions-, Sozial- und Innovationspolitik.

Eine die Stahlstandorte sichernde regionale Arbeitsteilung und Spezialisierung im Rahmen der nationalen Stahl AG muß durch einen Stahlplan vorgenommen werden, der Produktion und Investitionen verteilt. Eine geordnete Rückführung der Überkapazitäten in der Eisen- und Stahlindustrie muß die Versorgung der Bundesrepublik mit Stahl und Stahlerzeugnissen sicherstellen. Entlassungen werden nicht vorgenommen. Arbeitsplatzabbau wird solange zurückgestellt, bis Ersatzarbeitsplätze am jeweiligen regionalen Standort geschaffen sind. Eine solche Lösungskonzeption soll einen gemeinsamen Kampf aller Stahlarbeiter ermöglichen und einleiten. Sie ist auf einer Stahlarbeiterkonferenz bis Mitte Februar unter Einschluß der Vertrauenskörperleitungen aus allen Stahlbetrieben zu diskutieren und zu verabschieden.

Zur Verstaatlichungsforderung — die Position der KPD

Im Theoretischen Organ der KPD „Der Weg der Partei“ Nummer 2/81 erschien ein ausführliches Referat der Landesbezirksleitung Ruhr der KPD, in dem diese die Position der KPD zur Forderung nach Verstaatlichung darlegte. Gerade in der jetzt wieder sehr aktuell gewordenen Debatte darum ist dieser Beitrag nützlich für jeden, der sich gründlicher mit dieser Frage beschäftigen will.

Zu bestellen zum Preis von 5 Mark beim Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 30 05 26.



Hoesch-VK zum Oberhausener Papier

Das von den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden in Oberhausen erarbeitete Positionspapier beschreibt den unmittelbaren Zustand der deutschen Eisen- und Stahlindustrie. Es geht in seinen Forderungen davon aus, daß privatwirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten sich bis heute nicht bewährt haben.

Das gilt insbesondere für eine mögliche private Stahleinheitsgesellschaft, in die lediglich die Massenstahlsparten eingebracht werden, nachdem vorher alles Profitable ausgegliedert worden ist.

Darüber hinaus stellt es Forderungen auf, die unmittelbar auf die betrieblichen Belange eingeht.

Als richtungsweisend kann die Forderung gelten, daß die IG Metall bei der Beschlußfassung in den Aufsichtsräten vorher eingeschaltet werden soll.

Entgegen der, von der Vertreterversammlung der IG Metall/Dortmund, sowie den Vertrauensleuten der Firmen Hoesch und Mannesmann verabschiedeten Entschließungen, zeigt es aber keine unternehmensübergreifenden Lösungen, wie die Schaffung einer national paritätisch mitbestimmten Stahl AG und dadurch die Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum auf.

Dies konnte und sollte auch nicht die Aufgabe dieser Tagung sein. Als nicht beschlußfähiges Gremium (Aussage Judith) konnte es somit auch keine präjudizierenden Vorstellungen für die IG Metall entwickeln. Diese Vorstellungen müssen in einer Stahlarbeiterkonferenz, an der die VK-Leitungen aller Stahlbetriebe aktiv beteiligt sind, entwickelt werden.

Für die unternehmensübergreifenden Modelle sollten die vorgenannten Entschließungen richtungsweisend sein.

Dortmund, 19. 1. 83
i.A.
(Klaus Lewandowski)



Auseinandersetzung in der IG Metall

Oberhausen gegen Dortmund?

Mit der vom Düsseldorfer Stahlbüro der IG Metall in Oberhausen organisierten Konferenz von Betriebsratsvorsitzenden und -stellvertretern ist eine neue Kampflinie in die IG Metall hineingetragen worden.

Man könnte es so platt sagen: Oberhausen gegen Dortmund. Wobei natürlich nicht die Oberhausener Arbeiter gemeint sind, sondern das auf dieser Konferenz verabschiedete Positionspapier, das die Forderung nach der Verstaatlichung der Stahlindustrie als aller-allerletzte Möglichkeit, vielleicht, zurückstellen will.

Mit Dortmund sind dann eben auch die Mannesmann-Kollegen aus Duisburg gemeint, mit ihrer auf dieser Seite abgedruckten Entschließung.

Das Oberhausener Papier, auf Betreiben von Rudolf Judith zustandegekommen, macht also Front gegen die Forderungen der Vertrauensleute. Und das ist natürlich keinesfalls Judiths persönliches Werk, sondern drückt die Haltung des IG-Metall-Vorstandes aus. Es sei nur daran erinnert, daß Eugen Loderer stets gegen eine Forderung nach Verstaatlichung gesprochen hat und dies erst kürzlich nochmals unterstrichen hat.

Das ist alles so eindeutig, daß selbst in der „UZ“ der DKP — sehr, sehr vorsichtig — Kritik am IG-Metall-Vorstand, nein besser: an Rudolf Judith geübt wird. Und das will, wie jeder einigermaßen Eingeweihte weiß, schon was bedeuten. Denn Linientreue zum Gewerkschaftsvorstand ist ein Stützpfeiler der DKP-Gewerkschaftspolitik. Hier ging es so nicht mehr. Weil die Frontstellung zur „Basis“ zu deutlich ist. Weil der Einfluß der DKP bei den Verstaatlichungsforderungen nicht unerheblich ist.

Durch diese ganze Entwicklung stellt sich die Frage, die wir bereits im letzten „Roten Morgen“ aufwarfen, nämlich, wie sich konkret zur Forderung nach Verstaatlichung verhalten, noch schärfer.

Und zwar in beiden Richtungen: auf welche Seite man sich in diesem Richtungskampf prinzipiell stellt, ob für oder gegen die Verstaatlichungsforderung. Und: wie eine solche Forderung konkretisiert werden muß, um wirklich wirksam zu werden.

Stellt man also zunächst einmal die Frage so „Oberhausen oder Dortmund?“, muß die Antwort lauten: Dortmund. Und dann muß man sich für eine klare Linie, ohne Illusionen dabei einsetzen.

Informationen zur Wahl

Die ersten Plakate:



Plakat der KPD zur Friedenspolitik, 3farbig, DIN A 0

Gemeinsames Plakat des Wahlbündnisses revolutionärer Sozialisten. Schwarz/weiß, DIN A 0. (Auch mit Eindruck: BWK)

Wahlkampfmunition



Gemeinsame Wahlplattform von BWK und KPD, Flugblatt DIN A 5, kostenlos.

Wahlinfo Nr. 1, Über Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik, Flugblatt, DIN A 3, kostenlos.



Dokumentation über die Bemühungen, ein breites linkes Wahlbündnis zu schaffen. Broschüre DIN A 4. Preis 1,— DM.

Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Wahlflugblatt der KPD, DIN A 4, kostenlos.

Alle diese Materialien, auch die Wahlplakate können bestellt werden bei: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. (0231) 433691 und 433692

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

US-Gewerkschaft bittet um Hilfe für hungernde Arbeiter

Opel-Arbeiter zur Solidarität aufgerufen

RÜSSELSHEIM. — Der Betriebsrat und die Vertrauenskörperleitung der IG Metall bei Opel-Rüsselsheim haben die Belegschaft aufgerufen, für hungernde Automobilarbeiter in Detroit (USA) zu spenden.

Bekanntlich hat in Detroit der Mutterkonzern der Opel-Werke, General Motors, seinen Sitz. Detroit gilt als Zentrum der amerikanischen Automobil-Industrie. Die Arbeitslosenquote liegt dort bei 25 Prozent. Tausende Arbeiterfamilien sind ins Elend gekommen, müssen hungern und frieren, können sich nur notdürftig durch die Hilfe der öffentlichen Wohlfahrt ernähren.

Nun hat sich die US-amerikanische „Vereinigte Automobilarbeiter-Gewerkschaft" mit einem dringenden Hilferuf an die deutschen Kollegen gewandt. Betriebsrat und Leitung des IGM-Vertrauenskörpers bei Opel-Rüsselsheim haben das Hilfeersuchen positiv aufgenommen und die Belegschaft aufgerufen, für die hungernden und frierenden Kolleginnen und Kollegen in Detroit zu spenden.

Betriebsratsvorsitzender Richard Heller erklärte, es gehe jetzt um ein Zeichen der internationalen Solidarität mit den Berufskollegen der Opel-Arbeiter in Detroit. Angesichts der katastrophalen Arbeitslosigkeit in der amerikanischen Auto-Stadt und der Hochrüstung sei es auch wichtig, daß in der Opel-Belegschaft ein Diskussionsprozeß angestoßen werde, wobei man den Finger auf die Wunden des Systems legen müsse.

In dem Spendenaufruf wird jeder Werksangehörige aufgefordert, mindestens eine Mark als Geste der Solidarität zu spenden. „Wir wissen, es ist für viele von uns schwer vorstellbar, daß im reichsten Land der Erde gerade unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Automobilzentren hungern und frieren", heißt es in dem Spendenaufruf.

In dem Flugblatt wird darüber informiert, daß mehr als ein Drittel aller Einwohner von Detroit, also mehr als 350000 Menschen, unterernährt sind. Angesichts dieser Situation, so heißt es in dem Flugblatt, müsse man sich fragen, wo es hinführt und wem es nutzt, „wenn die Regierung Reagan die Sozialleistungen immer stärker abbaut."

Hinzuzufügen wäre vielleicht: Wenn wir Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik und Westberlin uns nicht mit aller Macht gegen die Arbeitsplatzvernichtung, den Sozialabbau und die Senkung des Lohnniveaus wehren, werden wir uns eines Tages in einer ähnlich elenden Lage wiederfinden wie unsere Kolleginnen und Kollegen in Detroit!



Essensausgabe an hungernde Arbeitslose in Detroit (USA).

Alarmsignale an der Lohnfront

In der vergangenen Woche kam es zu zwei Tarifabschlüssen, die als Alarmsignale für die diesjährigen Auseinandersetzungen um die Erhöhung von Lohn und Gehalt verstanden werden müssen.

Für die 30000 Beschäftigten der Holzindustrie wurde eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um nur 3,5 Prozent rückwirkend ab 1. Januar festgelegt. Die Ausbildungsvergütung soll um lediglich 22 Mark monatlich angehoben werden.

In der Schuhindustrie einigten sich die Unternehmer und die Führung der Gewerkschaft Leder nach einem ergebnislosen Schlichtungsverfahren darauf, die Tariflöhne für die 52000 Beschäftigten rückwirkend ab 1. Januar bis Ende 1983 um 30 Pfennig pro Stunde anzuheben. Für die Monate November und Dezember (der alte Tarifvertrag war Ende Oktober ausgelaufen) erhalten die Kolleginnen und Kollegen eine Einmal-Zahlung von 50 Mark. Faktisch entspricht dies insgesamt einer Lohnerhöhung von nur 3 Prozent!

Diese Tarifabschlüsse stehen in krassem Gegensatz zu den Beteuerungen der Gewerkschaftsführer, die Sicherung der Reallöhne sei unabdingbares Ziel der Gewerkschaften in der diesjährigen Lohnrunde, nachdem bereits in den letzten zwei Jahren jeweils deutliche Reallohnsenkungen hingenommen worden waren.

Abschlüsse von 3 oder 3,5 Prozent bedeuten eine noch stärkere Reallohnsenkung als im letzten Jahr. Würde sich diese Linie bei der diesjährigen Lohnrunde durchsetzen, dann wäre es den Unternehmern gelungen, das Lohnniveau erneut um einige Punkte zu drücken. Von einem Stopp der lohnpolitischen Wende könnte keine Rede sein. Und schon gar nicht von einer Verteidigung des Lebensstandards.

Gemeinsamer Entgelt-Tarifvertrag für Arbeiter und Angestellte

Ein Schritt nach vorne

STUTTGART. — Zum ersten Mal konnte in der bundesdeutschen Metallindustrie mit einem Unternehmen ein gemeinsamer Entgelt-Tarifvertrag abgeschlossen werden. Er gilt seit dem 1. Januar 1983 für die Belegschaft der Joseph Vögele AG in Mannheim.

Mit diesem Werktarifvertrag sichere die IG Metall für ihre Mitglieder erstmals gleiche Eingruppierungskriterien und einen einheitlichen Entlohnungssatz für Arbeiter und Angestellte als Voraussetzung für gleiche Verdienstchancen. So heißt es in einer Information der Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall zu diesem Tarifvertrag.

Der Vertrag sichere einheitliche Eingruppierungskriterien entsprechend der persönlichen Qualifikation sowie die Förderung qualifizierter Arbeitsbedingungen. Er biete jedem einzelnen Schutz vor Abgruppierung und sichere das gemeinsame Einkommensniveau; er sichere den Effektiv-Verdienst ab und garantiere bezahlte Mindestholzeiten von mindestens vierzig Minuten am Tag für alle Beschäftigten.

„Erstmals konnten wir unsere Vorstellungen auf diesem wichtigen Gebiet der Tarifpolitik für die achtziger Jahre realisieren", erklärte Stuttgarter IGM-Bezirksleiter Franz Steinkühler. Dieser Vertrag sei richtungsweisend für die Tarifpolitik der IG Metall.

Die Firma Vögele ist nicht mehr im Unternehmerverband organisiert. Offensichtlich wurde sie kurzerhand ausgeschlossen. Etwa 1000 Arbeiter und Angestellte sind in dem Unternehmen beschäftigt, das Straßenbaumaschinen herstellt.

Vorwurf der Wahlmanipulation

Muß IG-Bau-Vorstand neu gewählt werden?

FRANKFURT. — Muß die IG Bau — Steine — Erden durch einen außerordentlichen Gewerkschaftstag ihre Vorstandswahl wiederholen lassen? Ende Mai wird das Frankfurter Landgericht darüber entscheiden.

Ein Stuttgarter Gewerkschafter, der Fliesenleger und Betriebsratsvorsitzende Werner Röhm, hat Klage gegen die Vorstandswahl auf dem letzten Gewerkschaftstag der BSE im vergangenen Oktober eingereicht. Er wirft der Führung seiner Gewerkschaft vor, die Wahl manipuliert zu haben, um einem unliebsamen Kandidaten die Chancen zu nehmen.

Auf dem Gewerkschaftstag vom Oktober '82 haben außer dem damaligen BSE-Vorsitzenden Rudolf Sperner noch zwei weitere Mitglieder des Hauptvorstandes aus Altersgründen ihren Abschied gegeben. Normalerweise hätten also mindestens drei neue Leute in den neuzuwählenden BSE-Vorstand einrücken müssen.

Diese Chance versuchte der Stuttgarter Bezirksleiter der BSE, Gerhard Schramm, zu nutzen. Wegen seines offensichtlich vergleichsweise linken Standpunktes — er hat den Ruf eines „harten Interessenvertreters" — konnte Schramm jedoch nicht mit dem Segen der Sperner-Riege rechnen, sondern er mußte als oppositioneller Kandidat antreten.

Allerdings hat sich auch in der IG Bau in den letzten Jahren zunehmend eine oppositionelle Stimmung gegen den pflaumenweichen Sozialpartnerschaftskurs der Sperner und Konsorten entwickelt. Von daher konnte Gerhard Schramm schon damit rechnen, eine nicht geringe Zahl von Stimmen zu erreichen.

Außerdem kann Schramm Erfolge vorweisen. Seit er vor zwölf Jahren in Stuttgart Bezirksgeschäftsführer wurde, hat sich die Mitgliederzahl der Bau-Gewerkschaft in diesem Bereich fast verdreifacht!

Wie nun das Leben so spielt, kam der etablierten BSE-Führung plötzlich die rettende Idee, den geschäftsführenden Hauptvorstand von bislang neun auf sieben Mitglieder zu verkleinern. Diese Reduzierung, so glauben jedenfalls viele Kollegen, unter ihnen auch der Kläger Werner Röhm, hatte nur den Zweck, die Wahlchancen von Gerhard Schramm zu zerstören. Denn jetzt mußte nur noch ein verwaister Platz in der Führungsspitze neu besetzt werden, nicht mehr drei! Und für diesen Posten präsentierte die Sperner-Riege einen ihnen genehmen Kandidaten, den Landesvorsitzenden von Westfalen, Georg Voss.

Seltsamerweise war der Name von Voss dann auf dem Wahlzettel bereits ausgedruckt, während der von Schramm von den Delegierten handschriftlich nachgetragen werden mußte. Dies, obwohl Schramms Kandidatur seit Monaten feststand. Voss wurde denn auch mit der höheren Stimmenzahl gewählt.

Um die Verringerung der Vorstandssitze überhaupt beschließen lassen zu können, war eine Satzungsänderung notwendig. Offensichtlich befürchtete die Sperner-Riege jedoch, für diese Satzungsänderung nicht die notwendige Dreiviertel-Mehrheit zu bekommen. So ließen sie den Gewerkschaftstag zuerst darüber abstimmen, daß Satzungsänderungen fortan mit einfacher Mehrheit beschlossen werden können. Das Manöver, das damit verbunden war, wurde offensichtlich zunächst von vielen Delegierten nicht durchschaut.

Allerdings hatten Sperner und seine Gefolgsleute eine Bestimmung übergangen: Die Abstimmungen über die Satzungsänderungen waren nicht (wie es laut Satzung vorgeschrieben ist) rechtzeitig vorher in der Tagesordnung des Gewerkschaftstages schriftlich angekündigt worden. Offensichtlich sollte der Gewerkschaftstag überrumpelt werden.

Der Gewerkschafter Werner Röhm stützt sich nun mit seiner Klage darauf, daß die nachfolgenden Wahlen durch diesen Verstoß ebenso unwirksam seien wie die Beschlüsse über die Satzungsänderungen. BSE-Vorsitzender Konrad Carl soll bereits auf einer Sitzung des Gewerkschaftsbeirates geäußert haben, um einen außerordentlichen Gewerkschaftstag zur Wiederholung der Wahlen komme die IG Bau wahrscheinlich nicht herum.

berichtet + + + kurz berichtet + + + kurz berichtet + + + kurz berichtet + + + kurz

Seeschiffahrt: Kein Streik

Hamburg. — Es gibt nun doch keinen Streik in der deutschen Seeschiffahrt. Bei Schlichtungsverhandlungen kam es zu einer Einigung zwischen den Reederverbänden und der Gewerkschaft ÖTV. Danach wird im Manteltarifvertrag (Laufzeit bis 31.12.85) ab 1.3.1983 zusätzlich ein Kalendertag Urlaub pro Borddienstmonat, ab 1.9.1983 ein halber Tag und ab 1.3.1984 ein weiterer halber Kalendertag als Urlaubstag gewährt. Ab 1.1.1985 werden Sonntage im Urlaub nicht mehr auf die Urlaubsdauer angerechnet. Die ÖTV hatte ursprünglich 26 Urlaubstage zusätzlich gefordert. (Beschäftigte auf dem Land haben jährlich 143 freie Tage, Seeleute hingegen hatten bislang nur 112 freie Tage). Bestandteil der Schlichtung ist allerdings auch die Verlängerung des bestehenden Heuertarifvertrages, der am 31.12. abgelaufen wäre, bis Ende 1983. Das bedeutet, daß die ÖTV eine einjährige Lohnpause in der Seeschiffahrt hinnehmen will.

Bundesbahn will 10000 Stellen einsparen

BONN. — Zum Jahresende 1982 kündigte Bundesverkehrsminister Dollinger auf einer Pressekonferenz an: Die Bundesbahn wolle ihren Personalbestand in nächster Zeit um mehr als 9600 Beschäftigte reduzieren. Bereits im November '82 sind 200 Bundesbahnbeschäftigte über Abfindungen entlassen worden. Ähnlich einem 1980 von Ford in Köln praktizierten Modell bietet die Bundesbahn Abfindungen für Beschäftigte, die freiwillig kündigen. Bedingung ist dabei, daß die Betreffenden nicht in eine andere Beschäftigung im öffentlichen Dienst überwechseln. Die Abfindungen liegen je nach Betriebszugehörigkeit zwischen einem und maximal 12 Monatsgehältern.

Unternehmergewinne mehr als verdoppelt

DÜSSELDORF. — Von 1970 bis 1981 konnten die privaten Unternehmer in der Bundesrepublik ihre Nettogewinne und Vermögenseinkommen mehr als verdoppeln. Allein von 1975 bis 1981 wuchsen die Netto-Gewinne um rund 54 Prozent. Für das Jahr 1980 wiesen die offiziellen Statistiken einen Rückgang der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und der Vermögen um 1,2 Prozent auf. Tatsächlich jedoch sind diese um 3,8 Prozent gestiegen. Zu diesen Ergebnissen ist das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) gekommen.

Rohstahlproduktion nur noch so hoch wie 1966

DÜSSELDORF. — Die Rohstahlproduktion der Stahlindustrie in der Bundesrepublik ist 1982 um 13,8 Prozent auf 35,88 (41,61) Millionen Tonnen zurückgefallen. Damit ist die Stahlerzeugung auf das Niveau von 1966 abgesackt, als 35,32 Millionen Tonnen Stahl geschmolzen wurden. Im bisher besten Jahr, 1974, waren es 53,23 Millionen Tonnen gewesen und damit 49,1 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Diese Angaben machte das Statistische Bundesamt, Außenstelle Düsseldorf.

ARBED-Bosse wollen Sozialpläner schröpfen

„Wir haben die Absicht, Sie zu bestehlen ..."

SAARBRÜCKEN. — Die ARBED-Bosse schrecken vor nichts zurück. Nicht einmal davor, jetzt auch noch die „Sozialpläner" zu bestehlen. Am 5. Januar versandten sie an alle ehemaligen Belegschaftsmitglieder, die über den Sozialplan ausgesondert worden sind, einen Brief. In dem Schreiben wird den Kollegen mitgeteilt, daß ARBED beabsichtige, ab Januar 8 Prozent der Sozialplaneinkommen als „Solidarbeitrag" einzubehalten.

Unverfroren heißt es in dem Schreiben: „Wir haben die Absicht, die Ihnen durch Betriebsvereinbarung zugesicherte Betriebsrente längstens für den Zeitraum der Dauerkurzarbeit um 8 Prozent zu kürzen" (nebenstehend ist der Brief im vollen Wortlaut abgedruckt). Mit einer sogenannten Erkläungsfrist sollen die Sozialpläner regelrecht aufs Kreuz gelegt werden. Das sind Raubrittermethoden!

Gleichzeitig soll dieser Raub demagogisch als „Solidarbeitrag" für die von Kurzarbeit betroffenen Belegschaften getarnt werden. Diese Argumentationsweise kennt man ja vom Lohnpausenminister Blüm: Daß sogar die Rentner mit ihren oft kaum zum Leben reichenden paar Groschen von Kürzungen nicht verschont bleiben, sollte als Begründung für die Lohnpause herhalten.

Diese Art von „Gerechtigkeit" und „Solidarität" ist ein durch und durch zynischer Betrug. In Wirklichkeit geht es doch darum, daß den abhängig Beschäftigten und sozial Schwachen zugunsten der Reichen alle Krisenlasten auf den Buckel gewälzt werden sollen.

Bei ARBED hat die IG Metall sich unlängst darauf eingelassen, daß den Stahlarbeitern die Hälfte des Weihnachtsgeldes für 1983/84 gekappt wurde. Damit hat man die Bosse geradezu zu weiteren Angriffen angestachelt. Jetzt sollen also die Sozialpläner geschröpft werden.

Merke: Reiche niemals einem Kapitalisten die Hand, sonst wirst du danach mit Schrecken feststellen müssen, daß kein einziger Finger mehr dran ist.

Brief der ARBED-Bosse an die Sozialpläner

„Ihr Einverständnis vorausgesetzt ..."

Sehr geehrte Damen und Herren!

Aufgrund der katastrophalen Stahlmarktlage ist unser Unternehmen in große Schwierigkeiten geraten und kann zur Zeit nur mit finanzieller Unterstützung der öffentlichen Hand weitergeführt werden.

Wir sind daher in die Pflicht genommen, u.a. sofort erhebliche Personalkosten einzusparen, um in nächster Zeit überhaupt noch öffentliche Zuschüsse zu bekommen, ohne die ein Überleben des Unternehmens nicht möglich wäre.

So muß unsere aktive Belegschaft ab Januar 1983 auf eine noch nicht absehbare Zeit in erheblichem Umfang Kurzarbeit verfahren, die monatlich teilweise zu einer Einkommensschmälerung von über 10 Prozent führen wird. Die Kurzarbeit, die ohne den bisherigen Härteausgleich durchgeführt wird, ist erforderlich, um Massenentlassungen zu vermeiden.

Wir appellieren daher auch an Sie, von Ihren monatlichen Sozialplaneinkünften Solidarbeitrag zu leisten. Der Solidarbeitrag wird ausschließlich dazu verwandt, Ihren früheren Arbeitskollegen den durch die Kurzarbeit entstehenden Verlust von mehr als 10 Prozent Nettolohnausfall auszugleichen.

Wir haben die Absicht, die Ihnen durch Betriebsvereinbarung zugesicherte Betriebsrente längstens für den Zeitraum der Dauerkurzarbeit um 8 Prozent zu kürzen.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, werden wir beginnend mit der Januarabrechnung 1983 den für Sie errechneten Betrag von der monatlichen Überweisung der Überbrückungshilfe einbehalten.

Sofern Sie mit dieser Handhabung nicht einverstanden sind, bitten wir Sie, uns dies bis spätestens 15. Januar 1983 mitzuteilen.

Abschließend bitten wir Sie um Verständnis für die auch uns unangenehme Maßnahme und hoffen, daß die derzeitigen Schwierigkeiten möglichst bald überwunden werden.

Heckel-Arbeiter halten weiterhin den Betrieb besetzt

Sie kämpfen für die Zukunft ihrer Kinder

Die Belegschaft der Drahtseilfabrik Georg Heckel GmbH in Saarbrücken-Burbach gibt nicht nach. Seit dem 4. November vergangenen Jahres hält sie den Betrieb bei Aufrechterhaltung der Produktion ohne Unterbrechung besetzt.

Der Arbed-Konzern, dessen Tochterunternehmen die Georg Heckel GmbH ist, will das Werk mit seinen 220 Arbeitsplätzen am 31. März dichtmachen. Durch frühere Protestaktionen hatte die Belegschaft den Arbed-Bossen Zusagen abgetrotzt, nach denen der Betrieb nicht stillgelegt werden darf, sofern nicht die entsprechende Anzahl von Ersatzarbeitsplätzen geschaffen und bereitgestellt ist. Diese Zusagen sollen jetzt einfach gebrochen, das Werk ersatzlos stillgelegt werden.

Aber die Bosse hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Kollegen reagierten auf den Stillegungsbeschluß mit der Besetzung des Betriebes. In einem Flugblatt des Vertrauenskörpers der IG Metall bei Heckel heißt es:

„Wir fordern hiermit die Arbed öffentlich auf, endlich zu ihren Versprechungen zu stehen.

Um unseren gerechten Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben wir als Belegschaft den Betrieb besetzt.

Wir sind der Meinung, daß es in dieser Situation unbedingt erforderlich ist, jetzt um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Das sind wir nicht nur uns, sondern auch unseren Kindern schuldig, die ja auch eine Zukunft hier an der Saar haben sollen!!"

Ein Kollege vom Heckel-Betriebsrat betrachtet schmunzelnd Aufnahmen von dem besetzten Werk, die unser Arbeiter-Korrespondent gemacht hat

Bei Tag und Nacht halten die Besetzer seither ununterbrochen die Stellung. Die damit verbundenen Belastungen für das Familienleben wären wahrscheinlich unerträglich, würden nicht die Frauen der Heckel-Arbeiter sich aktiv am Kampf beteiligen. So brachten sie beispielsweise vor den Weihnachtsfeiertagen ein eigenes „Flugblatt der Heckel-Frauen" heraus, mit dem sie sich öffentlich voll und ganz hinter die Betriebsbesetzung und die Forderungen ihrer Männer stellten.

Weil sie im Kampf gegen die rücksichtslosen Absichten profitgieriger Konzernherren ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage und die Zukunft ihrer Kinder verteidigen, lassen sich die Männer und Frauen von Heckel nicht ins Bockshorn jagen. Auch über die Weihnachtsfeiertage und Neujahr setzten sie die Aktion unbeirrt fort. Jetzt sind es bald schon drei Monate, daß sie den Betrieb besetzt halten,



Der Betriebsratsvorsitzende Günther Gard an seinem Schreibtisch. Vor ihm ein Stapel „Roter Morgen". Die „Roten Morgen", die einen Bericht über die Betriebsbesetzung enthalten, wurden von unserem Arbeiter-Korrespondenten Franz Kreusat vorbeigebracht.

und sie wollen weiter durchhalten, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Am 24. Dezember fand vor dem besetzten Werk eine ungewöhnliche Weihnachtsfeier statt. Eigentlich war ein öffentlicher Gottesdienst und eine Familienfeier in der Lagerhalle des besetzten Werkes geplant gewesen. Die Arbed-Bosse aber haben dies verboten. Der öffentliche Teil der Feier wurde dann vor dem Werkstor abgehalten. Ein „Roter-Morgen"-Leser aus Saarbrücken nahm daran teil. Seine Eindrücke von dieser denkwürdigen Feier schildert er für den „Roten Morgen" unter der Überschrift „Das Fest" in dem untenstehend abgedruckten Beitrag.



Heckel-Arbeiter vor dem Betriebsratsbüro. Auf dem Schild neben der Tür heißt es: „Heckel-Belegschaft kämpft weiter".

Das Fest

Von Franz Kreusat

Die alte Turmglocke ruft eben mit zarter Stimme, daß es sieben Uhr sei, und die schon angehende Dunkelheit setzt hinzu: „sieben Uhr abends". Ein paar Männer, dick vermummt, die Hände in den Manteltaschen verborgen, stehen herum und unterhalten sich. Eine sehr ungewöhnliche Zeit, ein sehr ungewöhnlicher Ort: 24. Dezember, am Eingangstor zur Firma Georg Heckel.

Der Glanz von tausend Lichtern bedeckt die beiden Tannenbäume, die das Eingangstor eingrenzen. Das Tor selbst ist weit geöffnet — dahinter eine kleine Gruppe von Arbeitern. Rechts das Betriebsratsbüro mit einem Schild neben der Tür: Heckel-Belegschaft kämpft weiter.

Die ersten Familienangehörigen erscheinen gerade am Eingangstor. Eine Frau, gut gekleidet, trägt eine Tüte Weihnachtsgebäck in der Hand. So festlich gekleidet sind wohl alle heute Abend. Die feierlichsten Kleider, die Sonntagsschuhe, der gute Mantel, kurz, das Beste wird heute angezogen. Aber doch ist etwas Ungewöhnliches an ihr. An ihrer Jacke ist keine Brosche, keine Anstecknadel del — zu sehen ist ein Anstecker „Heckel ist besetzt".

Hätte sie sich das an letzten Weihnachten träumen lassen — sie, als Unterstützerin von Fabrikbesetzern? Das kleine Mädchen an ihrer Hand strahlt über das ganze Gesicht, vergessen ist die Kälte, es ist halt Weihnachten. Immer mehr Menschen erscheinen nun am Tor, um hier gemeinsam Weihnachten zu feiern.

Gestern abend kam eine Anordnung des ARBED-Konzerns, daß der gemeinsame Gottesdienst und die Familienfeier in der Lagerhalle verboten sind. Große Empörung herrscht immer noch bei allen Fabrikbesetzern, den Sympatisanten und auch innerhalb der Bevölkerung. Sogar der saarländische Rundfunk berichtete gestern sehr ausführlich über das Verbot. — ARBED hat sich wieder sehr viel mehr Feinde gemacht.

Langsam hat sich der ganze Platz vor dem Fabriktor gefüllt. Außer den Heckel-Arbeitern und deren Familienangehörigen sind noch sehr viele Freunde gekommen. Sie alle stehen dichtgedrängt und unterhalten sich leise.

Nun mochte der Ausdruck auf manchem Gesicht, mochte die Furche auf mancher Stirn verraten, daß die ganze Gesellschaft dieser abendlichen Feier eben nur Lohnsklaven sind. Aber in ihrem Benehmen, in ihrer Art, wie sie miteinander sprechen, wie sie mit mir, dem Fremden, umgehen, mich bald keck anschauen oder einfach mit mir reden, so kann man den Ausdruck jenes Bewußtseins feststellen, der einen Mann oder eine Frau inmitten tiefster Schwierigkeiten, trotz Ungewissheit und unverschuldeten Elends, zu einem Helden stempelt. Und sind sie nicht Helden, die 40, 50 und 60 Jahre so leben wie diese Arbeiter?

Neben mir stehen einige ältere Arbeiter, die etwas ruhiger sind als die anderen — fast traurig sehen sie aus. Längst hat der Gottesdienst begonnen und sind die ersten Redebeiträge gehalten. Gerade ist wieder von ganz vorne zu hören: Die Interessen des ARBED-Konzerns sind nicht die Interessen der ARBED-Arbeiter, und gegen die Interessen des Ersteren muß man kämpfen.

Immer noch gibt es keine Bewegung in der kleinen Gruppe neben mir. Aber hin und wieder ballt sich eine jener kräftigen Hände zu einer Faust; auch die Augen werden lebendiger — sie blitzen und sie leuchten. Zu den tausend Lichtern der Christbäume haben sich noch Tausende hinzugesellt. Und man sieht, die Leidenschaft zieht plötzlich in jede Brust ein — so spät am Abend setzt sie die Herzen jener Müden noch einmal in Flammen. Und



Am 24. Dezember vor der besetzten Drahtseilfabrik Heckel. Es ist gegen sieben Uhr abends. Gleich wird die Weihnachtsfeier beginnen, die zugleich auch Protest- und Solidaritätskundgebung ist.

wehe, wenn der Geist jener einmal zu vollem Bewußtsein erwacht. Der erste Schritt ist getan — und Tausende sind mitgegangen. Diese abendliche Feier ist mehr als ein gewöhnliches Fest — es ist ein Protest.

Die Sterne funkeln so lustig am Abendhimmel, als freuten sie sich über diese Menschen da unten auf der Erde, über die Arbeiter aus Burbach, die trotz aller Repressalien dennoch hier zusammengekommen sind.

Solidarität

Solidaritätsschreiben sind zu richten an: Belegschaft und Betriebsrat der Firma Georg Heckel, Altenkesseler Str. 17, 6600 Saarbrücken 5;

Geldspenden bitte überweisen an: Konto-Nummer 4944, Stadtsparkasse Saarbrücken, Kennwort: Betriebsbesetzung Georg Heckel.

Wie sieht der CDU-Staat aus? — 3. Teil:

Vor der „Endlösung" der Gewerkschaftsfrage?

Will die Unionsregierung ihr Programm des sozialen Kahlschlags in aller Schärfe durchziehen, dann muß sie den Widerstand vor allem der Arbeiterklasse fürchten. Kern dieses Widerstandes ist die organisierte Arbeiterschaft.

Deshalb ging die neue Regierung, wenn auch noch nicht mit letzter Konsequenz, vom Tage der Machtübernahme an auf Konfrontationskurs gegen die DGB-Gewerkschaften.

Es begann mit einem Angriff auf die Tarifautonomie: dem berüchtigten Vorstoß des Ministers für Arbeit und Soziales, Norbert Blüm — immer noch Mitglied der IG Metall —, man solle doch eine halbjährige Lohnpause verordnen. Dieser Vorstoß ist Ausfluß ganz handfester Überlegungen in beiden Unionsparteien, wie man wohl die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften einengen und schließlich zerstören, wie man sie direkt ans Gängelband des Staates nehmen kann.

Dabei ist Blüm sicher nicht die extremste Figur der Union, die man sich auf dem Posten eines Arbeitsministers vorstellen kann. Blüm ist der Mann der Sozialausschüsse, die versuchen, Arbeiter, besonders christlich beeinflußte, an die Union zu binden. Was die Einflußnahme auf die Unionspolitik angeht, sind diese Sozialausschüsse heute allerdings bereits hoffnungslos im Hintertreffen.

Blüms Rolle für den aktuellen Wahlkampf ist klar formuliert: Arbeiterstimmen für die Union ziehen. Man läßt ihn, eine ganz besondere Provokation, in einem Wahlkreis der Arbeiterstadt Dortmund kandidieren. Die Dortmunder CDU äußerte, diese Kandidatur allein sei für sie so wertvoll wie eine vollbesetzte Westfalenhalle bei einer Wahlkampfveranstaltung. Es ist zu hoffen, daß die Dortmunder Arbeiter den Provokateuren die gebührende Antwort erteilen.

Völlig zu Recht bewertete der DGB den Lohnpausen-Vorstoß als eine „Kampfansage an die Gewerkschaften". Der Kampf gegen diese Politik muß aber auch offensiv aufgenommen werden, nicht nur in diesem Punkt, sondern in allen Punkten.

Von gewerkschaftlichen Aktionen hält die neue Regierung begreiflicherweise nichts. Kaum gezügelte Wut und empörende Beleidigungen prägten beispielsweise die Reaktionen der Unionspolitiker auf die großen DGB-Demonstrationen im Herbst 1982, die schon zu Zeiten der sozialliberalen Koalition anberaumt waren, für die allerdings der Regierungswechsel sicher zusätzlich mobilisierend gewirkt hat.

Unverschämt

„Eine unangemessene Demonstration!" — zu dieser Anmaßung verstieg sich der CDU-Abgeordnete Müller aus Remscheid. Er beschwerte sich auch gleich über den „unverschämten Ton" der Kundgebungsredner. Blüm selbst warf speziell der IG Metall „Arbeitnehmerverdummung" und „Falschmeldungen über die Regierungspolitik" vor. Sie fürchten das Gewicht der Gewerkschaft auch im Wahlkampf!

Besonders deutlich wurde der Wechsel in der Behandlung der Gewerkschaften durch die Regierung in einer Stellungnahme des CDU-Rechtsaußen Alfred Dregger. Er mahnte die DGB-Gewerkschaften, daran zu denken, daß sie nicht die Mehrheit der Arbeiterschaft verträten; die Mehrheit sei nämlich im Gegensatz zum DGB und seinen angeblich maßlos überzogenen Forderungen „zu sinnvollen Opfern bereit".

Oder, wie Springers „Welt" am 2.11.82 schrieb: „Hoffentlich kapieren sie (die Gewerkschaftsführer) nicht zu spät, daß sie sich in eine Verweigerungspolitik gegenüber dem Staat **und den Bürgern** verrennen."

Auf diese Weise soll das Ansehen der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit herabgesetzt werden — wer überzogene Forderungen stellt, fordert Einsparungen in anderen Bereichen heraus, schadet den Arbeitslosen und allen nicht arbeitenden sozial Schwachen; so die Demagogie der Union —, so soll ein Keil zwischen organisierte und unorganisierte Arbeiterschaft getrieben werden. Setzte die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung notwendigerweise darauf, ihre Politik, auch alle unsozialen Maßnahmen, im Einklang mit der Gewerkschaftsführung, über ihre Einbindung in die Regierungspolitik auch durch bestimmte Zugeständnisse durchzusetzen, drohen die neuen Herren in



Bonn mit der Isolierung der Gewerkschaften und starten erste Versuche in diese Richtung.

Nur wenn die Gewerkschafter ihrerseits dafür sorgen, daß mit der Politik der Sozialpartnerschaft Schluß gemacht wird, sind die Angriffe abzuwehren. Die Illusion, über partnerschaftliche Einigungen mit den Kapitalisten Wohlstand und Reformen sichern zu können, offenbart ihre ganze Haltlosigkeit heute deutlicher denn je. Der Sturz der SPD aus den Ministersesseln markiert gerade das Scheitern dieser Politik. Der „Klassenkampf von oben", der nun, oft mit erstaunt-empörtem Unterton, den Unternehmern und ihrer Regierung angelastet wird, muß durch entschiedenen Klassenkampf „von unten" beantwortet werden.

Ohne sich um das Geschrei aus Bonn zu scheren. Zum neuen Ton gehört es ja, bereits die kleinste eigenständige Meinungsäußerung des DGB zu verteufeln. Die nun wirklich sehr zurückhaltenden Reaktionen auf den Regierungswechsel — Loderer ließ sich bekanntlich sogar zur Befürwortung einer großen Koalition hinreißen, Breit tut so, als säßen die rückständigsten Kräfte nicht in der Union, sondern in der FDP — wurden bereits angegriffen. Und daß auch noch von den Sozialausschüssen. Die sich gegen „klassenkämpferische Angriffe" auf ihre Partei verwahrten.

Gegen die Einheitsgewerkschaft

Die Einheitsgewerkschaft, grundsätzlich eine wichtige Errungenschaft der westdeutschen Arbeiterklasse, ist der schwarzen Reaktion ein Dorn im Auge. Ihr Auseinanderbrechen, ihre Isolierung oder das Entstehen möglichst organisierter reaktionärer Strömungen ist deren Hoffnung.

Auch hierzu zunächst Norbert Blüm, von Parteifreund Müller wahrlich nicht weit entfernt:

„Was wird, wenn die Busfahrer streiken? Könnten sie vielleicht Prügel beziehen? Nicht von den ‚Kapitalisten', sondern von den Stahlwerkern, die kurzarbeiten und außerdem noch um ihren Arbeitsplatz bangen. Jüngere, gut ausgebildete Arbeitnehmer gegen ältere mit gesundheitlichen Einschränkungen, gewerbliche Arbeitnehmer mit hohem Arbeitsplatzrisiko gegen die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes. Sind das die Fronten, die die Gewerkschaften möglicherweise in Zukunft zum Bersten bringen?" — Das, genau das hätten sie gern.

Und wenn man weiß: Blüm ist erst der Anfang — dann muß man auch fragen: was könnte danach kommen? Das wiederum ist kein Geheimnis. Man braucht sich nur des Wahlkampfes von 1980 erinnern.

Noch vor dem eigentlichen Beginn dieses Wahlkampfes, nämlich Anfang 1979, erdreistete sich CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber — und durfte dies ausgerechnet in der „Welt der Arbeit" tun — zu der demagogischen Bemerkung, Einheitsgewerkschaften seien „üblicherweise in Diktaturen" anzutreffen. Und im „Bayernkurier" hetzte ein Manfred Hettlage im Februar desselben Jahres: „Die Idee der Einheitsgewerkschaft ist tot!"

Strauß stellt die Frage grundsätzlich: „Die CSU wird daher die Gewerkschaftsfrage neu und grundsätzlich durchdenken müssen, wenn die Einseitigkeit in der politischen und weltanschaulichen Ausrichtung und die Intoleranz gegenüber nichtsozialistischen Kräften in den sogenannten Einheitsgewerkschaften anhält." Viel, viel zu tolerant zeigten sich viele Gewerkschaftsführer dann im Wahlkampf gegenüber Strauß! „Durchdacht" wurde die Frage wirklich gründlich. Bekannt sind unter anderem die „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion", von Stoiber in Vorbereitung eines „Gewerkschaftskongresses" der CSU Anfang 1980 erarbeitet. Darin werden vor allem fünf Überlegungen angestellt: Die Bildung von Arbeitskammern mit Zwangsmitgliedschaft, • die Unterwanderung des DGB durch Masseneintritt konservativ orientierter Arbeiter, • die Fraktionierung des DGB in parteipolitische Abteilungen, • die Gründung einer neuen Konkurrenzgewerkschaft (Stoiber: „Die Gründung einer neuen Konkurrenzgewerkschaft ist eine sehr kostspielige Angelegenheit ..."), — massive Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB).

Die ersten drei Überlegungen wurden damals als unrealistisch verworfen (dennoch sollte die dritte „immer wieder vorgetragen" werden), die vierte offengehalten, die fünfte wird sowieso praktiziert.

Von Blüm zu Strauß

Was an dieser Stelle vor allem gezeigt werden sollte, ist, daß hier Kräfte am Werk sind, die prinzipiell vor gar nichts zurückschrecken, um die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung zu erreichen. Nur, taktieren tun sie eben auch. Und immerhin kommt die Studie zu dem optimistischen Ergebnis: **„Die Gewerkschaftsfrage kann gelöst werden."**

Das wäre dann die „Endlösung" à la Strauß. Man hält das für eine Zeitfrage: „Wenn man in der Gewerkschaftsfrage eine nachhaltige Änderung der bestehenden Verhältnisse erreichen will, dann müssen über eine Zeitdauer von mindestens einer bis zwei Legislaturperioden entsprechende Initiativen ergriffen und auch durchgehalten werden."

Ein Anfang dazu wird derzeit in Bonn gemacht.

Wehren wir den Anfängen!

29.1. bis 31.1.:

Nazi-Müller wird belagert!

MAINZ. — Zahlreiche Antifaschisten verschiedenster Organisationszugehörigkeit, unter ihnen viele Gewerkschafter, rufen für das letzte Januarwochenende zur Belagerung des brüchtigten Nazi-Kampfgruppenchefs Müller in Gonsenheim auf.

Die Faschisten verstärken unterdessen ihre Bemühungen, durch Morddrohungen gegen die Initiatoren die Aktion zum Platzen zu bringen — ohne Erfolg.

Im vorletzten „Roten Morgen" haben wir bereits kurz über das Treiben Müllers und seiner Kumpane sowie über die ersten Morddrohungen berichtet. Immer noch lassen die Behörden die Nazis weitgehend in Ruhe. Innerhalb der Nazi-Szene, so deckten Antifaschisten auf, kursieren inzwischen Briefe mit der Aufforderung, alle Kräfte zum „Schutz" von Müller zu mobilisieren. In diesen Briefen wird empfohlen, feste Kleidung und Selbstschutzmittel mitzubringen. Auch Hunde seien sehr nützlich.

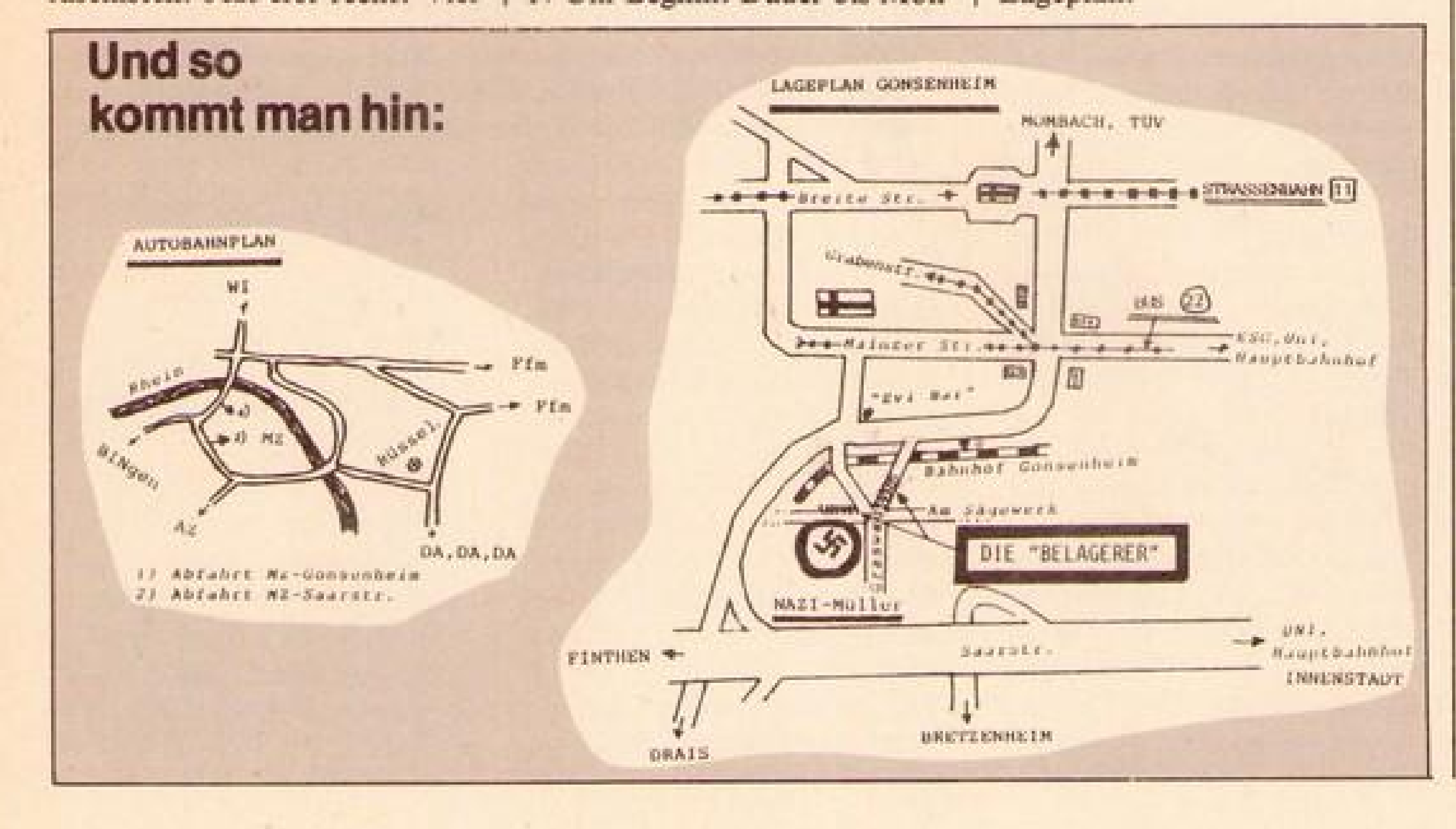
Die Antwort der Antifaschisten: Jezt erst recht! Viel zu lange haben Müller und Kumpane unbehelligt ihr Unwesen betrieben. Auf seinem Hof üben Kampfgruppen. Terroristen von Gary Lauck (USA) bis Michael Kühnen gehen ein und aus. Wenn die Behörden nichts tun, müssen die Bürger selbst aktiv werden. Die Belagerung findet statt. Antifaschisten aus dem Rhein-Main-Raum werden aufgerufen, sich zahlreich an der antifaschistischen Aktion zu beteiligen.

Der Zeitablauf sieht folgendermaßen aus:

Sa., 29.1.: 12 Uhr Aufbau, 17 Uhr Beginn. Dauer bis Montag, 31.1.12 Uhr. Nach dem Abbau beginnt um 14 Uhr eine Demonstration in die Innenstadt vor das rheinland-pfälzische Innenministerium, wo um 17 Uhr eine Kundgebung stattfindet.

Diese Aktion reiht sich ein in die zahlreichen antifaschistischen Aktivitäten aus Anlaß des 50. Jahrestages der Machtübertragung an die Hitlerfaschisten im ganzen Bundesgebiet. Sie steht unter dem Motto: Keine Freiheit für die Volksverhetzer!

Auf Bitte der Veranstalter veröffentlichen wir unten den Lageplan.



Starke Worte

Symbol der Zukunft

„Wir wollen nicht, daß die Geballte Faust des Genossen, sondern die ausgestreckte Hand des Partners Symbol für unsere Zeit und für die Zukunft ist."
(Helmut Kohl in der Aussprache über seine Regierungserklärung, 14.10.82)
Noch hat er die Faust nicht gespürt ...

Solidarität

„Solidarität verlangt mehr als die Kampfgemeinschaft derer, die ein gemeinsames Interesse gegen andere vertreten. (...) Das Gebot der Solidarität wird erst dann erfüllt, wenn es auch zwischen Machtungleichen und Interessengegnern gilt. Sie ist gerade dort gefordert, wo sie besonders schwerfällt. (...) Die Geschichte zeigt, daß auch zwischen Ungleichen Solidarität möglich ist. Sie zu verwirklichen, ist Aufgabe und Hoffnung der Menschen."
(Grundsatzprogramm der CDU von 1978)

Ach, das ist Solidarität. Da braucht man auch keine Gewerkschaften, eine kommunistische Partei schon gar nicht. Wie könnte Solidarität der Gegner konkret aussehen? Sicher wäre ihr ein freundlicher Umgangston förderlich. Zum Beispiel: „In beiderseitigem Einvernehmen lösten die Firma Stahlkoch & Abbau und 20000 Mitarbeiter ihre langjährige glückliche Zusammenarbeit. Wir wünschen uns gegenseitig für den weiteren Lebensweg alles Gute." — Nicht gut?

Welches geschichtliche Vorbild ist eigentlich gemeint? — Ach so, die

Volksgemeinschaft

„Mit einem Wort, meine Damen und Herren: Wir als Koalition der Mitte wollen in unserem Volk eine neue Gemeinschaft begründen."
(Helmut Kohl, 14.10.82)

Das hatten wir doch wirklich schon mal. 12 Jahre lang. Begann es nicht vor etwa 50 Jahren...?

Auf zum Kongreß:



„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ —das ist das Motto des Krefelder Kongresses am 26. UND 27. Februar. Namhafte Antifaschisten und Kriegsgegner leiten die Arbeitsforen an beiden Tagen und nehmen auf der Veranstaltung am 26. 2. zu wichtigen Themen des antifaschistischen und Friedenskampfes Stellung. Ein Kulturprogramm, Ausstellungen, Bücherstände und vieles andere runden das Programm ab. Wir rufen unsere Leser auf, an diesem Kongreß teilzunehmen!

Koordinationsbüro: Ellen Thielen, Mariahilfstr. 31, 5100 Aachen, Tel.: 0241/36362

Vorläufiges Programm des Kongresses

Arbeitsforen

1) Thema: **Einbürgerung ausländischer Mitbürger** — Schritte dahin (kommunales Wahlrecht, Niederlassungsrecht).
Leiter des Forums: steht noch nicht fest, wir bemühen uns, einen oder mehrere Rechtsanwälte zu gewinnen.

2) Thema: **Asylrecht**, Gefährdung des Rechts auf Asyl, Probleme der Asylbewerber.
Leiter des Forums: Nicolas Busch, Publizist aus Basel, Leiter der internationalen Delegation, die im November 1982 Lager für Asylbewerber in Bayern besuchte.

3) Thema: **Ausländer — Juden von morgen?** Ursachen der Ausländerfeindlichkeit, Wege und Mittel, sie zu bekämpfen.
Leiter des Forums: Cenap Boztepe, Dolmetscher und Übersetzer aus Köln.

4) Thema: **Nachrüstung und dann — wie weiter im Friedenskampf?**
Leiter des Forums: Dipl. Phys. Rainer Zimny, Münster, Verfasser der Broschüre „Frieden sichern durch Neutralität und NATO-Austritt“.

5) Thema: **Antifaschistische Lokalforschung:** Antifaschistische Stadtspiele — Arbeit mit Jugendlichen.
Leiter des Forums: Dipl. Soz. Päd. Uli Mühlberger-Kugelmann, Hannover. Veröffentlichung zum Thema im „Sozialmagazin“, Beltz-Verlag.

6) Thema: **Verbot der NPD, Verbot faschistischer Organisationen**, Bekämpfung neonazistischer Organisationen und ausländerfeindlicher Organisationen z.B. „Ausländer-Stopp-Listen“ bei Wahlen.
Leiter des Forums: Manuel Humburg, prakt. Arzt, Hamburg, sowie ein Referent, der insbesondere die verfassungsrechtlichen Probleme dieser Frage behandelt.

7) Thema: **Wie kam es zum Faschismus '33 — Lehren für heute — wie ist ein neues '33 zu verhindern?**
Leiter des Forums: Harry Dubinsky, Bad Homburg, ehemaliger KZ-Häftling, 1. Vorsitzender der *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

8) Thema: **Abbau demokratischer Rechte.** Schwerpunkte: Aufbau des Polizeistaates, Justiz.
Leiter des Forums: Professor Rainer Roth, Frankfurt.

9) Thema: **Gewerkschaften und antifaschistischer Kampf.**
Leiter des Forums: steht noch nicht fest, auf jeden Fall jemand, der im gewerkschaftlichen Bereich arbeitet.

Die Arbeitsforen beginnen am Samstag, 26. Februar um 10.00 Uhr, dauern bis ca. 15.00 Uhr und werden am Sonntag, 27. Februar ebenfalls von 10.00 bis 15.00 Uhr fortgesetzt. Am Ende steht ein gemeinsames Schlußplenum aller Arbeitsforen-Teilnehmer.

Anlaufpunkt für Teilnehmer der Arbeitsforen:
Deutsch-Türkischer Arbeiterverein,
Südstraße 80,
4150 Krefeld

Anmeldung bitte bis zum 18. Februar beim Koordinationsbüro!

Veranstaltung

Samstag, den 26. Februar, von 17.30 bis 22.00 Uhr im Saal 1 des Seidenweberhauses in Krefeld

Redebeiträge zu den Themen:

- **Wie kam der Hitler-Faschismus an die Macht?**

Redner: Harry Dubinsky, Bad Homburg, ehem. KZ-Häftling, Mitglied der VVN, 1. Vorsitzender der *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Kriegsgefahr

- **Ausländer — die Juden von morgen?** Gefahr und Funktion der Ausländerfeindlichkeit, und was dagegen tun.

Rednerin: voraussichtlich Rosi Wolf-Almanasreh, Frankfurt, Vorsitzender der IAF

- **Der Vormarsch der Reaktion und die Gefahr des Faschismus heute.** Aufgaben des antifaschistischen Kampfes heute.

Redner: Ulrich Leicht, Dortmund, Redakteur

Im Kulturprogramm:
Comedia Mundi * Karumanta * Zeitzünder * Melike Demirag

im Vorprogramm ab 14.00 Uhr:
Liedermacher, Kabaretts, Ausstellungen, Bücherstände und Informationen

Eintrittskarten: DM 10.00, erhältlich beim Koordinationsbüro und an der Abendkasse.

Wer eine Demo anmeldet, soll Straßenreinigung bezahlen

Der Abbau des Demonstrationsrechts per Zahlungsbefehl scheint zur Mode zu werden. Eine neue Variante stellte im Dezember letzten Jahres die Stadt Duisburg vor: Die Anmelderin einer vollkommen friedlich verlaufenen Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit erhielt eine Zahlungsaufforderung über 1375 DM. Diese Summe habe die Stadt für die Reinigung der von den Demonstranten benutzten Verkehrsfläche aufbringen müssen — eine über das übliche Maß hinausgehende Verunreinigung, für die der Verursacher aufzukommen habe. Die „Verunreinigung“ wird in der Begründung als „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ qualifiziert, die eine „naheliegende Folge“ der „Veranstaltung“ sei, also, bei jeder Demonstration zu erwarten ist. Womit wohl zukünftige Verfolgungsaktionen gleicher Machart angekündigt werden sollen.

Kurze Beine

...haben Lügen, sagt man. Auch antikommunistische Lügen. Der folgende Ausriß fand sich im „Spiegel“ 3/83, ganz rechts unten auf der allerletzten Textseite:

> **Der SPIEGEL berichtete . . .**
>
> . . . in seiner Ausgabe Nr. 51/1981, daß sich rechte und linke Radikale, vorwiegend in Niedersachsen, aber auch in Köln und Bremen, gegenseitig Beistand leisten, bei Paroleschmierereien wie bei Prügeleien. Insbesondere hätten sich Mitglieder vom linken „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) mit Radikalen der neo-nazistischen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“ (VSBD) verbündet.
>
> Nach Ermittlungen der Hamburger Staatsanwaltschaft läßt sich der Vorwurf, Mitglieder des BWK hätten mit rechtsradikalen VSBD-Anhängern gemeinsame Sache gemacht, nicht aufrechterhalten. Der BWK zählt sich zu den entschiedenen Gegnern des VSBD. Der SPIEGEL war von Informanten falsch unterrichtet.

RM-Leser erinnern sich vielleicht noch der Artikel, in denen die hetzerische Berichterstattung des „Spiegel“ aufgedeckt und gründlich widerlegt wurde.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit an die Aussage eines Neonazis erinnern, der vom „Spiegel“ für die Lügengeschichte 20000 DM erhalten haben will. Das ist der Vorgang, der in obenstehendem Ausriß schlicht mit „Der ‚Spiegel‘ war von Informanten falsch unterrichtet‘ widergegeben. Die Darstellung des Nazis blieb vom „Spiegel“ unwidersprochen, dürfte also stimmen.

In der „Richtigstellung“ wird leider „vergessen“, daß auch die KPD in dem Lügenartikel in den Schmutz gezogen werden sollte.

Wo die „Spiegel“-Redaktion gerade dabei ist, zur Wahrheit zurückzukehren — wie wäre es mit der Aufdeckung der genauen Hintergründe des Artikels? Bleiben gute Geschäftsbeziehungen zu Nazi-Aktivisten Grundlagen des freiheitlichen Journalismus, dessen sich der „Spiegel“ rühmt?

Organisatorische Informationen

für die Teilnehmer an den Arbeitsforen des Kongresses

Anlaufadresse für die Teilnehmer ist:

Deutsch-Türkischer Arbeiterverein
Südstraße 80
4150 Krefeld
Tel.: 02151/774540 (Achtung! Dieses Telefon ist erst ab Freitag, 12.00 Uhr von uns besetzt.)

Bei der Ankunft Freitag, bzw. Samstag könnt ihr euch dort anmelden, bekommt eure Schlafplätze zugeteilt und alle notwendigen Informationen.

Bei der Anmeldung müßt ihr eine **Teilnehmergebühr von DM 5.00** pro Person entrichten.

Dort könnt ihr auch noch Eintrittskarten für die Veranstaltung am Samstagabend erhalten. (DM 10,00). Wir bitten euch allerdings, diese möglichst schon vorher zu kaufen, damit wir einen besseren Überblick haben.

Wir bitten alle Gruppen und Initiativen, ihre Flugblätter und Broschüren zu den Themen des Kongresses mitzubringen. Bei der Abendveranstaltung bieten wir die Möglichkeit, diese auszulegen, vorzustellen und zu verkaufen. (Bitte keine kompletten Büchertische, dazu reicht der Platz nicht.) Meldet euch mit euren Sachen vor der Veranstaltung bei unserem Informationstisch im Seidenweberhaus. Ihr bekommt dann einen Platz zugeteilt.

Wir bieten ebenfalls die Möglichkeit, im Foyer des Seidenweberhauses Ausstellungen anzubringen. Bitte mit Thema, Größe, Anzahl der Tafeln etc. **bis zum 15. Februar** beim Koordinationsbüro anmelden.

Anmeldung

zu den Arbeitsforen des Kongresses

An dem Kongreß „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ am 26./27. Februar 1983 in Krefeld nehme(n) ich/wir teil:

Für Einzelpersonen:

O Name

O Anschrift

O Organisation/Initiative

für Gruppen:

O Name der Gruppe

O Anschrift

O Anzahl der Personen

Übernachtung

O von Freitag auf Samstag .... Plätze

O von Samstag auf Sonntag .... Plätze

O Übernachtung wird durch mich selbst geregelt

O Schlafsäcke und Luftmatrazen bitte mitbringen

O Sonderwünsche:

Arbeitsforen:

Ich/wir nehme(n) an folgenden Arbeitsforen teil:
(Bitte hinter der Nr. des Forums die Personenzahl eintragen)

Forum 1: .... Forum 2: .... Forum 3: ....
Forum 4: .... Forum 5: .... Forum 6: ....
Forum 7: .... Forum 8: .... Forum 9: ....

Datum .... Unterschrift ....

Bis zum 18. Februar ans Koordinationsbüro schicken!

KPD Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten zu den Bundestagswahlen 1983 **BWK**

Volksgemeinschaft und starker Rechtsstaat — NEIN!

Wenn sie die Wahlen am 6. März gewinnen, dann, so haben CDU und CSU angekündigt, wollen sie in Deutschland „mit starker Hand“ für „Ordnung“ sorgen. Hinter diesem Schlagwort verbirgt sich ein umfassendes reaktionäres innenpolitisches Programm der Unionsparteien, bei dem es um nichts anderes geht, als jeden Widerstand gegen die soziale Demontage, gegen Lohnabbau, überhaupt gegen alle Pläne, den Lebensstandard der Arbeiter und übrigen Werktätigen zu drücken, zu zerschlagen und im Keim zu ersticken.

Dabei haben CDU/CSU natürlich vor allem die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im Auge. Es ist deshalb kein Zufall, wenn der neue Bundesarbeitsminister Norbert Blüm schon unmittelbar nach der Regierungsübernahme demonstrativ mit seiner Forderung nach der Lohnpause aufgetreten ist. Das war ganz offensichtlich als Provokation der Gewerkschaften gedacht und sollte ihrer Einschüchterung dienen. In der Debatte über die Regierungserklärung ging Blüm dann noch einen Schritt weiter. Er drohte Zwangsmaßnahmen für den Fall an, daß eine „Umkehr aus Einsicht“ nicht gelingt. Und er sagte ganz offen: „Ungewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Schritte“.

Ob damit eine Einschränkung oder sogar Aufhebung der Tarifautonomie gemeint ist, ob und in welcher Form z. B. das Streikrecht angetastet werden soll, darüber schweigt man sich in den Unionzentralen noch aus. Daß das alles ernstgemeint ist, daran sollte allerdings keiner zweifeln.

CDU und CSU verbrämen ihren reaktionären Vorstoß, indem sie zur Rettung der sogenannten Grundwerte und Ideale des Rechtsstaats aufrufen und die Wahrung der inneren Sicherheit als Gemeinschaftsaufgabe aller Bürger, von Arbeitern, Angestellten und Unternehmern, darstellen. So etwa Helmut Kohl am 15. Januar auf dem rechtspolitischen Kongress von CDU/CSU. Deshalb auch der Aufruf Norbert Blüms, eine „Druckwelle des Gemeinsinns“ gegen den „Egoismus“ der Gewerkschaften zu erzeugen. Damit wird die Sache schon klarer. Denn gemeint ist hier doch wohl, daß im Grunde genommen jeder Kampf der Arbeiter und Angestellten, der Gewerkschaften, zur Verteidigung ihrer Lebenslage, den Gemeinschaftsfrieden und damit die innere Sicherheit bedroht. Die Arbeiterbewegung soll aus Einsicht vor den Kapitalisten kuschen. Tut sie das, um so besser. Tut sie das nicht, dann wird die „innere Sicherheit“, der soziale Frieden, mit dem Polizeiknüppel gewahrt, im angeblich gemeinsamen Interesse aller. In Wirklichkeit im Interesse der Kapitalisten. Wie das aussehen soll, dazu haben sich CDU und CSU bereits klar geäußert und erste Maßnahmen sind auch bereits in die Wege geleitet.

- So forderte Franz-Josef Strauß schon im November vor einem Unternehmerforum des Bundesverbandes Druck in München, die Bestimmungen über die Wahlzulassung von Parteien so zu verändern, daß die Grünen und Alternativen künftig aus den Parlamenten der Bundesrepublik ausgeschaltet werden können. Strauß griff damit übrigens direkt eine Forderung auf, die kurz zuvor in der Zeitschrift „der arbeitgeber“, dem offiziellen Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, erschienen war. In dem Moment also, wo nach den Spielregeln der vielbeschworenen „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ erste Schwierigkeiten auftauchen, werden sie eiskalt in Frage gestellt.
- In ihren „Thesen zur inneren Sicherheit“ vom August 1982 beklagt die CDU einen angeblichen Mißbrauch der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit. Sie forderte deshalb schon damals drastische Einschränkungen des Demonstrations- und Versammlungsrechts.
- Die CDU will den Polizeistaat ausbauen. Deshalb sollen Polizei und Bundesgrenzschutz massiv weiter aufgerüstet werden. Die Ausrüstung der Polizei mit dem lebensgefährlichen CS-Gas steht bevor.
- Die Pressefreiheit soll soweit wie möglich eingeschränkt werden. Die Durchsuchung der „konkret“-Redaktion, auf direkte Anweisung des Bundeskanzleramtes, ist hier ein erstes Alarmzeichen.
- Die CDU will den öffentlichen Dienst umfassend säubern.



Wir haben in der gemeinsamen Wahlplattform von BWK und KPD geschrieben: „Alle Besitzenden und alle, die glauben, etwas verlieren zu können (...) sollen gegen die organisierte Arbeiterbewegung und für die Interessen des Finanzkapitals in Frontstellung gebracht werden. So sollen die Gewerkschaften isoliert und in die Defensive gedrängt und die politischen Voraussetzungen für die Brechung gewerkschaftlichen Massenwiderstands geschaffen werden.“ Sicher, schon die SPD hat den staatlichen Gewalt- und Unterdrückungsapparat ausgebaut. Aber sie hat auch immer erklärt, daß der soziale Frieden den Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital erfordert. Jetzt wollen die Kapitalisten die offene Konfrontation. Dafür brauchen sie die CDU/CSU.



1933: Machtantritt Hitlers

Am 30. Januar 1983 jährt sich zum 50sten Mal der Tag, an dem Hitler an die Macht kam. KPD und SPD wurden verboten, die Gewerkschaften aufgelöst, alle bürgerlichen Freiheiten abgeschafft. Dem Nazi-Terror fielen über 200000 Widerstandskämpfer, 6 Millionen Juden und im zweiten Weltkrieg über 50 Millionen Menschen zum Opfer.

Hitler und seine Schergen wurden von den reaktionärsten Kreisen von Schwerindustrie und Hochfinanz an die Macht gebracht. Solche Leute wie Fritz Thyssen („Ich bezahlte Hitler“), Krupp, Siemens, Flick und andere waren die eigentlichen Drahtzieher des Faschismus.

Leider ist das alles nicht nur Vergangenheit. Faschistische Banden haben heute wieder Hochkonjunktur. Und sie reden nicht nur, sie handeln auch. Das Bombenattentat auf das Oktoberfest in München war die Tat eines Mitglieds der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann. Zwölf Menschen wurden dabei getötet, über 200 verletzt.

Mehr noch. Die Drahtzieher des Faschismus haben Hitler überlebt. Sie und ihre Nachfolger sind nach 1945 erneut zu Reichtum und damit auch zu Macht gekommen. Angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise, von über zwei Millionen Arbeitslosen, zerrütteten Staatsfinanzen rufen sie, wie der BDI in einer Denkschrift, nach der politischen Wende. Deshalb sagen wir, daß mit dem Machtantritt der CDU/FDP-Regierung in Bonn auch die Gefahr des Faschismus in unserem Land gewachsen ist.

Deshalb unterstützen wir die Demonstrationen und vielfältigen politischen Aktivitäten, die von Seiten des DGB, der *Volksfront* und anderer antifaschistischer Kräfte in diesen Tagen unter der Losung "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" stattfinden oder schon stattgefunden haben. Insbesondere unterstützen wir den Aufruf zu einem Kongreß "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg", der am 26./27. Februar in Krefeld stattfinden soll.

Zusammen gegen die Reaktion

Aus der gemeinsamen Wahlplattform von BWK und KPD

Notwendig ist eine Zusammenarbeit aller, die gegen die politische Reaktion und die Gefahr des Faschismus kämpfen wollen.

Deshalb unterstützen wir den Kampf

- gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen die weitere Aufrüstung der Polizei zur Bürgerkriegstruppe, für ein uneingeschränktes Versammlungs- und Demonstrationsrecht, für eine ersatzlose Beseitigung der Berufsverbote, für ein uneingeschränktes gesetzliches Streikrecht und für das Verbot der Aussperrung, für das Verbot aller faschistischen Organisationen und für die Aufhebung der undemokratischen 5-Prozent-Sperrklausel;
- gegen die Diskriminierung und Unterdrückung der Frauen, für die ersatzlose Streichung des §218, für die vollständige politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frauen;
- gegen die reaktionäre Hetze gegen unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen, gegen die fortschreitende Aushöhlung des Asylrechts, gegen das reaktionäre Ausländergesetz, für die volle wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Ausländer in der BRD mit den BRD-Staatsangehörigen.



1956 wurde die KPD auf Antrag der Adenauer-Regierung verboten. 1977 forderte die CDU ein Verbot der kommunistischen Organisationen. Unser Bild zeigt eine Demonstration gegen das KPD-Verbot aus dem Jahre 1977.

Wer regiert eigentlich in Bonn?

Die Männer des großen Geldes wollten die Wende in Bonn. Davon kann sich jeder überzeugen, der die entsprechenden Denkschriften des BDI oder die Verlautbarungen der Herren Rodenstock und Esser liest. Und sie wissen: Das Kabinett des Dr. Kohl ist **ihr** Kabinett, seine Angehörigen kommen entweder selbst aus den Vorstandsetagen der Unternehmer oder haben sich schon in der Vergangenheit als besonders treue Diener des Kapitals erwiesen.



Das gilt selbstverständlich auch für den Chef der neuen Regierung, Bundeskanzler **Helmut Kohl**. Er begann seine Karriere als Referent der chemischen Industrie, einer Branche, die bei uns von den drei Riesenkonzernen BASF, Bayer und Hoechst — den Nachfolgern der IG Farben, die einst Hitler finanzierte — beherrscht wird. Man kann Helmut Kohl wohl mit Fug und Recht als „Spitzenprodukt aus dem Hause BASF“ bezeichnen. Startete er doch seine politische Laufbahn in Ludwigshafen, wo die BASF ihren Hauptsitz hat und das Gesetz macht. Hier wurde er Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kanzlerkandidat und Fraktionsvorsitzender der CDU und nahm schließlich im Sessel des Bundeskanzlers Platz — als treuer Diener seiner Herren.

Über **Friedrich Zimmermann** (CSU), den neuen Innenminister, braucht man eigentlich gar nicht viel zu sagen. Sein Name ist bereits Programm, steht für politische Reaktion. Zimmermann war als Strauß-



Spezi in die bayerische Spielbankenaffäre verwickelt, wurde zunächst wegen Meineids zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, dann jedoch freigesprochen, weil ihm ein Gericht „verminderte Zurechnungsfähigkeit“ zubilligte. Offenbar alles in allem genommen beste Voraussetzungen für ein Ministeramt.

Hans Gerhard Stoltenberg ist von Kanzler Kohl als „Finanz- und Wirtschaftsexperte“ ins Kabinett gerufen worden. Die Qualifikationen hierfür erwarb er sich als Direktor für Wirtschaftspolitik bei Krupp. Daß er in der Lage ist, die Profitinteressen des Kapitals nicht nur zu erkennen, sondern, wenn es sein muß, auch mit brutaler Gewalt durchzusetzen, hat er als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein bewiesen: Er ist verantwortlich für die Einsätze von Polizei und Bundesgrenzschutz zur Durchsetzung des Baus des Kernkraftwerks Brokdorf.

Die Reihe ließe sich beliebig fortführen. Das Kabinett des Doktor Kohl ist von A bis Z ein Kabinett der Monopole.



Herausgeber:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK), 5000 Köln, Kamekestr. 19, Tel.: (0221) 517376; Zeitschrift des BWK: Politische Berichte, erscheint vierzehntäglich bei GNN-Verlag m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestr. 19, Tel.: (0221) 517457
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 (92); Zentralorgan der KPD: Roten Morgen, erscheint wöchentlich bei Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526, Tel.: (0231) 433619 (92); V.i.S.d.P.: Jörg Detjen, 5000 Köln 1, Kamekestr. 19. Druck: Alpha-GmbH, 4600 Dortmund

Zucht und Ordnung sollen zukünftig in der Bundesrepublik herrschen, wenn es nach der CDU/CSU geht. Was darunter zu verstehen ist, welche Maßnahmen jetzt schon eingeleitet sind und welche Pläne nach dem 6. März verwirklicht werden sollen, das haben wir auf dieser Seite zusammengestellt.

Der „starke Rechtsstaat"

„Staatsdiener"

Die Besoldungsanpassung im öffentlichen Dienst ist von der Bundesregierung im letzten Jahr um drei Monate gegenüber dem Tarifbereich des öffentlichen Dienstes verzögert worden. Für 1983 hat der Bundestag bereits beschlossen, daß die Beamtenbesoldung auf 2 Prozent ab 1. Juli 1983 zu begrenzen ist. Mit dieser Entscheidung wird auch Druck auf die Lohnverhandlungen für den öffentlichen Dienst ausgeübt. Unverhohlen droht Innenminister Zimmermann: „Ich gehe von der festen Erwartung aus, daß es gelingt, für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes in den Tarifverhandlungen für 1983 auf eine Linie der Vernunft zu kommen" und fordert „Solidarität" in Sachen Lohnsenkung mit den Beamten. Das Beamtenrecht ist ein staatliches Zwangsgesetz: Verbietet das Koalitionsrecht und gebietet den Beamten das Eintreten für die „Freiheitlich demokratische Grundordnung".

Seit Jahren fordert die ÖTV ein einheitliches Dienstrecht für Arbeiter, Angestellten und Beamte. Innenminister Zimmermann propagiert in der Vorbereitung der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst das Koalitionsverbot: „Dies ist für mich ein ehener Grundsatz, an dem ich von niemanden rütteln lasse" und fordert zum aktiven Streikbruch auf: „Daher verhalten sich Beamten rechtmäßig, die bei einem Streik der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes auf Anordnung ihrer Dienststellen für die Allgemeinheit Dienstleistungen übernehmen."

* *

Ausländer: billige Lohnsklaven

Innenminister Zimmermann wies vor wenigen Wochen in der Öffentlichkeit den Vorwurf von „Ausländerfeindlichkeit" weit von sich: „Daß die Deutschen nicht ausländerfeindlich sind, läßt sich am besten dadurch belegen, daß wir seit Jahren mehrere Millionen aufgenommen haben." Das ist blanke Demagogie! Die Beschäftigung von Ausländern begann in den 60er Jahren mit einer großen Anwerbung von Arbeitskräften zu niedrigsten Löhnen und hohem Profit für die Kapitalisten. Diesen Vorgang auf das Wörtchen „aufgenommen" zu reduzieren, ist blanker Hohn.

Seit dieser Zeit ist die Beschäftigung ausländischer Frauen und Männer in den unteren Lohngruppen immer weiter angestiegen und die Lebensbedingungen sind immer weiter herabgedrückt worden. Ausländische Familien leben zu hohen Mieten in Abbruchhäusern. Zimmermann erklärt: „Die Gleichberechtigung im Arbeits- und Sozialrecht ist seit langem hergestellt." Billige und rechtlose Arbeitskräfte sehen die Kapitalisten und reaktionären Kräfte gerne, sie sichern die Zukunft der deutschen Wirtschaft.

Wenn die Kohl-Regierung von der **Integration** der Ausländer spricht und „Ausländerfeindlichkeit" von sich weist, meinen sie die Errichtung einer gesellschaftlichen Schicht billiger und völlig rechtloser Arbeiter. Lehnen sich die Arbeiter dagegen auf, wird dies von der Reaktion noch als „Mißbrauch des Gastrechts", „Belastung der Sozialkassen" chauvinistisch gewendet. Dies ist blanke Demagogie, wo doch bekannt ist, daß jeder Ausländer in der Regel mehr Geld in die Sozialversicherung einzahlt, als ihm je ausgezahlt wird, von den Steuern ganz zu schweigen. Alle im Bundestag vertretenen Parteien sind sich einig: Beugen sich die Ausländer nicht, müssen sie abgeschoben werden! Die CDU/CSU/FDP-Koalition betreibt die Entrechtung brutal weiter. Als nächstes beabsichtigt Innenminister Zimmermann das Nachzugsalter ausländischer Kinder bei 6 Jahren (bisher 15) festzusetzen. Die Kapitalisten rechnen schon wieder: Sind die Kinder nicht im Land, brauchen die ausländischen Arbeiter nicht „so große Wohnungen", die „Freizeit" kann durch Überstunden besser genutzt werden, und der Lohn kann viel niedriger sein.

* *

Ruhe und Ordnung

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will das Demonstrationsrecht, eine der grundlegenden bürgerlichen Freiheiten, beschneiden. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl hat auf dem rechtspolitischen Kongreß von CDU und CSU ähnliche Absichten geäußert. Vorreiter bei der Verwirklichung der Pläne der CDU sind, wie so oft, die von ihr regierten Bundesländer. In diesem Fall Baden-Württemberg.

In Baden-Württemberg existiert seit einiger Zeit eine gesetzliche Bestimmung, wonach Demonstranten für die von ihnen verursachten Kosten selbst aufkommen sollen. Dabei geht es nicht nur um den Schaden, der bei eventuellen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten entsteht. Unter dem Vorwand, man könne die „Gemeinschaft" nicht mit den Kosten belasten, die von einer Minderheit verursacht würden, sollen die Demonstrationsteilnehmer für alle Polizei-, Verwaltungs- und andere Kosten zur Kasse gebeten werden. Sogar die Straßenreinigung will sich die CDU/CSU bezahlen lassen. Dies allein bedeutet schon eine erhebliche Einschränkung des Demonstrationsrechtes. CDU und CSU gehen aber noch weiter. Sie wollen auch die Bestimmungen über Landfriedensbruch verschärfen. Danach sollen in Zukunft alle Teilnehmer einer Demonstration, bei der es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt, wenn sie sich nicht sofort aus der Demonstration entfernen, wegen Landfriedensbruch angeklagt werden können. Ganz abgesehen davon, daß es gar nicht so einfach ist, sich aus einer Demonstration zu „entfernen", sind damit Provokationen durch die Polizei Tür und Tor geöffnet.

Außerdem soll ein sogenanntes Vermummungsverbot eingeführt werden, also das Verbot, sich durch Tücher vor den Polizeifotografen zu schützen.

Die CDU/CSU will auch den Paragraphen 88a wieder einführen, der jeden „Aufruf zur Gewalt" unter Strafe stellt. Darunter könnte aber zum Beispiel auch der Aufruf zu einem spontanen Streik fallen.

Demokratie à la CDU/CSU ist also offensichtlich in Wirklichkeit schrittweise Abschaffung und Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten.

* *

Vernichtungshaft

Die CDU/CSU erklärt in ihrem Wahlprogramm kurz und bündig: „Wir wollen einen starken Rechtsstaat". Weitere inhaltliche Aussagen zur Inneren Sicherheit trifft sie im Wahlprogramm nicht. Auf der einen Seite will sich die CDU/CSU keine unnötige Blöße geben, auf der anderen Seite stößt sie auf heftig vorbereitete Gesetzeswerk der Regierung Schmidt/Genscher, dem sie im Moment wenig beizufügen hat. Der heutige Kanzlerkandidat der SPD, Vogel, „profilierte" sich 1977 als Justizminister mit der Ausarbeitung und Durchsetzung des Kontaktsperregesetzes. Dieses ermöglicht die heutige Isolations- und Vernichtungshaft nicht nur gegen Mitglieder der RAF, sondern auch gegen andere Revolutionäre.

Diesen Gefangenen werden jegliche Kontakte zur Außenwelt abgeschnitten, briefliche Verbindungen sind eingeschränkt und unterliegen der Zensur, jeder Kontakt zu Mitgefangenen ist untersagt, das Recht auf freie Wahl eines Verteidigers ist durch ein ausgeklügeltes Schikanenwerk außer Kraft gesetzt. Konnte der Häftling bisher immerhin in seinen Gedanken die Verbindung zu gesellschaftlichen Vorgängen und Klassenkämpfen aufrechterhalten, durch Nachrichten und Gespräche mit Mitgefangenen, so ist jetzt der bürgerlich-liberale Grundsatz „Die Gedanken sind frei" aufgehoben. Das Kontaktsperregesetz bedeutet die Verwandlung des Gefängnisses in eine Gruft und die zwangsweise Verwandlung der Häftlinge in Halblebendige, die geschichtslos und ohne Kenntnis von der gesellschaftlichen Entwicklung dahinvegetieren. Der bürgerliche Staat hat sich die gesetzliche Grundlage für eine langsame und qualvolle Vernichtung geschaffen. Die Häftlinge sind den Beamten des Vollzugs und den Ermittlungsbehörden ausgeliefert. Sie haben „freien" Zugang zu den Gefangenen. Die Gefangenen können jederzeit verlegt werden, ohne vorherige Unterrichtung des Rechtsanwalts oder der Verwandten. Die Isolations- und Vernichtungshaft ist eine dumpfe Drohung gegen alle revolutionären Kräfte.

...Gesetze, die dem staatlichen Gewaltapparat alles erlauben







Zivildienstgesetz:
Der CDU/CSU/FDP-Entwurf zur Neuordnung der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes sieht vor, die Ersatzdienstzeit auf 20 Monate zu verlängern und gleichzeitig die „Gewissensprüfung" zu vereinfachen. Das Amt für Zivildienst soll in Zukunft nach Prüfung des Antrags einen Ablehnungsbescheid ohne weiteres Verfahren erlassen können. So soll der Zugriff auf die billige, kasernierte und disziplinarisch unterdrückte Arbeitskraft der Ersatzdienstleistenden sichergestellt sein.

Mehr Berufsverbote:
Zimmermann am 6.1.83: „Nach Überzeugung der neuen Bundesregierung gehört die unteilbare Treuepflicht des Beamten zum Staat zu den tragenden Strukturprinzipien des Berufsbeamtentums. Es ist keinem Bürger zuzumuten, mit seinen Steuergeldern Staatsdiener zu unterhalten, die im Zweifelsfall nicht für die Sicherung der Freiheitsrechte des Bürgers eintreten. Bis April 1983 werde ich dem Bundeskabinett zur Verfassungstreuepflicht der Bematen eine Bestandsaufnahme vorlegen."

Änderung der Strafprozeßordnung
Die für dieses Jahr geplante Änderung der Strafprozeßordnung wird auf jeden Fall beinhalten: Das Recht des Angeklagten, sich zu äußern, wird abgeschnitten. Vor Amtsgerichten wird das Recht der Verteidigung, Beweisanträge zu stellen, gleich ganz aufgehoben. Durch diese und noch weitere Änderungen soll sichergestellt werden, daß erst einmal Angeklagte zügig und reibungslos abgeurteilt werden können. Dann kann auch die Zahl der Anklagen weiter erhöht werden.

...eine zu allem gerüstete Polizei







Ausbau der Datenerfassung
Das Bundeskriminalamt verfügt unter anderem über folgende vollcomputerisierte Dateien: Terrorismus. Dort sind auch Angaben über Personen, bei denen „eine Verbindung zum Terrorismus" nur vermutet wird, gespeichert. Die Organisationsdatei enthält unter anderem auch Hinweise auf wildes Plakatieren usw. Weitere Dateien sind: Häftlingsüberwachung, verwaltungsmäßige Überprüfung von Personen usw. Um die Effektivität zu vergrößern, ist eine Novelle des Datenschutzgesetzes in Vorbereitung.

Neue Polizeiwaffen
Am 11.3.1981 forderte Bayerns CSU-Innenminister Tandler: „Wir brauchen Einsatzmittel, die es der Polizei erlauben, von den Störern Distanz zu bewahren, um Steinwürfen zu entgehen. Nur dann kann gewährleistet sein, daß wir auch in Zukunft den Schußwaffengebrauch vermeiden können, wobei ich ganz eindeutig erkläre, daß es Situationen geben kann, in denen er auch in bezug auf den Einsatz zur Diskussion stehen muß." Die Ausrüstung der Polizei mit CS-Gas und Gummigeschossen ist vorbereitet.

Offener Polizeiterror
Bundespräsident Carstens am 25.11.1982: „Nun sind diejenigen, die die Gesetze übertreten, oft der Ansicht, daß sie zu hart angefaßt werden. Sehr schnell werden Vorwürfe der Unverhältnismäßigkeit der Mittel laut. Aber ebenso gewiß ist, daß ein Beamter, der seine Pflicht erfüllt, Anspruch auf Schutz durch seinen Dienstherren und durch alle staatlichen Organe hat, wenn er in der Öffentlichkeit angegriffen wird." Bild: Räumung eines besetzten Hauses.

...Gerichte, die wissen, wen sie zu verurteilen haben







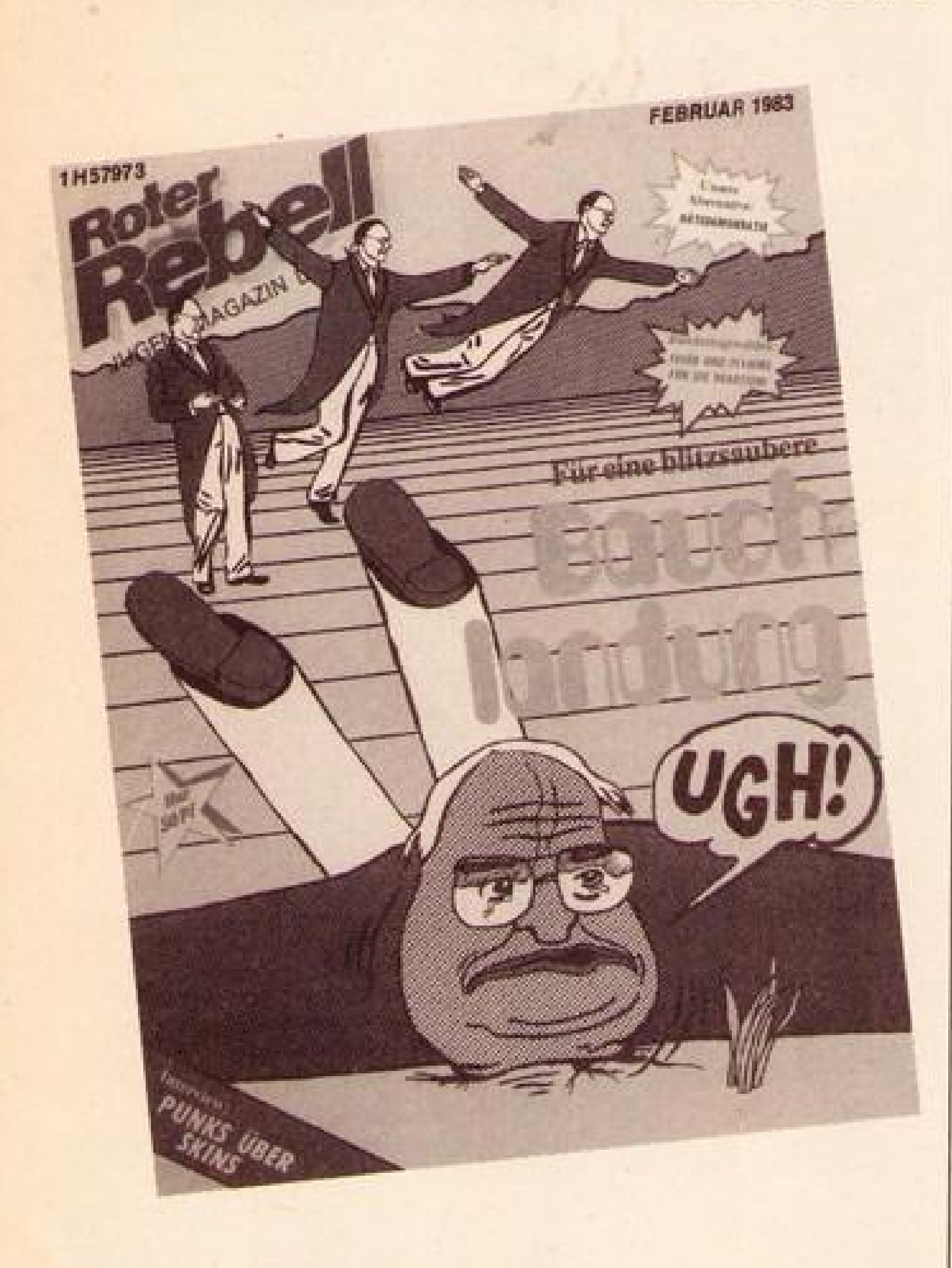
Straffreiheit für alte und neue Nazis
Bisher haben westdeutsche Gerichte alle Strafanzeigen, die wegen Mordes gegen Nazirichter gestellt worden sind, zurückgeschlagen. 1980 haben die Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) erneut gegen 31 Blutrichter des Volksgerichtshofes Strafanzeige gestellt. Noch nicht ein einziges Verfahren ist bisher eröffnet worden. Die Ermittlungen gegen Neofaschisten sind ausgesprochen lasch, werden sie trotzdem einmal vor Gericht gestellt, können sie mit Freispruch oder milden Urteilen rechnen.

Hohe Verurteilungen von Linken
• Verurteilung von 135 Heidelberger Studenten, weil sie zwischen 1975 und 1980 Vorlesungen dadurch gestört haben sollen, daß sie Diskussion gefordert haben, zum Teil zu Gefängnisstrafen von 17 bis 22 Monaten ohne Bewährung. • Verhaftung und Verurteilung von Demonstranten gegen das Kernkraftwerk Brokdorf, zum Teil zu Gefängnisstrafen bis zu fünfeinhalb Jahren ohne Bewährung. • Verurteilung zahlreicher Hausbesetzer. • Verurteilung von Demonstranten gegen öffentliche Vereidigungen usw.

Kriegsgerichte
Die Einführung des Kriegsrechts nach der Notstandsgesetzgebung ist geplant, das heißt, auch bei inneren Unruhen. Drei Gesetzesentwürfe für Kriegsgerichte liegen schon in der Schublade. Allein im Haushalt 1982 waren 285000 Mark für Seminare bereitgestellt, die der Ausbildung der zukünftigen Kriegsrichter dienen. Die Kriegsrichter erhalten Kombattantenstatus, sind also Teil der Streitkräfte. Justizminister Engelhard sieht keinen Grund, die Vorbereitung für die Einführung von Kriegsgerichten zu beenden.

Der neue „Rote Rebell" ist da

FÜR EINE SATTE BAUCHLANDUNG AM 6. MÄRZ



Auf sechs Seiten schlägt in dieser Nummer der Wahlkampf voll durch: Feuer und Flamme für die Reaktion — Qual der Wahl? — KPD wählen — was denn sonst?!

Punks über Skins — der „Rote Rebell" sprach mit einer Gruppe Punks über Skins und andere rechte Tendenzen. KJD in Aktion: Lieber eine Eishalle als Jugendzentren — in Leverkusen. Was ist eigentlich Räte-Demokratie? — Der zweite Teil der Hunger-Serie und viele Meldungen, Nachrichten aus aller Welt, der Kulturszene und der KJD.

Jetzt 24 Seiten für nur 50 Pfennig! Sofort zuschlagen, bevor er vergriffen ist.

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Le

Überzogene Kritik?

Liebe Genossinen und Genossen!

Ich habe den Eindruck, daß die Kritik an der sowjetischen Besetzung (Afghanistans, RM) in einen blinden Sowjethaß umzuschlagen beginnt, frei nach der Devise: „Alles, was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen" (Mao). Die Frage „Wer wen?" (Lenin), d.h. welche Partei sollen wir unterstützen, ist meiner Meinung nach nicht so einfach zu beantworten, wie ihr das tut.

1.) „Sicherlich sind diese Kämpfer oft religiöser, moslemischer Ideologie verpflichtet, vertreten die rückständigen Vorstellungen vieler Bergstämme der Völker Afghanistans". Angesichts der Situation im Iran, wo unsere Genossinnen und Genossen von eben denselben Leuten reihenweise ermordet werden, halte ich das für eine gefährliche Untertreibung.

2.) „Aber sie (...) treten konsequent für die nationale Unabhängigkeit ihres Landes (...) ein." Das ist stark zu bezweifeln. Abgesehen davon, daß diese Aussage in der Regel von Leuten gemacht wird, zu deren Beruf es gehört, die nationale Unabhängigkeit anderer Länder mit Füßen zu treten (US/BRD-Imperialisten), sind Waffenlieferungen der CDU an die afghanischen „Widerstandskämpfer" längst kein Geheimnis mehr. Diese Rebellen nach Maß haben außerdem offen erklärt, sich auch nach einer eventuellen Machtübernahme eng an die „freie Welt" (= USA/NATO) anlehnen zu wollen („Spiegel", 14. 1. 80).

3.) „Aber sie haben die breite Unterstützung des Volkes"??? In erster Linie haben sie mal die Unterstützung der CIA (s. o.), von Mullahs und (enteigneten) Großgrundbesitzern. Aber selbst wenn Teile des Volkes auch für die Mujahedin sind, wäre zu fragen, ob das aus fortschrittlichen Positionen heraus geschieht: Den Mujahedin geht es „offenbar vor allem darum, die feudalistischen Verhältnisse (...) zu bewahren" („Welt", 2. 1. 80).

4.) Tatsache ist, daß die Regierung Karmal bestimmte soziale Reformen (z.B. Landreform) durchgeführt hat, und große Anstrengungen unternimmt, das Bildungsniveau der Bevölkerung anzuheben. Die Mujahedin aber wollen zurück ins Mittelalter, und bei diesem Vorhaben ist die Unwissenheit der Bevölkerung ihr treuester Verbündeter. Deshalb sabotieren sie planmäßig den Aufbau eines Bildungssystems: Von April 1978 bis August 1982 brannten die sogenannten „Freiheitskämpfer" 1800 Schulen nieder und ermordeten 152 Lehrer.



Gleichzeitig zerstörten sie 150 ärztliche Behandlungszentren und Krankenhäuser („taz", 7. 1. 83). Mit solchen Leuten kann ich mich nicht solidarisieren!

5.) „2,5 Millionen Afghanen, die das Land verlassen haben, um lieber im Elend der Flüchtlingslager zu leben, als unter der Knute der russischen Truppen (...)" — welch Heros, ich verblasse vor Scham. Um ehrlich zu sein: „Lieber rot als tot", d. h. ich wäre nicht so ein Märtyrer, ich würde das Leben „unter der Knute von russischen Truppen" dem „Elend der Flüchtlingslager" durchaus vorziehen. Für eine derart idealisierende Berichterstattung habe ich kein Verständnis.

6.) Selbst das „Ständige Tribunal der Völker" hat nicht so auf die Pauke gehauen wie der RM, sondern sah sich gezwungen, die meisten Aussagen über angebliche Masaker in abgeschwächter Form vorzubringen, z. B. durch Formulierungen wie „so **scheint** es (...)".

7.) Die Geschichten von „explosiven Spielzeugen, Kugelschreibern und Uhren" halte ich angesichts der Kinderliebe in der Sowjetunion für eine reine Erfindung.

8.) Als kommunistische Zeitung hat der „Rote Morgen" die Pflicht, wahrheitsgemäß zu berichten. Bei den Besatzern in Afghanistan handelt es sich nicht um „russische Truppen", sondern um sowjetische. Diesen scheinbar unbedeutenden Unterschied zu vergessen, heißt Gefahr zu laufen, sich in das Fahrwasser von übelsten Reaktionären zu begeben, die unter Mißachtung des Unions-Charakters der UdSSR durch die Gleichsetzung „des Russen" mit allem Bösen schlimmste antikommunistische Propaganda betreiben.

9.) Eine der Ursachen der afghanischen Krise, die von der „freien Welt" am beharrlichsten übergangen oder geleugnet wird, ist die flagrante Einmischung der Westmächte in die innere Entwicklung Afghanistans. Bereits seit 1973 schaltete sich die CIA in die afghanische Szenerie ein. Unmittelbar nach ihrem Iran-Debakel wurde das lokale Hauptquartier der CIA von Teheran nach Pakistan verlegt. Es wurden konkrete Pläne zur Invasion Afghanistans ausgearbeitet (NZZ, 15. 1. 80). Zu diesem Zweck entstanden an der afghanischen Grenze ca. 30 militärische Stützpunkte zur Ausbildung von islamischen Rebellenkommandos und als Ausgangsbasis für Überfälle bis tief nach Afghanistan hinein. Durch den sowjetischen Einmarsch wurden diese Pläne zunichte gemacht bzw. erschwert.

Auf die eingangs gestellte Frage, welche Partei wir unterstützen sollen, kann man daher nur antworten: Gar keine, am allerwenigsten aber die Mujahedin. Die Forderung nach einem Rückzug der sowjetischen Verbände muß untrennbar verknüpft werden mit der Forderung nach völliger Ausschaltung des US-imperialistischen Einflusses in diesem Gebiet. Das aber können die Mujahedin in keinster Weise gewährleisten.

10.) Letztendlich ist der sowjetische Einmarsch **nicht** „der offene Beweis für die aggressive, imperialistische Großmachtpolitik, die der Kreml heute betreibt", weil

a) Militärstiefel alleine noch kein Beweis für Imperialismus sind, so ist die USA aufgrund ihrer historischen Entwicklung heute in der Lage, Methoden anzuwenden (z. B. Internationaler Währungsfond), von denen die Sowjetunion nur träumen kann, und

b) es keine Besetzungen von Territorien durch die Rote Armee außerhalb der Sowjetunion auch schon früher gegeben hat, wobei von Imperialismus in irgendeiner Form keine Rede sein kann, z. B. Ungarn 1956.

Der sowjetische Einmarsch diente auch nicht in erster Linie „der Installierung und Stützung einer moskauhörigen Regierung in Kabul" (dazu hat man von vorneherein den gesellschaftlichen Gruppen zu große Kompromisse angeboten), sondern war der Versuch, den US-Imperialismus zurückzudrängen. Das ist der Sowjetunion nicht vorzuwerfen. Der Sowjetunion ist vorzuwerfen, daß sie nicht berechtigt ist, ihre Machtkämpfe mit den USA auf Kosten anderer Völker auszutragen. Allerdings wäre auch hier zu prüfen, inwieweit nicht der US-Imperialismus der UdSSR diese Politik aufzwingt. Jedenfalls lasse ich mich durch berechtigte Kritik an der sowjetischen Besetzung nicht dazu verleiten, Aufständische zu unterstützen, die zum großen Teil CIA-gefördert, zumindest aber zutiefst reaktionär sind.

„Wenn der imperialistische Feind, die Vereinigten Staaten, seine Truppen gegen die unterentwickelten Völker mobilisiert, ist eine Allianz zwischen den unterentwickelten Völkern und den sozialistischen Völkern das Gebot einer simplen Logik". (Che Guevara)

Rot Front
Ein Leser aus Karlsruhe

Wahlbündnis

Ich RM (41/82) habe ich den Artikel „Für ein linkes Wahlbündnis" gelesen. Darin ruft die KPD alle linken Parteien und Organisationen in der BRD dazu auf, mit einem Bündnis an den März-Wahlen teilzunehmen, damit der Strauß nicht an die Macht tritt.

Nun, was ich nicht klar im Kopfe habe, ist folgendes: Wieso hat die KPD früher, bei den vorigen Wahlen, nicht zu einem solchen Wahlbündnis aufgerufen? Was hat sich in der Zwischenzeit geändert? Die Gefahr bleibt doch dieselbe: Strauß!

Ich denke, daß auch andere Genossen und Freunde solche oder ähnliche Fragen haben. Ich habe darauf gewartet, im RM darüber was zu finden. Oder im Theoretischen Organ. Doch nichts. (Wenigstens hier in Griechenland, bis heute, Anfang November '82.) Ich glaube, es wäre sinnvoll, dem Artikel „Für ein linkes Wahlbündnis" auch eine ideologisch-theoretische Basis zuzufügen (M-L-Theorie über die Politik der Bündnisse), zumal die entsprechende gegenwärtige Stellungnahme der KPD sich geändert hat.

Mit revolutionären Grüßen
Eine Leserin aus Griechenland

Abo-Kündigung

Ab sofort bestelle ich den „Roten Morgen" ab! Der Grund ist, daß ihr in der Ausgabe vom 7. Januar 1983 die Vorschläge, für die Abrüstung, des sowjetischen Generalsekretärs Andropow bewußt falsch wiedergegeben habt.

Ich wäre gerne bereit dies zu beweisen, wenn ihr mir im „Roten Morgen" einen etwa genauso großen Paltz einräumen würdet, wie euer Artikel vom 7. 1. 83.

G. H., Freudenberg

Das Angebot dazu

Betrifft: Ihren Brief vom 10. Januar

Werter Herr H.,

daß Sie ihr Abonnement abbestellen ist natürlich ihre Entscheidung und von daher kein Problem. Auch wenn ich meine, daß es nicht möglich ist, in irgendeiner Weise zu beweisen, daß wir Andropows Vorschläge bewußt falsch dargestellt hätten, möchte ich ihnen hiermit mitteilen, daß für eine Darstellung Ihrerseits, wie es in unserer Zeitung üblich ist, der Platz vorhanden ist. Denn im Gegensatz zu manchen anderen sind wir sehr wohl an einer Diskussion über den Weg zur Sicherung des Friedens interessiert.

In Erwartung Ihrer Darstellung
Helmut Weiss

Frieden mit Gewehr?

Zuerst einmal vielen Dank für deinen Antwortbrief, und die mir zugesandten Infos. Du hast sicherlich recht, daß die Fakten des Friedenplanes nicht für einen Tag gedacht sind, wenn du in meinem Brief irgendetwas als Kritik aufgefaßt hast, nehme ich das zurück, ich finde nämlich auf Grund meiner Einstellung alles gut, was irgendwie mit Pazifismus zusammenhängt, es ist mir aber unklar, wieso ihr auf eurem Aktionsprogramm in dem gelben Stern neben Hammer und Sichel auch ein Gewehr habt, wenn ihr doch für richtigen Frieden (und nicht solchen, wie wir jetzt haben) seid, warum habt ihr dann noch so etwas in eurem Wappen?

Etwas verstehe ich auch noch nicht, warum die Genossen, die die DKP gründeten, so gegensätzlich sind (zu eurem Programm).

Ihr wollt doch ein Regime, aber nicht wie in Peking oder Moskau, das leuchtet mir ein, aber die DKP will so etwas ähnliches, nach meinem Wissen!

Ich habe da noch eine Frage, im Aktionsprogramm liegt ein kleiner Zettel, auf dem steht, daß ihr jetzt nur noch KPD und nicht mehr KPD/ML heißt, liegt das daran, daß sich die Marxisten-Leninisten von euch getrennt haben und jetzt eine eigene Partei, die MLPD gegründet haben?

Du schriebst mir, daß ihr an meinen Publikationen interessiert seid. Ich lege euch mal so Infos der letzten Monate bei, da ich aber nicht über sämtliche Dokumentationen zum Versand verfüge, lege ich euch noch eine Bestell-Liste der Dachorganisation bei. Ich hoffe, ihr könnt damit etwas anfangen. Was anderes wäre, wo kann man denn die Aufkleber „Laßt euch nicht verkohlen" herbekommen.

Ich erwarte Antwort. Leider habe ich noch einige größere Fragen, aber das hat ja noch Zeit, ich schreib bald nochmal

T. E., Bad Liebenzell



50 Jahre Machtergreifung

Anläßlich des 50. Jahrestag der Machtergreifung durch die Nazis führen wir gemeinsam mit BWK und *Volksfront* eine Veranstaltung durch. Es spricht Harry Dubinsky, Vorsitzender der *Volksfront*.

Desweiteren wird das Kabarett Ohrfeige und das Musik- und Theater-Kollektiv Mannheim für politische Unterhaltung sorgen.

Die Veranstaltung findet statt:
am 2. Februar 1983, um 19.30 Uhr,
in der Bauernstube am Markt, Heinigstraße 45
6700 Ludwigshafen

Erstmalig bei uns zu Gast Albanisches Folkloreensemble auf BRD-Tournee

Im April wird zum ersten Mal das Albanische Staatsensemble für Volkslieder und Volkstänze eine Tournee durch Westdeutschland machen. Nach Auftritten in Afrika und Asien und in vielen Städten Europas ist dies die erste Gelegenheit, dieses ausgezeichnete Folkloreensemble hier zu erleben.



Zu diesem, 1957, gegründeten Ensemble gehören Volkssänger, Tanzgruppen, ein Chor, virtuose Volksinstrumentalisten und ein kleines Volksinstrumentenensemble. Die Truppe wird bei ihren Auftritten immer wieder begeistert gefeiert. Es gibt keine Gegend, keine Region in Albanien, wo sie noch nicht aufgetreten wäre, die Reihe der internationalen Gastspiele ist auch sehr lang.

Einen guten Eindruck vom bunten und lebendigen Programm des Ensembles bekommt man vielleicht, wenn man sich einige internationale Pressestimmen durchliest —, begeisterte Reaktionen auf die Gastspiele in Europa.

Aus Österreich: „In keinem anderen Land Europas gibt es heute die Möglichkeit so spontane und vitale, aber zugleich auch so traditionelle Lieder und Tänze zu hören und zu sehen." Italien: „Die begabte Truppe des Ensembles eroberte mit seinen herrlichen Sängern und Tänzern, mit seinen virtuosen Musikanten, mit seinen verblüffenden Kostümen schon von der ersten Vorstellung an das italienische Publikum." Als die Gruppe 1970 das internationale Festival von Dijon gewonnen hatte, überschlug sich die Presse: „Am Ende der Gruppen, die am Festival teilnahmen, rast ein Wirbelsturm über das Podium hinweg: Dieser Wirbelsturm war Albanien." Die Äußerungen beschreiben in etwa, was diese Truppe draufhat, was die Besucher erwartet.

Es gäbe noch viel zu sagen über das albanische Staatsensemble. Die wichtige Rolle, die es überhaupt bei der Pflege traditioneller Musik- und Tanzkultur in Albanien spielt, den positiven Einfluß der Künstler auf eine wohl einmalig breite Laienkulturbewegung in diesem Land.

Auch um sich über diese Fragen auseinanderzusetzen, über das Land Albanien, seine Kultur, Geschichte und Gegenwart mehr zu erfahren, lohnt sich der Besuch der Konzerte ganz sicher.

Die Deutsch Albanische Freundschaftsgesellschaft organisiert einen Kartenvorverkauf für diese Konzertreihe — wir drucken nebenstehend einen Bestellschein ab.

TERMINE

Dienstag, 12. April, München, 20.00 Uhr, Deutsches Museum, Kongreßsaal
Donnerstag, 14. April, Mannheim, 20.00 Uhr, Rosengarten
Samstag, 16. April, Sindelfingen, 20.00 Uhr, Stadthalle
Sonntag, 17. April, Sindelfingen, 19.00 Uhr, Stadthalle
Montag, 18. April, Nürnberg, 20.00 Uhr, Meistersingerhalle
Dienstag, 19. April, Nürnberg, 20.00 Uhr, Meistersingehalle
Mittwoch, 20. April, Essen, 20.00 Uhr, Grugahalle
Donnerstag, 21. April, Düsseldorf, 20.00 Uhr, Philipshalle
Freitag, 22. April. Wolfsburg, 20.00 Uhr, Stadthalle
Sonntag, 24. April, Bremen, 15.00 Uhr, Die Glocke
Sonntag, 24. April, Bremen, 19.00 Uhr, Die Glocke
Montag, 25. April, Hamburg, 20.00 Uhr, Audi Max

Eintrittskarten zu DM 18,00, 22,00, 25,00 oder 28,00 können sie mit dem anhängenden Abschnitt für sich und ihre Freunde beim DAFG-Sekretariat bestellen. (Bearbeitung der Bestellungen in der Reihenfolge des Eingangs.)

(Bitte einsenden an DAFG-Sekretariat, Postfach 19-76 22, 2000 Hamburg 19)

Name: ....

Straße: ....

PLZ, Ort: ....

Ich bestelle ...... Stück Eintrittskarten à DM ....

.......Stück Eintrittskarten à DM ......

für den Auftritt des albanischen Folkloreensembles am ..... April 1983 in: (um..... Uhr, falls in Bremen)

Den Gesamtbetrag von DM......zuzüglich DM 1,00 Porto

O bezahle ich mit beiligendem Verrechnungsscheck

O habe ich auf das DAFG-Postschekkonto Nr. 35981-206 beim Postscheckamt Hamburg (BLZ 20010020) überwiesen.

Ort, Datum: .... Unterschrift: ....

Protest aus der Gewerkschaft

Kein Verkauf der Büchergilde Gutenberg

Auf Anfang Februar sind jetzt die Verhandlungen über eine weitgehende Kooperation der gewerkschaftseigenen Büchergilde Gutenberg mit dem kapitalistischen Medienmulti Holtzbrinck terminiert.

Der „Rote Morgen" berichtete schon vor 14 Tagen über die Pläne, den gewerkschaftlichen Buchclub in vielen Bereichen wie Versand, Lagerhaltung, Verkaufsstellen und gemeinsame Nutzung der Karteien mit der siebenmal größeren Firma Deutscher Bücherbund zusammenzulegen.

Der Protest, der jetzt aufkommt, richtet sich nicht nur gegen die ungleiche Behandlung verschiedener gewerkschaftseigener Unternehmen, sondern beklagt auch, daß mit diesem Schritt der DGB sich aus einem wichtigen Bereich gewerkschaftlich notwendiger Arbeit heraushalten würde.

Die Büchergilde Gutenberg machte im letzten Geschäftsjahr 1,4 Millionen Mark Verlust. Um diesen Verlust auszugleichen, soll die Kooperation mit Holtzbrinck vor allem von den Managern der anderen gewerkschaftseigenen Unternehmungen durchgesetzt werden. Kollegen und Funktionäre in den Einzelgewerkschaften sehen das anders. Die letzten Verlustzuweisungen an die Neue Heimat — Städtebau allein kosteten 454 Millionen Mark. Pro Gewerkschaftsmitglied rund 57 DM. Der Ausgleich der Verluste der Büchergilde würde die acht Millionen DGB-Mitglieder mit je 17 Pfennig belasten, und dazu verhindern, daß der Holtzbrinck-Konzern, nicht zufällig auch Herausgeber der Unternehmerzeitung „Handelsblatt", eine der letzten kulturellen Einrichtungen des DGB schluckt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß sich fast alle Kritiker der Kooperations- bzw. Verkaufspläne nicht auf eine reine Verteidigung der Büchergilde Gutenberg beschränken, nicht nur ihren Erhalt fordern, sondern auch deren Verbesserung. Vor allem auf die Schaffung eines Programmbeirats, schon oft aus Gewerkschaftskreisen angeregt, nimmt man wieder Bezug. Mit dieser Forderung würde die Büchergilde sicherlich weit besser als bisher ihre Aufgabe wahrnehmen können, als gewerkschaftliche Kultur- und Bildungseinrichtung erfolgreich zu wirken.

Protest gab es bisher von Schriftstellern wie Günter Grass, Walter Jens, Peter Härtling, Peter Rühmkorf. Bernt Engelmann und der Vorstand des Schriftstellerverbandes VS sprachen sich für eine selbständige Büchergilde der Gewerkschaften aus. Auch der Vorstand der Deutschen Journalisten Union in der IG DruPa protestierte.

Aus einem Brief des Gesamtbetriebsrats der Büchergilde Gutenberg an die Vorstände des DGB und der Einzelgewerkschaften. Der Vorsitzende Gerold Krippner schrieb unter anderem:

(...) In den letzten Tagen haben Euch verschiedene Schreiben erreicht, die sich mit Vorgängen in und um die Büchergilde beschäftigen. Als Mitglied des Betriebsrates bin ich entrüstet über die Art und Weise, wie Gewerkschaften mit dem Betriebsverfassungsgesetz (§§ 90 und 111) umgehen. Erst auf ultimativen Druck hin wurde uns am 24. November 1982 in einer Betriebsratssitzung mündlich erklärt, daß es Verhandlungen mit den privatwirtschaftlichen Konzernen Bertelsmann und Holtzbrinck gibt und schon längere Zeit gegeben hat. Ich finde es ungeheuerlich, wie hier mit einem Gesetz, das gerade von uns Gewerkschaftern in einem jahrelangen zähen Kampf gefordert und erarbeitet worden ist, Schindluder getrieben wird.

(...) Aus meinem beschränkten Wissen über die Ergebnisse und Inhalte dieser Verhandlungen mit der Holtzbrinck-Gruppe kann ich keine anderen Schlüsse ziehen, als daß hier versucht wird, mit den Mitteln der „Salamitaktik" die einzige noch bestehende traditionelle Einrichtung der Arbeiterbewegung aus Rentabilitätsgründen an Privatkapitalisten zu verschachern.

Wer etwas anderes behauptet, verkennt — wissentlich oder unwissentlich — die Sachlage und die Mechanismen der sogenannten freien und sozialen Marktwirtschaft.

Ich begreife nicht, was in den Köpfen von Kollegen vorgeht, wenn sie nicht die Tragweite einer solchen Entscheidung vorausbedenken. Wo bleiben eigentlich die Inhalte von Beschlüssen auf Gewerkschaftskongressen, wo bleibt die Glaubwürdigkeit des Grundsatzprogrammes des DGB? Sollen dies alles nur Lippenbekenntnisse sein, die leichtfertig dahergeplappert, beschlossen und in Grundsatzerklärungen niedergeschrieben wurden?

Ich kann nicht glauben, daß eine so traditionsreiche mächtige Bewegung wie die der Gewerkschaften sich von „Bankern" beraten und leiten läßt. Ich glaube, die derzeitige Situation unserer Organisation einigermaßen einschätzen zu können. Daß wir jede Mark für eventuell bevorstehende Arbeitskämpfe brauchen, ist mir bei der derzeitigen finanziellen Lage völlig klar. Das darf aber nicht dazu führen, daß wir uns eines wichtigen medienpolitischen Instruments berauben lassen. Oder seid ihr etwa nicht der Meinung, daß Holtzbrinck über kurz oder lang auch unser Programm mitgestalten will? Die Vorstellung bereitet mir heute schon seelisches und körperliches Unbehagen, wenn ich daran denke, daß das Gildenbuch von Tucholsky „Unser Militär" neben einem Konsalik vom Bücherbund im Regal eines gemeinsamen Ladens steht. Ähnlich denkt bestimmt Holtzbrinck. Und wer bleibt auf der Strecke? Mit Sicherheit Tucholsky, weil mit Konsalik mehr Geld zu verdienen ist. (...)

Der Landesvorstand der IG Druck und Papier Hessen beschloß im Dezember:

Der Landesbezirksvorstand Hessen der IG Druck und Papier fordert den Bundesvorstand des DGB auf, die gewerkschaftliche Buchgemeinschaft „Büchergilde" zu erhalten, keine Auslagerung von Teilbereichen und keine Kooperation mit kapitalistischen Medienkonzernen zuzulassen.

Die Büchergilde Gutenberg ist als gewerkschaftliche Bildungseinrichtung unverzichtbar; ihre Rolle als Gegengewicht gegen die herrschenden Medienkonzerne muß ausgebaut werden.

Da die Anteilseigner bereits einen beträchtlichen Beitrag zum Sanierungskonzept der Büchergilde geleistet haben, sollten weitere finanzielle Stützungen ausschließlich vom DGB bzw. der BGAG als eine gesamtgewerkschaftliche Aufgabe übernommen werden.

Die Kollegen der IG Druck und Papier im Aufsichtsrat der Büchergilde Gutenberg werden aufgefordert, in diesem Sinne tätig zu werden.

Aufsichtsrat und Geschäftsleitung der Büchergilde Gutenberg werden aufgefordert, endlich den im Sanierungskonzept von 1980 angekündigten Programmbeirat einzuberufen. Der Landesbezirksvorstand bedauert, daß die Geschäftsführung der Büchergilde eine entsprechende Resolution der dju-Landeskonferenz vom Oktober dieses Jahres bis heute nicht einmal beantwortet hat.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 4, 28 Ocak 1983 | Yıl: 17 | 1 DM

Naziler nasıl iktidara geldiler
2. Bölüm:

Berlin Ulaşım İşçilerinin

Kasım 1932 grevi:

Faşist-Komünist ittifakı iddiası üzerine
Sayfa 2'de



Ocak 1983'te Federal Almanya

Federal Almanya'yı Hitler devleti ile eşitlemek—ki, biz bunu hiç bir zaman yapmadık—kökten yanlıştır. Şüphesiz ki, boz lekeler, boz eğilimler Federal Almanya'da her zaman mevcuttu. Hek kim ki, zamanın sorunu aklayacağına, tüm bunların bir avuç ölümsüz dünkülerden kalma olduğuna inandıysa, Ocak 1983'te—Hitler faşist diktatörlüğünün kuruluşundan 50 yıl sonra—yanılgıya düşmüş olmalı.

Adliyenin aldığı bazı kararlar, o dönemle paralellik kurmayı gerekli kılıyor, 50 yıl sonra neyin değişip değişmediğini açık seçik gösteriyor, hatta bugüne değin geçerliliğini yitirmeyen bu olgular Bonn'daki hükümet değişikliğinden sonra daha güçlendiler. Bunun için yalnızca Frankfurt Havaalanı ek pistinin yapımına karşı Halk İnsiyatifi'nin sözcülüğünü yapan Schubart'a verilen dehşet yaratıcı cezayı değil, aynı şekilde eski bir Nazi marşını söylemeyi reddeden bir Federal Ordu askerine verilen cezayı da gösterebiliriz.

Askerlik görevini yapmayı reddeden ve bundan ötürü ceza giyen oğluna hapisaneye bir kaç kitap götüren ve ona verilmesini isteyen bir annenin bu istemini hakim reddediyor. Hakim, ilerici yazarlar olan Heinrich Heine'nin, Alfred Döplin'in ve Heinrich Mann'ın eserlerlerinin "teröristlerin edebiyatı olduğunu" ileri sürerek bunların verilmesine karşı çıkıyor.

Ocak 1983'te, 50 yıl sonra Federal Almanya'da Nasyonal Sosyalist Mahkemelerinin tüm kararları hala geçerli. Her direnişi o zaman barbarca cezalandıran yobaz Nazi hukukçularına bugünkü adalet kuramına göre hak veriliyor. Hitler faşistlerine karşı mücadeleye atılan Scholl kardeşler ve diğer binlerce direniş savaşçısı Batı Alman Adaleti tarafından hiç bir zaman affedilmedi.

Ve Ocak 1983'te Almanya'da eski Nazi Rudel'in defnedilmesinde Hitler selamıyla yürüyüş yapan yaşlı ve genç Naziler'in kovuşturması neticesiz kalırken, Frankfurt'ta bir Nazi çetesi olan "Stahlhelm"e genel çıkarlara hizmet eden dernek hakkı tanınıyor.

Tüzüğünde kendisini açıkca Weimar Cumhuriyeti'ndeki kötü şöhretli "Stahlhelm" birliğinin hedeflerini sürdüren ve her dönemde cumhuriyetin tasfiye edilmesini amaçlayan bu örgütün izinde yürüdüğünü yazan ve hala bir güçlü "başbuğu devletini" savunan bu derneğe şimdi ise bu emellerini devletin yardımıyla sürdürme olangı tanındı.

Ve bu günlerde bu gerçeklerin o dönemle paralelliğini kurmalı, bunların Hitler faşistlerine karşı direniş savaşçılarını alaya almak olduğunu ve bir uyarı niteliğini taşıdığını görmeliyiz.

Gericiliğe karşı ortak mücadele!

Asla, bir daha faşizm istemiyoruz! Direnmekte geç kalınmamalı!

30 Ocak 1983, Hitler faşist diktatörlüğünün kuruluşunun 50. yıldönümüdür. Bundan ötürü Federal Almanya'nın Hamburg, Köln, Frankfurt, Münih ve Mössingen şehirlerinde protesto yürüyüşleri ve mitingleri yapılacak. Bu yürüyüşlere yığınlar halinde katılarak faşizme karşı kinimizi dile getirmeli ve sesimizi yükseltmeliyiz. Bu eylemleri gericiliğe, faşizme ve savaş hazırlıklarına karşı, özgürlük, demokrasi ve barış için görkemli birer kitle eylemlerine dönüştürmeliyiz. O halde, haydi göreve!

Bundan 50 yıl önce, 30 Ocak 1932'de Adolf Hitler, mali sermayenin en gerici, en şoven kesimlerinin girişimiyle başbakanlığa getirildi. Kendilerini başa getiren sermaye çevrelerinin çıkarlarını bir tam olarak gerçekleştirmek için en acil görevleri hayata geçirmeye koyuldular: İşçi sınıfının örgütleri dağıtıldı, işçi hareketi kanlı terör estirilerek bastırıldı, tüm demokratik hak ve özgürlükler yok edildi, işçi önderleri, komünistler, anti-faşistler, kısacası Hiter faşist diktatörülüğünün muhalifi olan tüm güçler toplama kamplarına dolduruldu, katledildi, gaz odalarına sürüldüler.

Faşizm tehlikesi hala ortadan kalkmış değildir

Federal Almanya halkının büyük çoğunluğu faşizmi ve savaşı yaşamadı. Bugün genç nesillere faşizmin 12 yıllık karanlık iktidarının, tesadüfi bir olgu olduğu öğretilmektedir. Faşizm ve onun ardında yatan çevreler üzerine gerçek bilgilerin açıklanması anti-faşistlerin ve onların örgütlerinin bir görevi olarak kaldı, devlet bu konuda sustu, ya da gerçekleri çarpıtmaya koyuldu. Ne var ki, bugün faşizmin iktidara getirilişinin 50. yıldönümü, yalnızca Hitler faşizmi üzerine aydınlatıcı faaliyetin sürdürüleceği bir gün değildir, bundan öte anti-faşist mücadelenin kızıştırıldığı ve yükseltilmesi gerektiği bir gündür.



Faşizmin kuruluşundan 50 yıl sonra bile genç ve yaşlı faşistlerin devletin izniyle, hatta bundan öte genel çıkarlara hizmet eden dernek markasıyla cinayetkâr emellerini yeniden gerçekleştirmek için giriştikleri eylemleri biliniyor. Aynı şekilde faşistler,—ilticacılara karşı, Münih Ekim Şenliği'nde ve Nürnberg'te düzenlenen katliamlarının gösterdiği gibi—eli kolu sallayarak katliamlara girişmekteler. Onlar, bu emellerini gerçekleştirmede devletin yardım ve desteğini görmekteler. Ve bu katillere karşı tahkikat sürdürülmesi, bunların cezalandırılması şöyle dursun, eli kolu sallamalarının ortamı yaratılmakta ve katliamlara teşvik edilmekteler.

50 yıl önce, "Yahudisiz Al-

devamı sayfa 3'te

Schubart 2 yıl hapse mahkum edildi

Frankfurt Havaalanı ek pistinin yapımına karşı Halk İnsiyatifi'nin sözcüsü olan Alexander Schubart Yüksek Eyalet Mahkemisi'nin 4. Ceza Dairesi tarafından cezanın tecili temelinde iki yıl hapis cezasına çarptırıldı. Verilen bu ceza yalnızca bir çok siyasi tedbir arasından biri olmakla kalmayıp, aynı zamanda yürüyüş hakkının sınırlandırılmasına yönelik yeni bir adımı da simgeliyor.

Korkutma, gelecekte devletin keyficiliğine karşı protesto eylemlerine katılmak isteyen insanların tümünün yıldırılması hakimlerin bilinçli amaçlarıydı. "Genel olarak cezalardan korkutmak nedeniyle verilen bu ceza etkileyici bir cezadır" dedi kararı açıklayan mahkeme heyeti.

"Anayasa organlarına karşı zor kullanma"—Şimdiye değin "bu suç"un ne olduğunun açıklamasında Nazi mahkemelerinin kararları göz önünde bulunduruldu. Böylece hakimin kararını değerlendiren Schubart'ın bunu "Faşizmin iktidarı ele geçirmesinin 50. yıldönümüne ilişkin orijinal bir katkı olarak" nitelemekte ne kadar haklı olduğunu görüyoruz.

Schubart, 15 Kasım 1981'de Havaalanına doğru yapılan büyük yürüyüşte ortaya çıkan, "ülke düzenini ağır bir şekilde bozmakla" değerlendirilen tüm olayların sorumlusu tutulmaktadır. Gerçi Schubart bu yürüyüşe katılmamıştı, yürüyüşçüleri şiddete başvurmamaya çağırmıştı, ama bunların hiç biri mahkemeyi ilgilendirmiyordu. Mahkeme heyeti, devlet düzenini ağır bir şekilde bozmak için devletin polis birlikleri ile çatışma çıktığında bireyin kendisinin de bu çatışmalarda yer alması gerekli değildir diyor. Ve mahkemenin görüşüne göre, "olayın yönetimi" Schubart'ın elindeydi, ve "bu çevrelerde onun sözü geçerliydi" deniliyor ve bunun yeterli olduğunu belirtiyor. Onun çağrısı üzerine yürüyüşün yapıldığı, ve onun bu tür yürüyüşlerin "kargaşacılar tarafından kullanıldığını" bilmesi gerektiğini; bunu yapmadığına göre "olayların çıkmasını göze aldığını" ileri sürüyor mahkeme heyeti.

Hakimlerin bu mantığıyla gelecekte olayların çıktığı tüm yürüyüşlerin resmi sorumluları ülke düzenini ağır bir şekilde bozmaktan ötürü cezalandırılabilirler. Nitekim onlar böyle davranmakla bilinçli bir hedefi güdüyorlar: Yürüyüş hakkını sınırlamak ve kitlelerin kalabalık bir temelde yürüyüşe katılmasını önlemek, onları yılgınlığa itmek.

(Schandurteil gegen Schubart)

35 saatlik iş haftasının ön hazırlığı yapılıyor

SPROCKHÖVEL.—Geçen hafta İG Metall Yönetim Kurulu 35 saatlik iş haftası için mücadeleyi hazırlama dönemini başlattı. Sendika okulu Sprockhövel'de üyelerin ve kamuoyunun derhal mücadeleye hazırlanması için basın temsilcilerine bir "eylem programı" tanıtıldı.

İG Metall "toplu sözleşme uzmanı" Hans Janssen'in açıklamasına göre, 1983 yılı ücret turlarının hemen bitiminde tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası için "gerekçelere dayanan bir taarruza geçilmesi" amaçlanıyor. Janssen, emekliye ayrılma yaşının düşürülmesinin artık İG Metall için toplu sözleşme politikası açısından bir hedef oluşturmadığını; erken emekliye ayrılma yaşının yalnızca kanuni olarak düşürülmesinin amaçlandığını ve sendikanın toplu sözleşme politikası açısından ağırlığını yalnızca tam olarak çalışma saatine vereceğini söyledi.

35 saatlik iş haftası uğruna aydınlatma kampanyası bu talep İG Metall'ın tüm bölgesel toplu sözleşme komisyonlarının, eğitim çalışmalarının, kültür grupları çalışmalarının ve çeşitli yayın organlarının merkezi konusu durumuna yükseltilerek ilerletilmelidir dedi.

Janssen, ayriyeten şu slogan altında bir bilim adamları konferansının planlandığını belirtti: "Çalışma saati kısaltılmalı, işyerleri garanti edilmeli, yaşam seviyesi düzeltilmelidir."

Yakın geçmişte İG Druck und Papier sendikası Başkanı Leonhard Mahlein'in yaptığı bir duyuru ile ilişki kuran Janssen, şu üç ayrı sendikayla yakınen birlikte çalışmadan ve ortak eylemlerden söz etti: İG Druck und Papier, Gewerkschaft Holz Kunststoff (GHK), Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV). Aynı şekilde DGB üyesi olan diğer sendikaları da "görevinden azletmek" istemediklerini belirtti.

(Startsignal für 35-Stunden-Woche)

Bir çok şehirde

İHK'nin yabancı düşmanı politikası protesto edildi

19 Ocak tarihinde saat 15.30'da yaklaşık 30 şehirde kapitalist birliklerinin yabancı düşmanı taleplerine karşı bölgesel Alman Sanayi ve Ticaret Odaları (IHK) binasının önünde protesto eylemleri düzenlendi.

Gericiliğe, Faşizme ve Savaşa Karşı *Volksfront'un* yaptığı bu eylemler, parti sınırlarını aşan bu örgütün üyelerinde büyük ilgi gördü. Ve büyük bir atılımla hazırlanan bu eylemler Federal Almanya'nın bir çok şehrinde aynı günü aynı saatte gerçekleştirildi. Bu bir başarıdır ve aynı zamanda bu *Volksfront'un* Federal Almanya çapında bir eylem gerçekleştirebilecek bir güç olduğunu en iyi bir şekilde ispatladı.

Bir çok şehirde bu eyleme diğer demokrat örgütler de çekilebildi. Örneğin Köln'de olduğu gibi, kısmende IHK yöneticilerini cevaplamaya çağıran açık mektubun altına imza toplandı.

Eylemlerin yapıldığı şehirlerde işveren temsilcilerinin ve aynı şekilde bir çok şehirde IHK binasının giriş-çıkış kapılarını kordon altına alan polisin de hazırlıklı olduğu görüldü. Hamburg'ta polisler eylemi yapan anti-faşistlere saldırdı, taşıdıkları bir pankartı aldı ve bazı anti-faşistlerin isimlerini kayıt ettiler.

Dortmund ve Köln'de yapılan eylemlerde anti-faşistler bu dehşet yaratıcı, sermayenin yabancı düşmanı politikası üzerine gizli belgeyi hazırlayan IHK baş yöneticileriyle karşılaştılar. Bunlar ise yapılan konuşmada taleplerini tam olarak savundular; uzun bir dönem köklü bir şekilde düşündüklerini ve ileri sürülen taleplerin henüz tamamen liberal olduklarını söylediler!

IHK'nın gizli belgesinin içeriği üzerine ayrıntılı bilgiyi veren *Volksfront'un* eyleme

devamı sayfa 3'te

Berlin Ulaşım İşçilerinin Kasım 1932 grevi **2. BÖLÜM**

Faşist-komünist ittifakı iddiası üzerine

Hitler faşist diktatörlüğünün iktidara getirilişinin 50. yıldönümü dolayısıyla "Kızıl Şafak"ta başlattığımız yazı dizimizin birinci bölümünde;Hitler'in konumunu, tekelci sermayenin en gerici ve en şoven kesimlerinin planlarını, sermayenin Nazi partisini bir kitle partisine dönüştürme emellerini ele almış ve sosyal demokrasinin 20'li yıllarda oynadığı role kısaca değinmiştik. Şimdi dizimizin bu bölümünde ise Berlin Ulaşım İşçilerinin greviyle ilintili olarak ileri sürülen sözümona komünist-nasyonal sosyalist ittifakının ne derece gerçek olup olmadığı üzerinde duracağız.

Weimar Cumhuriyeti'nin mücadele önlemlerine baş vurmaksızın Nazilere teslim olması nasıl gerçekleştirildi? Federal Almanya'da okullarda bu soruya verilelen cevaplardan biri, komünistlerin ve Nazilerin bu cumhuriyete karşı birlikte saldırıya geçtikleri ve böylece onu Hitler'in girişimine karşı son direniş rezervelerinden yoksun bıraktıkları iddiasıdır. Bu acayıp kızıl ve boz ittifakı için resmi örnek olarak, Weimar Cumhuriyeti'ne ölümcül darbeyi indirmek için sözümona komünistlerin ve Nazilerin omuz omuza mücadele yürüttükleri Berlin Ulaşım Şirketi, BVG'de Kasım 1932'de sürdürülen bir kaç günlük grev gösterilmektedir.

Bu iddianın oluşturulmasında yalnızca gerici burjuva tarihçileri arı gibi çalışmadılar, aynı zamanda sosyal demokrasi de buna ilişkin olarak özel katkısını yaptı. Örneğin şu an SPD Yönetim Kurulu'nun Hitler'in iktidarı ele geçirmesinin yıl dönümüne ilişkin olarak yayınladığı belgelerinde ("1933—50 yıl sonra") şöyle yazıyor: *"KPD taraftarları Kasım 1932'de Berlin'de ulaşım işçilerinin grevinde Nasyonal sosyalistlerle ortak bir cephede yer alarak savaştılar ki, komünistler açısından bu grevin Weimar devletine karşı siyasi kitle mücadelesinin başlangıcını oluşturması gerekiyordu."*

Bugün aynı görüşlere sendika basını tarafından yayınlanan makalelerde de rastlamaktayız. Örneğin bunun için tipik örneklerden biri, ÖTV sendikasının yayın organı "ÖTV-Magazin"in kasım sayısında çıkan ve tarihi çarpıtan yazıdır. Bu makalenin altında "er" imzasını kullanan yazar (tahminen bunun ardında DGB sendikası tarihçisi Gerhard Beier yatıyor) Berlin Ulaşım İşçileri Grevi üzerine makalesine "Goebbels ve Ulbricht (1) ipin ucunu çekiyordular" başlığını atmıştı. Kuşkusuz ki, sendika basınında tarihi gerçeği dile getiren yazarlar da var, —ki bu vurgulanmalıdır—örneğin Basım ve Kağıt İşçileri Sendikası'nın üye yayın organı "druck und Papier"in Kasım ayının ikinci sayısında yayınladığı Witich Rossmann'ın makalesi gibi.

Ücretleri sınırsızca düşürme

Peki gerçekten BVG grevindeki sözümona kızıl-boz mücadele cephesinin ne gibi önemi var. Önce bunun ardında yatan gerçekleri açıklayalım: Kapitalist ekonominin o ana değin olan en derin devirli krizin sürecinde Berlin Ulaşım İşçilerinin yaşam ve çalışma şartları oldukça kötüleşmişti. Yalnızca Mayıs 1931'den Ocak 1932'ye kadar ücretlerinin ve maaşlarının beş kez düşürülmesini kabullenmek zorunda kalmıştılar; buna bir de ulaşım işletmelerindeki rasyonalleştirme önlemleri, çalışma saatinin tam ücret ödemesi yapılmaksızın kısıtlanması, BVG'deki sosyal tesislerin yok edilmesi vs. ekleniyordu.

Kuşkusuz ki,—hele hele yaklaşık 6 milyon işsizin olması ve onlara verilen desteğin sürekli kısıtlanması şöyle dursun—yaşam koşullarına yönelik aynı saldırılarla tüm İmparatorluk'taki emekçiler de başbaşa kalmışlardı. Bu kriz yıllarında gerici hükümet politikasını karakterize eden, Reich hükümetlerinin toplu sözleşme özerkliğini çiğneyerek çok tesirli bir şekilde ücretlerin düşürülmesini emretmelerini mümkün kılan geçici kanunların çıkarılmasıydı. Örneğin Ocak 1932'de Başbakan Brünning (2) ücretlerin yüzde on düşürülmesini emretti. Ne var ki bu dönemde SPD'nin adamlarının yönettiği Berlin Ulaşım Şirketi Müdürlüğü, bu önlemlerin işyerinde uygulanmasını geçici olarak erteledi.

Brünning'in yerine geçen Papen (3) yönetimi altında BVG Müdürlüğü üzerindeki baskılar artık ücretlerin düşürülsinin burada da uygulaması için artırıldı. Ayrıca Papen Hükümeti Eylül ayı başında, işverenlere yoğun bir şekilde para yardımları veren ve onlara bunun yanı sıra yeni işçi işe aldıkları takdirde tüm personelin haftalık ücretini tek yanlı olarak yüzde 12 dolayında kısıtlama imkânını tanıyan iki yeni geçici kanun çıkardı.

Bu durumda BVG'de ücret ve çalışma koşulları toplu sözleşmesi 30 Eylül 1932'de geçerliliğini yitirdi. Bunun üzerine müdürlük, "belediye işçileri ücretlerinin imparatorluk işçilerinin ücretleri ile denkleştirilmesi için" saat ücretlerinin 23 Pfenning'e kadar düşürülmesini talep etti. (1932'de bir kalifiyeli işçinin tarife saat ücreti yaklaşık 82 Pfennig'ti.) Peki, bu yoğun saldırılar karşısında—Alman Genel Sendikalar Birliği, ADGB'de birleşmiş—reformist sendikalar nasıl davrandılar? KPD, onların BVG'ye ilişkin tutumlarını 16.10.1932 tarihli "Rote Fahne"de (KPD Merkez Yayın Organı) şöyle karakterize ediyordu: **"Şimdiye değin tüm kısıtlama önlemleri gerçekleştirilebildi, çünkü sendika bürokrasisi ve sosyal demokrat baş yöneticiler mücadele önlemlerini sabote ettiler. Onlar, özellikle tam ücret karşılığı olmadan çalışma saatinin her kısaltılmasını ve parasız izin günleri uygulamasına gidilmesini onayladılar. Müdürlüğün daha da kapsamlı olan taleplerine karşı bu önlemlerin her birini ehvenişer olarak gördüler. Bu ehvenişer politikası BVG Müdürlüğünü şu an ki provokasyonunda cesaretlendirdi."**

Sonbahar grev dalgası

"Kamu İşletmeleri, Taşımacılık ve Nakliyat Ulaşım İşçileri Genel Birliği'nin (Gesamtverband) BVG'de sahip olduğu yer, bir bütün olarak ADGB için yol göstericiydi. O, SPD'nin başındakilerinin de yaptığı gibi, Brünning'in geçici kanun politikasını destekledi ve buna karşı her türlü savunma eylemlerini sabote etti. Brünning'in yerine aşırı gerici Junker (4) Pappen'in geçmesinden ve yeni başbakanın Temmuz 1932'de Prusya'da (Weimar Cumhuriyeti'nde sosyal demokrasinin devlet cihazında sahip olduğu en son güçlü kalesi) SPD Hükümeti'ni darbeci bir temelde görevden almasından sonra, ADGB yöneticilerinin çizgisi değişti. Sendika Başkanı Leipart destekleme rotasına son vererek şunu açıkladı: *"Sendikalara karşı tazminat davaları açılacağı tehlikesine rağmen, işçileri direnişe cesaretlendirmeliyiz. Bu slogan gereklidir."* Ve sloganda, *"Artık ücret kayıplarının olacağı hiç bir toplu sözleşme serbestçe yapılmayacak" şeklindeydi.*

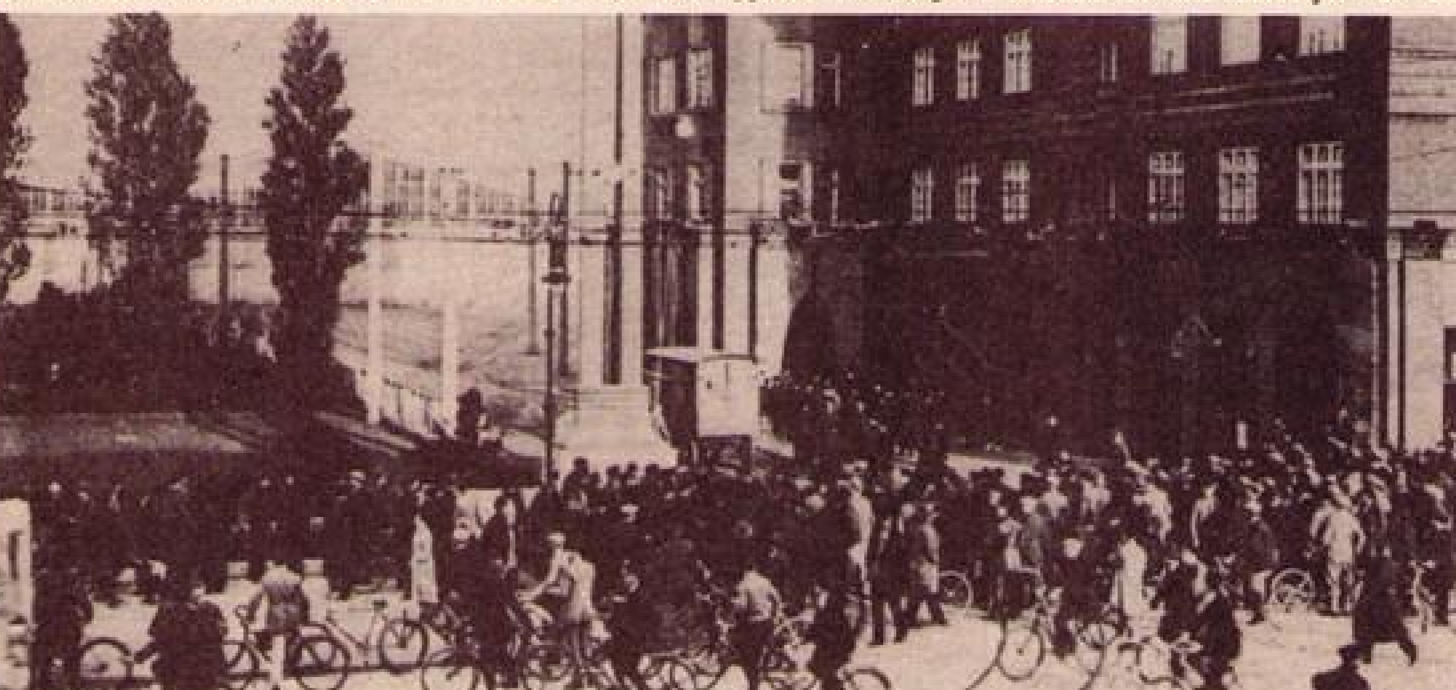
Ne var ki ADGB Yönetimi bu şiarlarla sınırlı kaldı ve gerçekten mücadele önlemlerini örgütlemekten kaçındı. Gerci—sözlü olarak yapılmış olsa dahi—rota değişikliği tüm imparatorlukta geniş cephede savunma tedbirlerinin teşvik edilmesine yetiyordu. Bir kaç aylık sessizlik süresinden sonra, 1932 sonbaharında bini aşkın işletmede mücadeleci eylemlerin yapıldığı grev dalgası başladı. Bu mücadelelerin önderliği ekseriye işçi temsilcilerinin ya da seçilmiş grev yönetimlerinin (sık sıkta Devrimci Sendika Muhalefeti RGO'nun nispeten etkisi altındaydı) elindeydi; ADGB çekimser bir tutum takındı, fakat bu— ayrıca çoğu kez başarılı olan—grev mücadelelerine karşı çıkmadı: Nitekim şimdi kendisi sosyal hakların yok edilmesine karşı direniş şiarını ileri sürmüştü.

İşte BVG'deki gelişmeler bu sonbahardaki grev dalgasının ardındaki nedenlerin ışığında da değerlendirilmeliydi ki, bu grev dalgası uzun bir dönem köşeye sıkıştırılmış işçi hareketinde bir atılıma yol açtı. Nitekim BVG'de yukarda belirtilen patronların talepleri üzerine müdürlükle Gesamtverband arasında görüşmeler yapıldı. Ve sonuçta ücretlerin saat başına 2 Pfennig düşürülmesinde görüş birliğine varıldı. Ne var ki bu sonuç üzerine kini kabaran personelin baskısı altında Gesamtverband anlaşmayı genel oylamaya sunmak zorunda kaldı.

Ya ücretlerin düşürülmesi ya da grev için?"

Oylama kartlarının üzerine "Ya ücretlerin düşürülmesi ya da grev için" sorusu yazılmıştı. Ve her halde genel oylama sendika yöneticilerini vakitsiz anda yakalamamıştı. Bir yöneticinin ifade ettiği gibi, onlar bu oylamayla "yaygarayı basan RGO'luları susturmayı" ummuştular. Fakat bu oylama ise Gesamtverband yöneticilerinin işyerindeki durum üzerine büyük bir eksik tahlil yaptıklarını ispatladı. Seçme hakkına sahip olan 21 902 işçi arkadaşın, 18537'si genel oylamaya katıldı ve yalnızca 3993'ü ücretlerin düşürülmesi, 14471'i ise grev için oy kullanmıştı.

Görüldüğü gibi BVG işçilerinin ezici çoğunluğu ücretlerini mücadele önlemleriyle savunmak istiyordular. Bugün DGB yazarları tarafından bu gün ışığı gibi açık olan gerçek örtbas edilmektedir. Aynı şekilde bugün ulaşılabilecek sayısızca belgeler de, sosyal demokrat yöneticilerin bu konuyla ilintili olan iki yüzlü tutumlarını bütün çıplaklığıyla ortaya koymaktalar. Bunun için SPD parti kurulunun 10 Kasım 1932 oturumunun tutanağını gösterebiliriz. Bu toplantıda ADGB Yönetim Kurulu üyesi Grassmann neden BVG'de ücretlerin teminat altına alınması uğruna bir grevin karşısında tüm araç ve gereçlerde yer alındığı sorusuna ilişkin şunu açıklamıştı: *"BVG ile görüşmelerden kısa bir süre önce 20 binin üzerinde belediye işçisi için saat ücretlerini dört Pfennig kısıtlayan hakem kararı alınmıştı, buna karşılık ulaşım işçilerine ilişkin uygulama yalnızca 2 Pfennig bir kesintiyi öngörüyordu. Şöyle bir örgütün durumunu göz önünde bulundurun: Belediye işçilerine ücretlerinden dört Pfennig kesintiyi kabullenmeleri gerektiği, bir grevin mümkün olmadığı söylenildi ve 2 Pfennig ücret kesintisinden dolayı greve giden ulaşım işçilerinin ise desteklenmesi gerekiyordu. Hoş olmayan ve aynı zamanda meydana gelen bu iki olay ister istemez siyasi etkiye sahipti."*



Ayrıca parti kurulunda toplanan baylar kendi aralarında BVG'deki grev mücadelesinin haklılığı sorusunu ise yöneltmediler. Örneğin SPD Yönetim Kurulu üyesi Litke bunu şöyle hatırlatıyor: *"Nitekim biz sloganı kitlelere götürdük: Ücret kesintilerine son."* Ancak dışa karşı—daha sonra mücadele kızıştığında—grevdekiler SPD yayın organı "Vorwärts"te "nasyonal sosyalist-komünist terör grupları" olarak damgalandılar.

BVG işçileri grev oylarıyla ADGB'nin ileri sürdüğü sloganı ciddiye almaktan başka bir şey yapmamalarına rağmen, Gesamtverband genel oylamanın sonuçlarını kabullenmeye itiraz etti, çünkü bunun grev için gerekli olan dörtte üç çoğunluğu sağlamadığını ileri sürdü. Ancak gerçekte ise, hastalık, izin vs. dolayısıyla oylamaya hiç bir şekilde katılamayan işçiler sayılmadığında bile bu çoğunluk sağlanmıştı. Diğer yandan sendika statükosu fıkrasında grev için gerekli olan dörtte üç çoğunluk üzerine sorunu uyulması zorunlu olmayan yönerge oluşturuyor.

2 Kasım'da BVG personeli sendika yönetiminin bu besbelli olan manevrasını bozguna urattı, greve gitme kararı aldı ve mücadeleyi örgütlemeleri için 127 delege seçti. Bunların 25'i Gesamtvarband'dan 5'i metalcılar sendikası DMV'dan, 5'i Demiryolu İşçileri Sendikası'ndan 52'si Devrimci Sendika Muhalefeti, RGO'dandı ve 40'ı ise örgütsüz işçilerden oluşuyordu. Ve bu örgütsüz işçiler arasında bir kaçı ise Nasyonal Sosyalist İşyeri Örgütü NSBO'ya aittiler. Buna uygun olarak ta delegeler konferansında seçilen grev yönetiminde özgür sendikacıların, RGO'luların, SPD üyelerinin, BVG'li işçilerin eşlerinin yanı sıra iki de NSBO'lu temsil ediliyordu.

"İnsanlar oldukça öfkeliler"

İşte bu sade gerçeğe sözümona kızıl-boz ittifakı üzerine yapılan tüm iddialara dayandırılmaktadır. Buna ilişkin olarak Nazi partisinin işyeri örgütünün, örneğin DMV'in örgütlediği metal işçilerinin 1930'daki büyük grevinde olduğu gibi, grev mücadelelerine katılması eşi görülmemiş bir olay da değildir. Nitekim bunun nedenleri açık seçik bir şekilde ortaya konabilir. Bunlar çağdaş belgelerde yazılı olarak da mevcuttur. Örneğin o zamanki Reich Cumhurbaşkanı Hindenburg'un yazılarında "Bay Reich Cumhurbaşkanının 19 Kasım 1932'de, Cumartesi günü saat 11,30'da Bay Adolf Hitler'le yaptığı konuşma üzerine notlar da" yer alıyor. Bu notlarda Hindenburg'un NSBO'nun BVG grevine katıldığı suçlamasına Hitler şu karşılığı veriyor: *"İnsanlar oldukça öfkeliler. Ben kendi adamlarımı greve katılmaktan alıkoyacak olsaydım, grev buna rağmen yapılırdı; ama ben işçiler içindeki taraftarlarımı kaybetmiş olurdum; bu ise Almanya için de bir kazanç olamazdı."* (Kastettiği, 1932 sonunda kendisinin Reich başbakanlığına atanmasını sağlayan ve Nazi partisinin işçi kesimleri üzerinde belirli bir etki kurmasını da isteyen tekelci sermaye kesimleri için bir kazanım olamayacağıdır.)

Aynı şekilde Goebbels'de hatıra defterinde buna ilişkin bir açıklamada bulunmuştu. Grevin başladığı 2 Kasım'da o şunları not etmişti: *"Eğer biz, tramvay işçilerinin en sade hayati haklarına yönelik olan bu grevden kaçınmış olsaydık, işçi halktaki sağlam mevzimiz sarsılmış olurdu. Seçimden önce (kastedilen 6 Kasım'daki Reich Parlamento seçimleri, KŞ) burada bir kez daha kamuoyuna bizim anti-gerici rotamızın gerçekten kendilerinin fikirleri olduğunu ve kendilerinin istediklerini göstermek için büyük olanağa sahiptik..."*

(Devamı var)



30 Ocak 1933'te faşizm iktidara geldi

Açıklayıcı notlar

(1): Goebbels, Josef; Hitler'in yandaşı ve Alman Nasyonal Sosyalist İşçi Partisi'nin Reich propaganda yöneticisiydi; Yahudilere karşı 9 ve 10 Kasım'da başlatılan büyük saldırının örgütleyicisi. **Walter Ulbricht** 1923'ten beri KPD MK üyesiydi; 1946'da Almanya Sosyalist Birlik Partisi, SED'nin kuruluşunda yer aldı, MK 1. sekreterliği ve başbakan yardımcısı görevini yaptı, Doğu Almanya'da kapitalizmin yeniden inşaa edilmesinde yer aldı.

(2) Heinrich Brünning: Alman politikacısı. Merkez Katoliğin sağ kanadı liderlerinden. 1930-1932 arasında Reich başbakanıydı, Hindenburg tarafından görevden alındı; faşist diktatörlüğün hazırlanmasını sağladı.

(3) Franz von Pappen: Alman siyaset adamı. 1932 Haziran başında görevden alınan Brünning'in yerine geçti ve yeni hükümeti kurdu; Reich başbakanlığını yaptı, Hitler kabinesinde başbakan yardımcısı oldu, Viyana ve Ankara'da büyük elçilik görevi yaptı.

(4) Junker: büyük toprak ağası.

Asla, bir daha faşizm istemiyoruz! Direnmekte geç kalınmamalı!

baştarafı sayfa 1'de

manya", "Yahudiler dışarı!" sloganları haykırılıyordu. Bugün onların yerini yeni bir Yahudi aldı: Yabancılar, özellikle de Türkiyeliler. Bugün her tarafta "Yabancılar dışarı", "Türkler dışarı" sloganlarına rastlamaktayız. Michael Kühnen gibi bir faşist çetenin başbuğu yabancı düşmanlığını kırkırtmakla kitle tabanı yaratmayı umuyor. Ne var ki, bugün yabancı düşmanlığı sadece Naziler tarafından yapılmamakta, aynısını işveren birlikleri ve yeni hükümette ustaca bir şekilde yapmaktadır. Hedef aynı hedef; işçi sınıfının bölünmesi, halkın gerçek düşmanlarını tanımasını önlemek amacıyla tüm olumsuzluklar için sorumluların gösterilmesi.

Hitler faşistleri iktidarı ele geçirmeden önce bir savaş çıkarma hazırlığını yapıyorlardı. Bugünkü Federal Almanya daha şimdiden roketlerle donatılmıştır; yeni nükleer roketlerin, ilk saldırı silahlarının yerleştirilmesi öngörülüyor; en saldırgan askeri bloklardan biri olan NATO'ya bağlılığı "Alman hükümetinin ana görevi olarak" açıklıyor yeni başbakan. Yeniden intikam almayı güden ...içler, birlik partileri (CDU/CSU) içinde ve devlet kademelerinde önemli mevzileri ele geçirmekteler.

Bonn'daki yeni hükümet, başlatılan dönüşüm, günümüzdeki siyasi olayların odak noktasını oluşturuyor. Çünkü bu hükümet değişikliği herhangi bir hükümetin yerini bir diğerinin alması değildi, mali sermayenin nüfuz sahibi kesimleri bu dönüşümü istemiştiler. Ancak onlar bu dönüşümü SPD ile sağlayacak durumda değildiler ki, SPD onların istekleri yerine getirmeye çalıştı. Seçmenlerini, sendikalarla olan ilişkisini, işçiler arasındaki nüfuzunu göz önünde bulundurmak zorunda olmayan ve dönüşümü hızlı bir şekilde gerçekleştirecek bir partiyi, CDU/CSU'yu iktidarda görmek istiyordular, istiyorlar nüfuz sahibi mali sermaye kesimleri. Çünkü, ancak böylesi bir parti sosyal ve demokratik hakların acımasızca yok edilmesini, yoğun silahlanmayı ve devletin faşistleşmesini hızlı bir şekilde sağlayabilir.

Ve bugün içinde Birlik Partileri'nin (CDU/CSU) seslerini yükseltikleri Kohl/Genscher Hükümeti'nin 6 Mart'ta gelecek dört yıl iktidarda kalmak için onay istediğini söylemesi, siyasi gelişmelerde önemli bir noktayı vurguluyor. Şayet şimdi yeni '33'ün, yani bir faşist diktatörlüğün kurulmasının gündemde olup olmadığı sorusu yöneltilecek olursa, biz komünistlerin buna cevabı şudur; Şüphesiz ki, faşizm kapıya gelip dayanmış değildir. Fakat bu hükümetin politikasına işçi sınıfına ve onun sendikalarına dayanan, mümkün olduğunca geniş cepheyi içine alan bir direnişle karşı durulmazsa, bu tehlike artar. Bugün anti-faşist mücadele her şeyden önce siyasi gericiliğe karşı sürdürülmelidir. Tarihin bir dersi bize "direnmekte geç kalınmaması gerektiğini" öğretiyor. Ve bugün partimiz KPD bu şiarın hayata geçirilmesinde kendi payına düşeni yerine getirecektir.

(Nie wieder Faschismus!)

İHK'nin yabancı düşmanı politikası protesto edildi

baştarafı sayfa 1'de

...ilişkin çıkardığı bildiri halkın ...üyük ilgisini çekti. Bazı şehirlerde anti-faşistler enformasyon masaları da açmıştılar ve bu masaların başında halktan kişilerle canlı olarak tartışmalar yapıldı. nedenleri göstermek ve daha fazla insanı yabancı düşmanlığına karşı mücadeleye çekmek için uygun bir belgedir. Bunun için daha şimdiden çeşitli bölgelerde bir başlangıç yapıldı bile. Örneğin Dortmund-Hörde'de Alman-Yabancı Dostluk İnsiyatifi (DAFI) Şubat ayı ortasında bir çok anti-faşist örgütü ve şahsiyetleri bir toplantıya çağırarak bu gizli belge üzerine tartışmayı ve bu politikaya karşı durmak için olumlu taleplerin hazırlanmasını kararlaştırdı.



Diğer yandan bazı gölgesel gazeteler de bu eylem üzerine haber yayınladılar.

Yabancı düşmanlığı politikasına karşı mücadele şimdi tüm araç ve gereçlerle sürdürülmeli ve güçlü kılınmalıdır. IHK'nın gizli belgesi (daha önce KŞ'ta yayınladık), yabancı düşmanlığının ardında yatan gerçek

(Protestaktionen gegen ausländerfeindliche IHK-Politik)

TOPLANTI

Nazilerin iktidarı ele geçirmesinin 50. yıldönümü dolayısıyla biz (KPD), BWK, *Volksfront* ile birlikte ortak bir toplantı yapacağız. Toplantıda *Volksfront* Başkanı Harry Dubinski konuşacak. Ayrıca toplantıda "Ohrfeige" kabera grubu ve Mannheim Müzik ve Tiyatro Kollektifi gösteri yapacaklar.

Tarih: 2 Şubat 1983, saat 19.30'da

Yer: "Bauernstube am Markt", Heinigstr. 45, 6700 Ludwigshafen



Amerikan sendikası aç işçiler için yardım istiyor

Opel işçilerine dayanışma çağrısı yapıldı

RÜSSELSHEİM. — Opel Rüsselsheim işçi temsilciliği ve İG Metall sendika temsilcileri kurulu yönetimi, personeli ABD'nin Detroit şehrinde açlıkla başbaşa kalan otomobil işçilerine bağış yapmaya çağırdı.

Bilindiği gibi Detroit'de Opel tesislerinin ana şirketi General Motors'un merkezi bulunmaktadır. Detroit Amerikan otomobil sanayisinin merkezi olarak sayılıyor. Bu şehirde işsizlik oranı yüzde 25 dolayındadır. Binlerce işçi ailesi sefaletin içine itilmiş, açlıkla başbaşa bırakılmış ve soğukta donmaktadır. Kendilerinin en zaruri ihtiyaçlarını ancak sosyal yardım kurumlarının yardımıyla sağlamaktalar.

Ve şimdi Amerikan "Birleşik Otomobil İşçileri Sendikası" acil bir yardım çağrısıyla Alman işçi kardeşlerine seslendi. Opel İşçi Temsilciliği ve İG Metall sendika temsilcileri kurulu yönetimi bu çağrıyı olumlu bir şekilde karşıladı ve personeli Detroit'te açlıkla başbaşa kalan işçi kardeşlerine bağış yapmaya çağırdı.

İşçi Temsilciliği Başkanı Richard Heller, şimdi sorunu, Opel İşçi Temsilciliğinin Detroit'teki meslek arkadaşlarıyla uluslararası dayanışmaya girmenin oluşturduğunu açıkladı. Amerikan otomobil şehri Detroit'teki büyük işsizlik sayısından ve Amerikan Cumhurbaşkanı Reagan'ın izlediği, sosyal hakları yok etme ve yoğun silahlanma politikasından dolayı Opel personelinin tartışmalara itilmesi de önemlidir dedi ve sorunun sistemde yattığının görülmesi gerektiğini vurguladı.

Yapılan çağrıda her işçinin ve memurun en az bir Mark dayanışma bağışı vermesi isteniyor. Çağrıda "biz, tamda dünyanın en zengin ülkesinde otomobil merkezlerindeki kadın ve erkek işçi arkadaşlarımızın aç kaldıklarını ve üşüdüklerini tasavvur etmenin bir çoğumuz için zor olduğunun bilincindeyiz" denilmekte.

Bildiride ayriyeten, Detroit nüfusunun üçte birinin, yani 350 bini aşkın insanın tam beslenemedikleri üzerine de bilgi veriliyor ve devamla, bu durumdan dolayı "Reagan Hükümeti'nin sürekli sosyal hakları büyük çapta kısıtlamasının" neye yol açacağını ve kime faydası olacağını sormalıyız deniyor.

Yeri gelmişken burada; biz, Federal Almanya'daki ve Batı Berlin'deki işçiler ve memurlar da tüm gücümüzle işyerlerinin yok edilmesine, ücretlerin düşürülmesine, sosyal hakların kısıtlanmasına karşı durmadığımız takdirde, bir gün aynı sefaletli duruma bizim de düşeceğimizi vurgulamak isteriz.

Ücret cephesinde alarm haberi

Geçen hafta bu yılki toplu sözleşmeler için bir alarm haberi veren iki ücret anlaşması imzalandı.

Odun sanayisinde çalışan 30 bin işçi için 1 Ocak'tan itibaren ücret ve maaşların yalnızca yüzde 3,5 yükseltilmesi kararlaştırıldı. Anlaşmada çıraklara verilen ücretin ise ayda yalnızca 22 DM yükseltilmesi ön görülüyor.

Diğer yandan ayakkabı sanayisinde ise İşverenlerle Deri Sendikası yönetimi arasında hiç bir anlaşmanın varılamadığı uzlaşma görüşmesinden sonra, 52 bin işçinin tarife ücretinin 1 Ocak'tan itibaren 1983 yılı sonuna kadar saat başına 30 Pfennig yükseltilmesini öngören bir anlaşma yapıldı. Ayrıca eski sözleşme geçen yılın ekim ayında geçerliliğini yitirdiğinden dolayı, işçi arkadaşlar kasım ve aralık ayı için bir defalığına 50 DM alacaklar. Sonuçta bu, toplam olarak yüzde 3 ücret artışı demektir!

Son iki yılda gerçek ücretlere açıkca bir kayıp göze alındı. Bu yılki toplu sözleşmeler için ise sendika yöneticileri, gerçek ücretlerin garanti altına alınmasının sendikaların kaçınılmaz hedefi olduğunu belirtmiştiler. Ancak yapılan iki toplu sözleşme bu açıklamayla taban tabana zıttır.

Yüzde 3 ya da 3,5'lik ücret anlaşmaları gerçek ücretlerin geçen yılkinden daha fazla düşürüldüğü anlamına gelir. Bu yıl ki ücret turlarında bu çizgi gerçekleştirilecek olursa, işverenler ücret düzeyini biraz daha düşürmüş olacaklardır. O zaman artık ücret politikasındaki dönüşümün durdurulmasından hiç söz edilemez. O zaman hayat standartının savunulmasından ise hele hele iç bahsedilemez.



Dünya Haberleri

İtalya'da genel grev

18 Ocakt'ta İtalya'da 6 milyonu aşkın işçi ve memur genel greve giderek ücretlerinin düşürülmesini ve fiyat artışlarını protesto ettiler. Genel grevin ana hedefini, işçi ücretlerinin hayat pahalılığı ile otomatik olarak denkleştirilmesini öngören "scala mobile" anlaşmasının bozulması saldırısı oluşturuyordu. İşverenler "scala mobile" anlaşmasını iptal etmiştiler

Gerçi işveren birlikleri sözleşme yapmak zorunda kaldılarsada, anlaşmanın bozulması hala geçerlidir. İşverenlerin bu saldırılarına paralel olarak işçilerin ve memurların yaşamının daha ağırlaşmasına yol açan hayat pahalılığı dalgası sürüyor.

Şimdi hükümet sendikalar ile işverenler arasındaki görüşmelerde bir sonuç elde edilmemesi halinde, kendisinin işverenlerin lehine ücretleri düşüreceği tehditini savurdu.



Yunanistan'da 4 saatliğine her tarafta iş bırakıldı

19 Ocak'ta Yunanistan'da dört saat süren bir genel greve gidildi. Bazı sendikalar genel grevi bir gün boyunca sürdürdüler. İşçi ve hizmetliler genel grevle Papandreu Hükümeti'nin ücretlerin dondurulması talimatnamesini protesto ettiler. Hükümet, işçilerin ücretlerini hayat pahalılığı ile denkleştirmeyi zerre kadar düşünmüyor. Yapılan genel grevle ülke yaşamı felce uğratıldı, özellikle de ulaşım işletmelerinden tut havayollarına kadar, hatta cerayan ihtiyacının karşılanması dahil büyük zorluklar ortaya çıktı. Buna rağmen "Yunanistan sosyalist" ekonomi bakanı Gerassimos Arsenis, hükümetin ücret politikasından sapmayacağını ilan etti.

Kısa... Kısa... Kısa...

Deniz ulaşımında greve gidilmeyecek

HAMBURG. — Deniz ulaşımında daha önce çalışma koşulları üzerine bir anlaşmaya varılamadığından dolayı gemi işçileri greve gidecektiler. Ancak liman işveren birlikleri ile ÖTV sendikası arasında yapılan uzlaşma görüşmesinde bir anlaşmaya varılınca greve gidilmesinden vaz geçildi. Geçerlilik süresi 31.12.1985'e kadar olan iş koşulları üzerine toplu sözleşmede 1.3.83'ten itibaren aylık izin gününün bir gün, 1.9.83'ten itibaren yarım gün ve 1.3.1984 yılında itibaren ise yarım gün daha artırılması ön görülmektedir. 1.1.1985'ten itibaren ise izinde pazar günleri izin süresine hesaplanmayacak. ÖTV başlangıçta liman işçileri için ek olarak 26 izin gününü talep etmişti (Karada çalışanların yılda 143 boş günü olurken, buna karşılık gemide çalışanların şimdiye değin 112 boş günleri vardı.) Yapılan uzlaşmanın diğer bir noktasını ise geçen yılın sonunda geçerliliğini yitiren tayfa ücreti anlaşmasının bu yılın sonuna kadar uzatılması oluşturuyor. Bu ise ÖTV'nun deniz ulaşımında bir yıl ücretlerin dondurulmasını kabullenmek istediği anlamına gelir.

İşveren kârları iki katına çıktı

DÜSSELDORF. — 1970 yılından 1981 yılına kadar özel işverenler net kazançlarını ve sermayelerini iki katına çıkardılar. Yalnızca 1975-1981 yılı arasında işverenlerin net kazançları yüzde 54 arttı. 1980 yılı için resmi statistikler işverenlerin brüt gelirlerinin ve sermayelerin yüzde 1,2 gerilediğini kaydetmekteler. Ancak gerçek olan bunların yüzde 3,8 arttığıdır. Bu tespitleri DGB Ekonomi ve Sosyal Bilim Enstitüsü (WSI) yapmıştı.

Federal Demir Yolu 10 bin işçiyi çıkarmak istiyor

BONN. — 1982 yılı sonunda Federal Ulaştırma Bakanı Dollinger bir basın konferansında, Federal Demiryolu İşletmesinin personel sayısını önümüzdeki dönemde 9600'den fazla azaltmak istediğini açıkladı. Daha kasım ayında 200 işçi ve memur tazminatlar verilerek işten çıkarılmıştı. 1980 yılında Köln Ford işletmesinde uygulandığı gibi, Federal Demiryolu işletmesi de aynı model temelinde işçilerin kendilerinin çıkışlarını istemelerini gerçekleştirmek istiyor. Bunun için ise sözkonusu personele kamu işletmelerinde yeni bir işyeri bulmamaz şartı koşuluyor. Verilmek istenen tazminatlar işletmede çalıştığı süreye göre bir ile 12 aylık maaş arasında değişmektedir.

Tam ücret ve tam personel sayısı temelinde 35 saatlik iş haftası! **5. Bölüm**

Çalışma saatinin yalnızca kağıt üzerinde mi kısaltılması?

Haftalık çalışma saatinin 35 saate indirilmesi yalnızca kaba hesapla ek olarak 3 milyon iş gücünü gerektirdiğini belirtmiştik. Bu yönde Federal Çalışma Dairesi'ne bağlı İş Pazarı ve Mesleki Araştırma Enstitüsü (IAB)'nin yaptığı bir hesaplamayı örnek vermiştik. Şüphesiz ki, çalışma saatinin kısaltılmasına paralel olarak ek işyerlerinin yaratılmasını önleyen bazı faktörler de var. Hatta karamsar kişiler, bu faktörlerin çalışma saatinin kısaltılmasında iş pazarı politikasına yaptığı etkilerin oldukca güçlü olduğunu ileri sürüyor ve son tahlilde böylece çalışma saatinin kısaltılmasının olumlu olmak yerine daha ziyade olumsuz olacağını belirtmekteler. Bu tür itirazlar ne denli çürütülebilir, ne denli çürütülemez?

"Önce bir kere 40 saatlik iş haftasını doğru dürüst gerçekleştirin"

Çalışma saatinin kısaltılması talebinin amaca uygun olmadığına yönelik sık sık yapılan itirazlardan biri fazla mesai tezidir. Toplu sözleşmeler temelinde yapılan çalışma saatinin kısaltılması anlaşması pratikte bununla beraber yine de gerçekleştirilmemekte; edinilen tecrübelere göre bu anlaşmanın fazla mesai yapılmasının artması sonucuna yol açtığı ve bunun sonucunda anlaşmanın tekrar geçerliliğini yitirdiği ileri sürülmektedir.

Soruna bu şekilde yaklaşanlar, sık sık bu nedenden ötürü 40 saatlik iş haftasının yalnızca kağıt üzerinde olduğuna işaret ediyorlar. Eğer çalışma saatinin kısaltılması gerekiyorsa, o zaman ilkin 40 saatlik iş haftasının gerçekten sağlanmasının gerektiğini sık sık duyuyoruz.

Bu itirazı nasıl değerlendirmeliyiz? İlkin şunu açıkca ortaya koyalım: Biz, işverenlerin toplu sözleşmeler temelinde çalışma saatinin sınırlandırılmasını daima fazla mesai yaptırarak çiğnemeye çalıştığını ve toplu sözleşmeler temelinde çalışma saatinin kısaltılması halinde büyük olasılıkla onların fazla iş yaptırmayı yoğun bir şekilde artırmaya yönelecеklerini reddetmiyoruz. Ancak sorun şu; Bu, çalışma saatinin toplu sözleşmeler temelinde kısaltılmasından vaz geçmek için bir neden olabilir mi?

Sanırız ki, 1945'ten bu yana haftalık çalışma saati toplu sözleşmeler temelinde ilkin 48'den 45'e, sonra 45'ten 40 saate indirilmemiş olsaydı, bugün gerçek iş saatinin toplu sözleşmelerde yer alandan daha da yüksek olacağını hiç bir kimse inkâr edemez.

Nazi döneminden kalma çalışma saati kararnamesi kaldırılmalıdır!

Şüphesiz ki, sendikaların ve işçi temsilcilerinin toplu sözleşmelere göre geçeni olan çalışma saatinin ihlal edilmesini engellemek için tüm imkânlara baş vurmaları onların önemli bir görevleri olduğu tartışma götürmez bir sorundur. Bunun için bir dizi farklı tedbirler gereklidir. Örneğin burada her şeyden önce çoktan geçerliliğini yitirmiş olan yasal çalışma saati kararnamesinin yeni metnini gösterebiliriz. Bugün yasal olarak geçerli olan çalışma saati kararnamesi (AZO) Nazi diktatörlüğü altında Reich Çalışma Bakanı tarafından 1938'de çıkarılmış ve personele değil, "emirlere itaat etmesi gereken üyelere" (Naziler işçileri emirlere uyması gereken kişiler olarak ele alıyorlar) ilişkindir. Bu kararnamenin bugün hala geçerli olması bir skandaldır. Geçmişte olduğu gibi bugün de geçerli olan bu faşist Çalışma Saati Düzenlemesi 48 saatlik iş haftasından yola çıkmakta ve buna uygun olarakta fazla çalışmanın sınırları yasal olarak daha da geniş çizilmiştir.

Biz burada ücret durumunun önemine de işaret etmek istiyoruz. Personel bireyleri düşük gelirlerinden dolayı bir güvene ihtiyaç duydukları oranca, işverenin onlardan daha fazla çalışmalarını talep etmesi olanağının da o denli büyük olacağı su götürmez bir gerçektir.

Ayrıyeten bu bakış açısı altında soruna yaklaşıldığında, çalışma saatinin **tam ücret** temelinde **kısaltılmamasının** işsizliğin sınırlandırılmasında anlamlı bir araç olmayacağı açıkca ortadadır. Kitlenin satın alma gücünün ek olarak zayıflamasının iş gücünün teminat altına alınmasına katkıda bulunmayacağından bağımsız olarak, ücretlerin düzeltilmesinin arasındaki fark kaçınılmaz olarak fazla mesailerle teşvik edilmektedir.

Fazla çalışma tanıtının çekici bir yanı yoktur

Fazla çalışmanın, bunun toplu sözleşme ve sosyal politik önlemlerle sınırlanması gerektiğinin önemine ilerde bir kez daha değineceğiz. Burada bu konuyu ilk planda şu tespitle kapamak istiyoruz: Çalışma saatinin toplu sözleşmeler aracılığıyla kısıtlanmasının sonuçta fazla çalışma ile ihlal edildiği iddiası olgular tarafından çürütülmektedir. 1945'ten bu yana toplu sözleşmeli ve gerçek çalışma saatinin gelişmesini ele aldığımızda; bu az ya da çok toplu sözleşmeler temelinde tespit edilenin üzerinde olsa dahi, buna rağmen gerçekte çalışılan saatin toplu sözleşmeler temelinde çalışma saatinin kısaltılması ile azaldığını görürüz.

Aynı şekilde resmi, yani burjuva sosyal araştırması da bunu kabullenmektedir. Dizimizin önceki bölümünde, bununla ilintili olarak Federal Çalışma Dairesi'e bağlı İş Pazarı ve Mesleki Araştırma Enstitüsü (IAB) memurlarının yaptığı ve 1979 yılında "İş Pazarı ve Mesleki Araştırma üzerine Haberler" dergisinde yayınlanan araştırma çalışmasına işaret etmiştik. Bu yayında toplu sözleşmeli ve gerçek çalışma saatinin orantısı üzerine şu tespit yapılıyor:

"Son tahlilde belirleyici olan toplu sözleşmeli çalışma saatindeki değişmelerdi. Aşağı yukarı 20 yıllık araştırma zamanı süresinde (1960'dan 1979'a kadar, KŞ) toplu sözleşmeler temelinde kararlaştırılan yıllık çalışma saati tüm işçiler ortalamasına göre yüzde 15'ten fazla azaldı. Bu ise—bununla aynı hedefe yönelik olan yarım gün çalışma neticisi de eklenecek olursa—gerçek çalışma saatinin gelişimiyle tam bir uygunluk içermektedir. Uzun vaadede diğer hüküm kıstaslarının buna karşı hemen hemen hiç bir etkisi olmayacak ve bunlar birbirlerini karşılıklı olarak dışlamaktalar. (...)

Teklif edilen çalışma hacmini (toplu sözleşmeli çalışma saati, KŞ) azaltılmasının fazla mesai yaparak denkleştirilmesi geçmişte Federal Almanya'da eğilim olarak küçük bir rol oynadı. Kısa vaadeli, konjönktürdeki sarsılmalar hariç, toplu sözleşmeli ve gerçek çalışma saati ortalama olarak besbelli paralellikle gelişti. Demek ki, fazla mesai saatleri yalnızca kısa vaadeli bir uygulamadır."

Ne var ki, bu paralellik yapılan fazla çalışmanın kapsamı ve bunun neticesi olan toplu sözleşmeli ve gerçek çalışma saatinin arasında farkın sürekli artması üzerine hiç bir şey ifade etmiyor. Pratikte her zaman gerçek çalışma saati toplu sözleşmeli çalışma saatinin oldukça üzerindedir. Ve bu fazla çalışma saatinin azaltılması önemli bir görevdir. Bu ise kapitalistleri personel sayısını oldukça artırmaya zorlayacaktır.

Yukarıda da belirttiğimiz gibi, sorunun bu yanını ilerde bir kez daha ele almak istiyoruz. Şimdilik ilk önce çalışma saatinin kısaltılmasının faydalarına karşı yapılan bir diğer itiraz üzerinde duracağız: 35 saatlik iş haftasının büyük bir rasyonalleştirme dalgasına yol açacağı ve böylece çalışma saatinin kısaltılmasının personel için olumlu etkilerinin yok edilmiş olacağı doğru mudur?

(Devamı var)

Heckel işgali sürüyor

İşçiler ve kendi gelecekleri için mücadele ediyorlar!

Saarbrücken-Burbach'daki Georg Heckel GmbH tel halat fabrikası işçileri direnişlerinde hiç bir kararsızlık göstermemekteler. Geçen yılın 4 Kasım'ından beri üretimi sürdürme temelinde işyerini aralıksız olarak işgal altında bulunduran işçiler mücadelelerini taleplerini gerçekleştirinceye dek sürdürmek istiyorlar.

Georg Heckel GmbH'nın ait olduğu Arbed şirketi, 220 yerli ve yabancı işçinin çalıştığı firmayı 31 mart'ta kapatmak istiyor. Heckel işçileri daha önce düzenlidiği eylemleri ile ARBED patronlarını tavizler vermeye zorlamıştılar. Patronlar, aynı sayıda yedek işyerleri yaratılmadığı ve hazır bulundurulmadığı takdirde firmanın kapatılmayacağı tavizini vermek zorunda kalmıştılar. Ancak onlar şimdi yapılan anlaşmayı tamamen bozmak istiyor ve hiç bir yedek işyeri yaratmadan işletmeyi kapatmayı amaçlıyorlar.

Ne var ki, patronların evde yaptıkları bu hesapları çarşıya uymamaktadır. İşçi arkadaşlar, patronun firmayı kapatma kararına işyerini işgal ederek cevap verdiler. İG Metall Heckel Sendika Temsilciler Kurulu Yönetimi'nin çıkardığı bir bildiride bu konuda şöyle yazıyor:

"Biz, ARBED'i artık resmen verdiği sözlere bağlı kalmaya çağırıyoruz. Haklı taleplerimizi vurgulamak için personel olarak işyerini işgal ettik.

Biz, bu durumda her işyeri için mücadele sürdürmenin muhakkak gerekli olduğu kanısındayız. Biz, bunu sadece kendimize değil, aynı şekilde burada, Saar'da bir gelecekleri olması gereken çocuklarımıza da borçluyuz!:"

İşgal başlatıldığından beri işçiler gece ve gündüz direnişlerini sürdürmeye devam ediyorlar. Heckel işçilerinin aileleri mücadeleye aktif olarak katılmamış olsaydı, o zaman ailevi yaşantı için ortaya çıkan yükler çekilmez bir hal alırdı. Örneğin Heckel işçilerinin aileleri noel tatilinden önce "Heckel-Kadınları" imzasını taşıyan bir bildiri çıkardı ve açıkca eşlerinin işyeri işgalini ve taleplerini tam olarak desteklediklerini duyurdular.

Çünkü onlar, kâr hırsı güden tekel yöneticilerinin acımasızca planlarına karşı mücadelede kendilerinin ekonomik geçim kaynaklarını ve çocuklarının geleceklerini savunuyorlar; Heckel kadınları ve erkekleri patronun kendilerine göz dağı vermesine boyun eğmiyorlar. Onlar aynı şekilde noel tatilinde ve yılbaşında da eylemlerini hiç bir telaşa ve şaşkınlığa kapılmaksızın sürdürdüler. İşletmeyi işgal eylemleri yakında üçüncü ayına giriyor ve işali, talepleri kabul edilinceye dek sürdürmekte kararlılar.

24 Aralık'ta işçiler işgal altında bulunan işletmenin giriş-çıkış kapısının önünde muazzam bir noel eğlencesi düzenlediler. Aslında işçiler bu eğlenceyi fabrikanın salonunda yapmayı planlamıştılar. Ancak işyerinde aileleri ile birlikte eğlenmek isteyen işçilere ARBED patronu fabrikanın salonunda eğlenmeyi yasakladı. Bunun üzerine işçiler eğlencenin halka açık bölümünü fabrikanın giriş-çıkış kapısının önünde yapmak zorunda kaldılar.

Heckel işçileriyle dayanışmayı güçlü kılalım:

Dayanışma mesajlarımızı şu adrese gönderin:
Belegschaft und Betriebsrat der Firma Georg Heckel, Altenkesseler Str. 17, 6600 Saarbrücken 5;
Bağışlarınızı şu hesap numarasına havale edin:
Konto-Nummer 4944, Stadtsparkasse Saarbrücken, Kennwort(rumuz) Betriebsbesetzung Georg Heckel



İşçi temsilciliği başkanı Günter Gard masasının başında otururken. Önünde, işçi muhabirimiz Franz Kreusat'ın ilettiği ve işyeri işgali üzerine haberin yer aldığı "Kızıl Şafak" gazetesi bulunuyor.



İşçi Temsilciliği Bürosunun önünde bulunan Heckel işçileri. Kapının yanında asılı pankartın üzerinde. "Heckel işçileri mücadeleyi sürdürüyor" yazılı.

İleriye doğru bir adım:

İşçiler ve hizmetliler için ortak bir ücret anlaşması yapıldı

STUTTGART.—Federal Alman metall sanayisinde ilk olarak bir işverenle işçiler ve memurlar için ortak bir ücret anlaşması yapıldı. Bu anlaşma 1 Ocak 1983'ten itibaren Mannheim'deki Joseph Vögele AG personeli için geçerlidir.

İG Metall Stuttgart-Bölge Yönetimi çıkardığı bir bildiride; yapılan bu işyeri toplu sözleşmesi ile İG Metall sendikası ilk olarak üyeleri için eşit ücret grubu kıstaslarını, işçiler ve memurlar için aynı kazanç şansının ön şartlarına ilişkin ücret ilkesini teminat altına aldı deniliyor. Şimdiye değin aynı firmada çalışan işçiler ve memurlar için ik ayrı ücret anlaşması yapılıyordu ve bu bugün, hala geçerlidir. Ancak toplu sözleşme anlaşmalarının ayrı yapılması, ücret anlaşmaları döneminde işçiler ve memurlar arasındaki mücadele cephesini bölüyor.

Sözleşme, kişisel yeteneklere göre aynı ücret gruplamasını ve kalifiyeli çalışma koşullarının teşvik edilmesini teminat altına alıyor. Bu, bireylerin ücret gruplarının düşürülmesini önlüyor ve ortak ücret miktarını teminat altına alıyor; bu gerçek kazancı garantiliyor ve tüm personel için paralı asgarı dinlenme zamanının, günde en az 40 dakika olmasını güvence altına alıyor.

Bu anlaşmaya yönelik olarak bir açıklama yapan İG Metall Stuttgart Bölge Başkanı Franz Steinkühler "Toplu sözleşme politikasının bu önemli dalında görüşlerimizi ilk olarak 80'li yıllar için gerçekleştirebildik" dedi. Bu sözleşmenin İG Metall'ın toplu sözleşme politikası için yön verici olduğunu belirtti.

Vögele firması artık işverenler birliğinde örgütlü değil. Her halde o bu tür anlaşmayı yaptığından ötürü kısa yoldan ihraç edildi. Kara yolu yapımında kullanılan makinaların üretildiği bu firmada şu an 1000'e yakın işçi ve memur çalışmaktadır.

(Gemeinsamer Entgelt-Tarifvertrag für Arbeiter und Angestellte)

Meldungen

Generalstreik in Italien ...

Am 18. Januar haben in Italien weit über sechs Millionen Arbeiter und Angestellte mit einem Generalstreik gegen Lohnabbau und Teuerung protestiert. Hauptangriffspunkt des Streiks war die Abschaffung der „scala mobile“ der automatischen Anpassung der meisten Löhne an die Inflationsrate. Die „scala



mobile“ war von den Unternehmern gekündigt worden.

Zwar sahen sich die Unternehmerverbände zu Verhandlungen gezwungen, aber noch gilt die Kündigung des Abkommens. Parallel zu diesem Unternehmerangriff läuft eine riesige staatliche Teuerungswelle.

Die Regierung hat jetzt angedroht, daß sie bei einem Scheitern der Verhandlungen von Unternehmern und Gewerkschaften selbst eingreifen würde und die Löhne im Sinne der Unternehmer zu drücken.

... und Griechenland

In Griechenland fand am 19. Januar ein vierstündiger Generalstreik statt, der von Einzelgewerkschaften bis auf 24 Stunden ausgedehnt worden ist. Anlaß war eine von der Regierung Papandreou angeordnete Lohnpause. Die Regierung hat vor, für die Arbeiter und Angestellten nicht einmal die Inflationsrate auszugleichen. Der Generalstreik verursachte vor allem große Störungen bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben von Bahn bis zum Flugverkehr aber auch bei der Stromversorgung.

Trotzdem hat der „sozialistische“ Wirtschaftsminister Griechenlands, Gerassimos Arsenis, erklärt, die Regierung werde von ihrer Lohnpolitik nicht abweichen.

Namibias Scheinregierung am Ende

Seit der vergangenen Woche übt Südafrika wieder direkt die Regierungsgewalt in Namibia aus. Nachdem dort seit 1978 die sogenannte Demokratische Turnhallen-Allianz regierte, war es aber nie gelungen, wirkliche Unabhängigkeit und Gerechtigkeit im Land zu schaffen. Diese Regierung war schärfster Gegner der Unabhängigkeitsbewegung „SWAPO“, die als einzige legitime Vertretung Namibias gilt.

Den Rücktritt der Marionettenregierung von Südafrikas Gnaden wertete die SWAPO denn auch als Erfolg: "Die kolonialen Institutionen sind zusammengebrochen". Der Kampf der SWAPO und des Volkes von Namibia wird weitergehen. Gegen die Versklavung und die rassistische Politik Südafrikas wird der bewaffnete Kampf geführt.

Prozeß gegen Genossen der TDKP in Istanbul

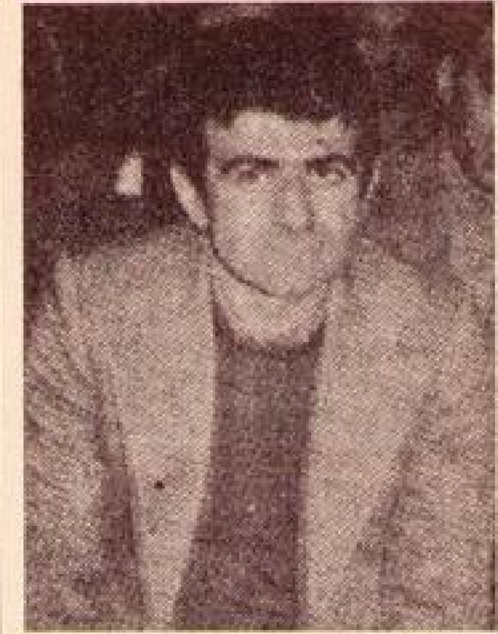
Kommunisten droht die Todesstrafe

ISTANBUL. — Am 27. Dezember begann im Militärgerichtssaal des berüchtigten Metris-Gefängnisses ein Prozeß gegen 229 Revolutionäre der TDKP (Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei). Für 32 Angeklagte ist die Todesstrafe gefordert, 197 sollen zwischen einem und 15 Jahre hinter Gittern.

Am ersten Prozeßtag hat einer der Angeklagten, Metin Güngörmüs, einen Antrag an das Gericht gestellt, durch den es gezwungen war, zu Protokoll zu nehmen, wie Angeklagte gefoltert wurden. Die Aussagen, die zur Erstellung der Anklageschrift verwendet werden, waren unter Folter gemacht worden, Angeklagte berichteten besonders von Folterungen im Metris-Gefängnis.

Von den Angeklagten war nur ein Teil vor Gericht vorgeführt worden. Die 113 anwesenden Angeklagten waren in schlechtem gesundheitlichen Zustand. Vor allem der Angeklagte Ömer Özsökmenler war mehrmals im ersten Istanbuler Polizeirevier, das eines der berüchtigsten ist, gefoltert worden. An den ersten Verhandlungstagen kam man über die Verlesung der Anklageschrift nicht hinaus. Nach der Verlesung sollte am 14. Januar mit den Verhören begonnen werden.

Hauptanklagepunkt ist die Arbeit der Genossen für den Aufbau der TDKP und ihre in der Türkei erscheinende illegale Zeitung „Yoldas“ sowie für die Zeitung „Halkin Kurtulusu“ und die Jugendzeitung „Halkin Kurtulusu Yolunda Genclik“. Dem Jugendverband wird besonders vorgeworfen, er sei eine Schule des Kommunismus und strebe eine Gesellschaftsordnung wie in Albanien an.



Einer der Angeklagten. Ercan Öztürk wird vorgeworfen, Mitglied des Zentralkomitees der TDKP zu sein.

Dänische Hafenarbeiter

Der Kampf geht weiter

Seit dem 15. Dezember vergangenen Jahres streiken nun die dänischen Hafenarbeiter gegen die Kürzung ihrer Löhne. Alle 35 großen Häfen Dänemarks sind blockiert und immer wieder kommt es zu schweren Zusammenstößen mit Polizeieinheiten, die Streikbrecher schützen wollen.

Immer öfter wird jetzt versucht, Frachtgut über westdeutsche Häfen zu transportieren und über den Straßenweg abzuwickeln.

Der mutige und konsequente Kampf der dänischen Arbeiter wird bis heute von der zuständigen westdeutschen Transportarbeitergewerkschaft ÖTV nicht unterstützt. Immer wieder kommt das Argument, es sei keine Hilfe angefordert.

Auf einer Solidaritätsveranstaltung am 20. Januar in Hamburg wurde bekannt, daß es in anderen Ländern aber die notwendige internationale Solidarität gibt. In allen registrierten **englischen** und **schwedischen** Häfen wird dänisches Frachtgut boykottiert. In **Frankreich** hat der Gewerkschaftsbund CGT versprochen, in allen Häfen Solidaritätsaktionen einzuleiten und in **Spanien** wird ein einstündiger Streik bei Eintreffen dänischer Schiffe ausgerufen, die Löscharbeiten werden dann nur sehr langsam durchgeführt werden.

Die Solidarität ist auch deswegen so wichtig, weil die dänischen Arbeiter keinerlei finanzielle Unterstützung ihrer Gewerkschaft bekommen. Diese Gewerkschaft ist durch Verträge mit den Unternehmern geknebelt. Allein für Solidaritätsanzeigen in dänischen Zeitungen ist die Gewerkschaft vom Arbeitgeberverband verklagt worden. Auch den Hafenarbeitern, die diesen „wilden“ Streik durchführen, drohen Geldstrafen bis zu 30 Kronen pro Stunde.

An dieser Stelle wollen wir nochmal auf das Hamburger Solidaritätskonto hinweisen, bei dem Spenden für die dänischen Hafenarbeiter gesammelt werden. Postscheckamt Hamburg Nr. 70183—203, U. Gay, Stichwort: Hafenarbeiterstreik DK.



Anti-Streikbrecher-Button der dänischen Arbeiter

Massiver Militäraufmarsch in Mittelamerika

US-Kriegsdrohung gegen Nicaragua

Truppenverstärkungen der USA in Mittelamerika und gemeinsame Manöver mit Honduras an den Grenzen von Nicaragua verschärfen die Lage in dieser Region. Setzte die US-Regierung bislang vor allem auf die Unterminierung der revolutionären Regierung von Nicaragua und die Unterstützung ehemaliger Somoza-Anhänger, so wird jetzt wieder offen mit amerikanischer Invasion gedroht.

Am 1. Februar werden 1600 US-Soldaten in Honduras an einer Militärübung mit den einheimischen Streitkräften teilnehmen. „Big Pine“ ist der Name des Manövers, das Übungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft beinhaltet. Aus dem US-Außenministerium verlautet dazu, man wolle der „marxistischen Regierung“ Nicaraguas sein Interesse an der Entwicklung Mittelamerikas klarmachen, sowie die „Möglichkeit verdeutlichen, auch eine härtere Gangart einzuschlagen“.

Als nächster Schritt ist dann ein noch größeres Manöver vom 11. — 17. Februar in der Panama-Kanalzone vorgesehen. Hier sollen 3000 US-Soldaten zeigen, wie sie Landemanöver beherrschen.

Als zu Beginn der vergangenen Woche wieder 18 Soldaten in der Grenzregion zwischen Nicaragua und Honduras bei Übergriffen getötet wurden, klagte der Verteidigungsminister von Nicaragua bei der Beerdigung vor mehreren tausend Menschen die USA an, sie würden mit ihren Manövern den Frieden in Mittelamerika gefährden.

Zwar teilte die US-Regierung mit, ihre Soldaten dürften sich der Grenze nach Nicaragua nur bis zu 16 Kilometer nähern, aber allein das ist schon Provokation genug. Das allerletzte Argument ist auch aus Washington gekommen, die Regierung Nicaraguas haben unverhältnismäßig aufgerüstet. Dann sind die Truppenverstärkungen wohl so eine Art ‚Nachrüstung‘ in Mittelamerika.



Die Offensive der FMLN in El Salvador hat zu neuen Erfolgen geführt. Trotz massiver Gegenwehr der Regierungstruppen haben die Befreiungskämpfer innerhalb einer Woche sechs Orte in den Nordprovinzen unter ihre Kontrolle bekommen. In dieser Provinz, Chalatenango, haben sie insgesamt schon 20 Orte eingenommen, in der Provinz Morazan 13 Orte. Unser Bild zeigt junge Bauern aus Corinto, im Nordosten des Landes, die sich als neue Kämpfer der FMLN vorstellen.

Nationaler Befreiungskampf und der Emir von Afghanistan

Anmerkungen zu einem Leserbrief auf Seite 10

Im Leserbrief zu den Artikeln über die dreijährige Besetzung Afghanistans auf Seite 10 stellt der Autor die Frage: „Welche Partei sollen wir unterstützen“, und kommt zu dem Ergebnis: „Gar keine, am allerwenigsten aber die Mujahedin“.

Entscheidende Argumente für ihn sind die Vorgeschichte der Invasion, sowie die CIA-Einmischung und die reaktionäre Ideologie der Mullahs, die den Kampf gegen die sowjetischen Truppen unterstützen.

Diese Argumentation läuft darauf hinaus, die Besetzung Afghanistans im Grunde als positiv für das Land anzusehen, sie als kleineres Übel gegenüber der Herrschaft reaktionärer Elemente zu verteidigen.

Wir können nicht auf alle Fragen eingehen, dieser brett zum ölreichen persischen Golf. Großmachtpolitik par excellence!

Der zweite wichtige Kritikpunkt unseres Lesers ist die unbestritten sehr komplexe Bewegung zur Befreiung Afghanistans. Sicher, da machen die alten Großgrundbesitzer mit, moslemische Geistliche, bestimmt auch CIA-gesteuerte Gruppen. Aber ausschließlich? Das kann man doch nicht behaupten. Und ein ***nationaler Befreiungskampf*** *ist nie so astrein. Aber es gab und gibt in Afghanistan auch Streiks der Ölarbeiter, es gibt viele fortschrittliche Kräfte in der Befreiungsbewegung. Eine, wie Karmals Regime, so offensichtlich vom Volk isolierte Regierung hat doch nicht nur reaktionäre Feinde. Auch im Iran waren gegen den US-Imperialismus und den Schah*



Nur Reaktionäre? Afghanische Rebellen gegen die Truppen der UdSSR

Aspekt scheint uns aber einige Anmerkungen wert zu sein.

Zur Vorgeschichte. Es ist unbestritten, daß der US-Imperialismus über den CIA in Afghanistan und in der ganzen Region seine Finger im Spiel hat. Aber nicht ein drohender CIA-Putsch war der Anlaß des Einmarsches der UdSSR, sondern das völlige Abwirtschaften, die totale Isolation moskaufreundlicher Regierungen. Nachdem die zunächst pro-sowjetische Daud-Diktatur sich nach Westen wandte, waren über einen Militärputsch erst Taraki, dann Amin an die Macht gekommen. Beide zunächst „gute Freunde der UdSSR, gute Kommunisten“ genannt, wurden abgeschossen und später durch Karmal ersetzt.

All diese Regimes hatten keinerlei Rückhalt in der Bevölkerung, waren isoliert, konnten sich lediglich in einigen Metropolen halten. Um diese Regierungen im Amt zu halten, sie gegen das eigene Volk zu stützen, bedurfte es der Armee der UdSSR.

Und diese Armee kam ja nicht aus uneigennützigen Motiven, etwa, wie es in dem Leserbrief anklingt, um eine fortschrittliche Regierung gegen ein rückständiges Volk zu unterstützen. Die UdSSR beutet Afghanistan aus, riesige Mengen Erdgas und Erdöl gehen weit unter Weltmarktpreisen in die Sowjetunion, ganz offen spielen auch „sicherheitspolitische“ oder besser „militärpolitische“ Momente eine Rolle, Afghanistan ist für die UdSSR auch das Sprung-

die Erdölarbeiter von Abadan in einer Reihe mit schiitischen Geistlichen gestanden. Heute ist die Situation dort anders, die Arbeiterklasse muß sich gegen die Reaktionäre durchsetzen. Gegen den ausländischen Feind aber kämpften sie gemeinsam.

Und daß heute, unter der abgeschlossenen Aufteilung der Welt in die Einflußsphären der Großmächte, jeder nationale Befreiungskampf gegen eine der Mächte auch von der anderen ausgenutzt wird, um dem Gegner Schwierigkeiten zu bereiten und möglichst selbst Einfluß zu gewinnen, ist klar. Aber eine solche Einmischung zum Anlaß zu nehmen, den gesamten Kampf zu kritisieren, würde dazu führen, ***daß man keinen nationalen Befreiungskampf heute mehr unterstützen könnte.***

Man kann die Bewegung zur Befreiung Afghanistans doch nicht an moralischen Punkten messen, sondern muß fragen, dient sie dazu, den Einfluß des SU-Imperialismus zu schwächen? Das tut sie — und darum unterstützen wir sie. Und ganz aktuell scheint uns hier die Bewertung des Befreiungskampfes des Emirs von Afghanistan zu sein, der 1919 gegen den britischen Imperialismus kämpfte. Stalin schrieb dazu: **„Objektiv ist es ein revolutionärer Kampf, auch wenn die Ansichten des Emir und seiner Kämpfer monarchistisch sind, denn dieser Kampf schwächt, zersetzt und untergräbt den Imperialismus.“**